

2023

realist

mittendrin unabhängig selbstbewusst

MAGAZIN 

66. Jahrgang
ISSN 1869-0653 · 2,80 €

Titelthema:

„Falsch abgelenkt?“

- Irrwege, Sackgassen und Perspektiven der Diskussion um die Leistungsdifferenzierung
- Süddeutscher Realschultag 2023
- Ulmer Resolution

Mit der Landespolitik im Gespräch

Personalratswahlen 2024

Aus den Fugen geraten. Das baden-württembergische Sekundarsystem nach 10 Jahren Gemeinschaftsschule

FALSCH ABGEBOGEN?



Individuelle Medientische für gelungene digitale Lehre



- Verschiedene Grundmodelle
- Elektromotorische Höhenverstellung

- Sichere Integration von Medientechnik
- Individuelle Ausstattung & Farben



www.inobjekt.com

inobjekt

Individuelle Medienmöbel seit 1991



Inhalt

Editorial	3
Vorwort von Dr. Karin Broszat	5
LESENswürdig!	6
Realist – Praxistipp: Landesmedienzentrum bietet digitale Lernportale kostenfrei an	8
Titelthema „Falsch abgebogen?“:	
• Süddeutscher Realschultag 2023	9
• Resolution der Realschul-Landes- verbände aus Bayern, Baden- Württemberg und Hessen	11
• Falsch abgebogen? Irrwege, Sackgassen und Perspektiven der Diskussion um die Leistungs- differenzierung	14
Prof. Dr. Konrad Fees: Die Realschule als Modell mittlerer Bildung	21
Fundstücke	22
Mit der Landespolitik im Gespräch	24
Schule digital: Freihof-Realschule	30
Personalratswahlen 2024	
• Wahl 2024	32
• Demokratische Vielfalt? Ein Rückblick auf die Wahlen 2019	34
• Personalratswahlen: Fragen und Antworten	36
• Personalratswahlen im außerschulischen Bereich	38
RLV – Der Fachverband für die Realschule	39
Schulstandort? Die Bedeutung eines schulfreundlichen Schulträgers	40
Aus den Fugen geraten. Das baden- württembergische Schulsystem nach 10 Jahren Gemeinschaftsschule	42
Ende einer Ära	48
Geburtstage Ehrungen	49
Außerschulischer Lernort London	50
Ein buntes Mosaik	52
RLV BW. Wir leben Realschule.	54
Immer auf dem neuesten Stand	56
Impressum	57
Beitrittserklärung	58

**Liebe Weltenretterinnen
und Weltenretter,**

**wären wir in Sachsen-Anhalt,
könnte ich Sie so ganz
offiziell mit dem Segen
des dortigen Kultus-
ministeriums begrüßen.
Mit dem Slogan
„Rettet jeden Tag
ein Stück der Welt“
sucht Sachsen-Anhalt
Lehrkräfte.**

**Aber wir sind nicht
in Sachsen-Anhalt.**

**Lehrkräfte braucht das Land! Endlich
haben die Verantwortlichen in Baden-
Württemberg dies begriffen. Eine
personelle Notlage, die sich schon
seit langem abzeichnete. Vorbei
die Zeiten, in denen man die einst-
mals zahlreichen Absolventinnen
und Absolventen aus dem Vorbe-
ereitungsdienst massenhaft in die**

**Arbeitslosigkeit entlassen hat. Viele
von ihnen kamen in anderen Bundes-
ländern unter (während meiner
Ausbildung hieß es immer, Rhein-
land-Pfalz spart Studienplätze ein;
die fehlenden Lehrkräfte füllen sie
später mit Lehrkräften aus Baden-
Württemberg auf ...) oder verließen
den Bildungsbereich ganz. Alles
Lehrerinnen und Lehrer, die heute
dringend gebraucht würden.**

Nun, die Notlage ist immerhin erkannt
worden; das wollen wir mal positiv sehen.
So kam das Kultusministerium auf die
glorreiche Idee, eine Werbekampagne
für den Lehrerberuf zu starten.

Anfang August erhielt unsere Landes-
vorsitzende den Anruf eines Mitglieds,
das am Stuttgarter Flughafen eines der
ersten Werbeplakate der „Lehrkräfte
gesucht“-Kampagne gesehen hatte und
stinksauer war.

Beworben wurde der Einstieg in den
Lehrerberuf gleich mal mit dem Stereot-
yp überhaupt, das es in der Öffentlich-
keit über uns gibt – den faulen Lehre-
rinnen und Lehrern, die endlos Urlaub
haben! „Gelandet und gar keinen Bock
auf Arbeit morgen? Hurraaa! Mach was
dir Spaß macht und werde Lehrer*in.“



Das Plakat ist eine Kampagne gegen den Lehrermangel und hängt in XXXXL Format am Stuttgarter Flughafen. (Datum des Fotos: 01.08.2023)



Keinen Bock auf Arbeit? Daraus die Schlussfolgerung einer Anstellung als Lehrkraft abzuleiten – das ist schon frech, vor allem, wenn dies vom obersten Dienstherrn kommt und vom Ministerium abgesegnet wurde. Verstärkt wurde diese Aussage auch noch durch das Adverb „gar“, so wurde die Negierung von Arbeitswilligkeit noch stärker in den Vordergrund gestellt. Die Reaktion unseres Verbandes war deutlich, sehr deutlich. Die erste Pressemitteilung ging noch am gleichen Tag raus und fand ein breites mediales Echo. Das Zitat unserer Landesvorsitzenden, Dr. Karin Broszat, „Man wusste vorher gar nicht, wie viel Blödsinn auf ein einziges Plakat passt“, wurde landes- und bundesweit verbreitet. Nicht nur der SWR berichtete darüber, auch in den Nachrichtensendungen, u. a. im ZDF, wurde das Thema aufgegriffen.

Manche anderen Gewerkschaften und Verbände empfanden das Plakat (zunächst) nicht so sehr als „Aufreger“. Die Reaktion einer Lehrgewerkschaft zu Beginn: „Das haben die Lehrer wohl in den falschen Hals bekommen.“ Ach was??? Ja, im Hals haben wir es schon gespürt, aber so, dass wir fast daran erstickt wären. Wir sind vieles von unserem obersten Dienstherrn gewohnt (keine Unterstützung in wirklich wichtigen Sachen, lange Jahre digitales Mittelalter, im Stich gelassen werden bei Auseinandersetzungen, Ausbluten der Schulen, ...) aber, dass wir jetzt auch noch als „faule Säcke“ (Sie erinnern sich an dieses Zitat?) bezeichnet und damit unser Beruf beworben wird? Da spürt man eine gewisse Verachtung, die einem von ganz oben entgegengebracht wird und es grenzt juristisch an Verleumdung bzw. üble Nachrede. Wir schulden unserem Dienstherrn Loyalität. Daran besteht für uns kein Zweifel und es ist jedem von uns auch bewusst, dass wir als Landesbeamte große Privilegien besitzen; dafür sind wir dankbar. Diese Loyalität dürfen wir im Gegenzug aber auch von unserem Dienstherrn erwarten und notfalls einfordern.

Nachdem die mediale Aufmerksamkeit durch die klare Haltung des RLV und seiner Landesvorsitzenden erreicht war, kam es auch bei den anderen Verbänden und Gewerkschaften zu einer deutlicheren Reaktion. Danke dafür! Trotz aller Unterschiede in der bildungspolitischen Ausrichtung sind wir drei doch einig darin, dass wir beste Lern- und Arbeitsbedingungen für

unsere Schülerinnen und Schüler und Lehrkräfte in Baden-Württemberg wollen. Viele Bundesländer fahren momentan Werbekampagnen, manchmal witzig, manchmal mit Pathos, aber nie mit einer Botschaft, die Vorurteile gegen Lehrer aufgreift und verstärkt. So wie eingangs erwähnt u. a. Sachsen-Anhalt. Der zentrale Slogan der dortigen Lehrkräftekampagne ist „Rettet jeden Tag ein Stück der Welt.“ In Sachsen-Anhalt sucht man „Weltenretter“, keine Null-Bock-Menschen. Mag vielleicht manchem etwas zu pathetisch sein, aber es zeigt eben eine andere Sicht auf die eigenen Lehrkräfte. Oder die bayerische Kampagne, sie gipfelt schlicht in dem Satz „Zukunft prägen. Lehrer/-in werden!“ (Übrigens kommen beide Länder ohne Gendersternchen aus, im Gegensatz zu Baden-Württemberg.)

Die Reaktionen im KM auf den Protest des RLV waren ernüchternd. Keine Entschuldigung, nur das geräuschlose Zurückziehen des diffamierenden Plakats. Zu einem Gespräch wurden zunächst nur die leisen Verbände eingeladen, danach wir.

In diesem Herbst ging es mit den Tarifverhandlungen für uns Landesbedienstete los. In der letzten Ausgabe hatte ich in meinem Editorial über den Beginn der Verhandlungen unseres Dachverbandes, der Deutsche Beamtenbund DBB, gesprochen (damals die Verhandlungen auf Bundesebene) und wie wichtig es ist, dass man auch als Lehrer bzw. Lehrerin in einem großen Verband organisiert ist. Der Beamtenbund/Tarifunion geht in die Verhandlungen mit den Bundesländern, nun mit der gleichen Forderung von 10,5 % mehr Gehalt. Bei den Tarifverhandlungen wurde im Frühjahr 2023 (nach Aussage des Beamtenbundes die härtesten seit dreißig Jahren) eine Besoldungserhöhung von 340 Euro erreicht (Sockelbetrag und Tariferhöhung). Natürlich ist dieses Ergebnis ein Kompromiss und erreichte nicht die Höhe der Forderungen unseres Dachverbandes, dennoch bedeutet dieses Ergebnis eine spürbare Einkommenssteigerung für die Beamtinnen und Beamten im Bund. Wir werden sehen, wie stark die Verhandlungsposition des Beamtenbundes mit den Ländern sein wird und welche Ergebnisse für uns alle erreicht werden können.

Ergebnisse – diese werden auch im kommenden Jahr wichtig werden. Im Frühsommer 2024 finden die nächsten

Personalratswahlen statt. Momentan suchen (und finden) wir Kandidatinnen und Kandidaten, die für den RLV bei den Wahlen antreten wollen (siehe die Berichterstattung in diesem Heft). Es ist sehr wichtig, dass wir auf den unterschiedlichen Ebenen (ÖPR, Bezirkspersonalrat, Hauptpersonalrat) mit umfangreichen Listen antreten können. Nur so haben wir bei dem vorherrschenden reinen Höchstzahlverfahren überhaupt eine Chance, Sitze in den Personalräten zu erringen. Bitte erklären Sie (wenn noch nicht erfolgt) für den RLV ihre Kandidatur! Die Personalräte müssen endlich ein Spiegelbild der Realität an den Schulen werden. Bisher sind die Realschulen völlig vernachlässigt in unseren „Betriebsräten“ vertreten, das liegt u. a. daran, dass unsere beiden großen Mitbewerber bei den Personalratswahlen halt „Massenorganisationen“ sind, die alles „abdecken“ wollen und alles „abdecken“ müssen. Helfen Sie mit Ihrer Kandidatur und Ihrer Wahlentscheidung bei den Personalratswahlen 2024 mit, dass endlich mehr demokratische Vielfalt Einzug in die Personalräte hält.

Auf zwei Beiträge in diesem Heft möchte ich Sie noch besonders hinweisen. Beim Süddeutschen Realschultag in Ulm hat Prof. Dr. em. Hartmut Esser einen bemerkenswerten Vortrag zum Thema „Falsch abgebogen? Irrwege, Sackgassen und Perspektiven der Diskussion um die Leistungsdifferenzierung“ gehalten. Die Zusammenfassung seines Vortrages finden Sie als Titelthema in diesem Heft. Sehr aufschlussreich oder, wie es ein Kollege von Prof. Esser formulierte, „Prof. Esser bürstet die ganzen PISA-Ergebnisse gegen den Strich. Da stehen jetzt einige ziemlich nackt da.“

Und noch ein weiterer Text in dieser Ausgabe, den ich Ihnen ans Herz legen möchte: Prof. Dr. Konrad Fees, Erziehungswissenschaftler am Karlsruher Institut für Technologie, hat in seinem Beitrag „Aus den Fugen geraten“ das baden-württembergische Sekundarsystem nach 10 Jahren Gemeinschaftsschule analysiert. Eine höchst spannende Analyse!

Ich wünsche Ihnen eine angenehme Lektüre dieser Ausgabe unserer Mitgliederzeitschrift.

**Herzliche Grüße
Ihr Ralf Merkle**

Vorwort

Der RLV: 100% Realschule

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

der ‚realist‘ ist wieder prall gefüllt mit anspruchsvollen Beiträgen, die unsere Mitglieder und die Lehrkräfte an den Schulen in Baden-Württemberg interessieren dürften. Wie von uns gewohnt, finden Sie keine gebetsmühlenartig wiederholten Forderungen nach besseren Rahmenbedingungen und besseren Rahmenbedingungen und besseren ... Diese sind zwar Alltagsgeschäft eines jeden Lehrerverbands – auch unseres – doch der Realschullehrerverband, und das hebt uns entschieden ab von anderen Verbänden, schürft zusätzlich stets tiefer und benennt argumentativ begründend die Ursachen für die Bildungsmisere und die sich dramatisch verschlechternden Zustände an den Schulen im Land!



Das mag die Betroffenen, gerade wenn sie in der Bildungspolitik dafür verantwortlich zu machen sind, manchmal schmerzen und zu unsachlichen Bemerkungen hinreißen. Regelmäßig begegnet uns, wenn der Gegenseite beizeiten die sachlichen Argumente ausgehen, dann der Spruch, der RLV sei ‚rückwärtsgewandt‘. Nun, abgesehen von der Tatsache, dass jedermann, so er sich bildlich an einem Abgrund befindet und noch einigermaßen von Vernunft leiten lässt, ‚umkehrt‘, muss man gerade hier in Baden-Württemberg fassungslos feststellen, wie die Bildungspolitik trotz wissen-

schaftlicher Studien, statistischer Belege, Umfragen, Ländervergleichen, Rankings usw. genau diesen Absturz nicht wahrhaben will oder kann, ihn sich schönredet und relativierend einparfümiert, und im Gegenteil ihn ideologisch motiviert mit einem ‚weiter so, geradeaus und hinunter‘ begünstigt.

Die wahren Kriterien für eine gelungene Bildungspolitik lauten nicht etwa ‚modern‘ oder ‚unmodern‘, sondern ernsthafterweise ‚richtig‘ oder ‚falsch!‘. Wenn jemand meint, er müsse zur Behebung der Probleme in der Hauptsache ‚modern‘ handeln, soll er oder sie – am besten auf der Stelle – in die Modebranche wechseln. Eine Bildungspolitik, die nicht bereit oder fähig ist, die in der Vergangenheit vorgenommenen, falschen Weichenstellungen zu korrigieren, ist nicht zukunftsorientiert, sondern desorientiert.

Also, von wegen ‚rückwärtsgewandt‘, Pustekuchen! Beurteilen Sie selbst! Nicht zuletzt die Beiträge in dieser Ausgabe des ‚realist‘ zeigen: Nie waren unsere an der Schulrealität orientierten Forderungen aktueller, nie die Situation an den Schulen zugespitzter. In unserer Arbeit mit den Schülerinnen und Schülern geht es doch nicht um ein kurzzeitgeistiges ‚In‘ und ‚Out‘, sondern um eine nachhaltige Stabilisierung eines aus nachvollziehbaren Gründen aus den Fugen geratenen Bildungssystems, das einstmals zu den erfolgreichsten in Deutschland und darüber hinaus gehörte.

Deswegen werden wir nicht nachlassen, die Ursache der Bildungsmisere in Baden-Württemberg zu benennen, die Feststellungen mit Studien und Erhebungen zu unterlegen und auch realistische Lösungswege aufzuzeigen. Dabei hilft uns, dass wir alle täglich und engagiert in den Schulen vor Ort tätig sind.

Als Lehrerverband ist es uns fremd zu taktieren und unsere Haltung je nach politischer Großwetterlage zu ändern. Der RLV ist die einzige Berufsvertretung der Realschullehrkräfte, die schon immer unmissverständlich für ein echt gegliedertes Schulsystem, die Wiedereinführung der verbindlichen Grundschulempfehlung und einen eigenen Studiengang für das Lehramt an Realschulen eintritt! Wir stehen für einen bildungspolitischen Kurs von Maß und Mitte und wenden uns gegen jede von Ideologien geleitete Schulpolitik.

Wenn Sie all diese Punkte unterstreichen können und uns unterstützen wollen, gibt es außer Mitarbeit und Mitgliedschaft in unserem Verband noch eine wichtige Möglichkeit: Im nächsten Jahr 2024 stehen wieder Personalratswahlen an! Bei der letzten Personalratswahl ist es uns gelungen, durch viele Kandidaturen und Wahlstimmen aus den Kollegien heraus, Vertreterinnen und Vertreter in die Personalräte auf allen Ebenen zu bekommen. Das stärkt uns! In diesem Heft finden Sie alle Informationen dazu! Machen Sie Gebrauch davon und sprechen Sie im Kollegium darüber!

**Nun wünsche ich
uns allen noch eine**

gute Vorweihnachtszeit
**an den Schulen und
viel Freude beim Schmökern
in einem „realist“,
der seinen Namen verdient!**

**Herzlichst
Dr. Karin Broszat**



LESENswürdig!

Eine Buchempfehlung von Prof. Dr. Konrad Fees,
Karlsruher Institut für Technologie



Silke Müller:
Wir verlieren
unsere Kinder!
Gewalt,
Missbrauch,
Rassismus –
Der verstörende
Alltag im
Klassen-Chat

224 Seiten
erschienen im Droemer-Verlag
München 2023
ISBN: 978-3-426-27896-3
Preis: 20 € (gebundene Ausgabe),
auch als E-Book (17,99 €)
und Hörbuch erhältlich

Zu allen Zeiten ist die Pädagogik mit dem Problem der heimlichen Erzieher konfrontiert gewesen, der kaum zu kontrollierenden Beeinflussung durch unliebsame Personen oder Medien wie Jugend- und Liebesromane, Jugendmagazine, Comics. Noch in den 1970er Jahren galten Asterix-Hefte in deutschen bildungsbürgerlichen Kreisen als Ausbund der Schundliteratur. Gegenüber dem, was freilich seit der flächendeckenden Verbreitung der Smartphones und deren Siegeszug bis in die Kinderzimmer hinein aktuell medial über den Nachwuchs hereingebrochen ist, nimmt sich der „Schund“ früherer Tage geradezu idyllisch aus.

Der aktuelle Schund kommt vor allem auf digitalen Pfaden daher. Dies und noch viel mehr greift die Autorin Silke Müller in der vorliegenden Schrift „Wir verlieren unsere Kinder!“ auf. Die Autorin leitet eine große Sekundarschule in Niedersachsen, amtiert zugleich als „Erste Niedersächsische Digitalbotschafterin“ und ist als pädagogisch Verantwortliche für solch einen Betrieb tagtäglich mit den Folgen der unregelmäßigen Smartphone-Verbreitung konfrontiert. Ihr Befund ist mehr als nur alarmierend: Weitgehend unbemerkt von der zuständigen Erwachsenenwelt haben Bedrohungen einen direkten Zugang in die Kinderseelen gefunden. In einem Ausmaß, das sich digital bzw. social-media unbedarfte Erwachsene kaum vorstellen können. Während Eltern beispielsweise arglos die Tagesschau ansehen, können sich im Kinderzimmer daneben synchron Vorgänge ereignen, die das Vorstellungsvermögen hergebrachter sozialisierter Mitteleuropäer sprengen.

Das Grundproblem ist die Zugänglich- bzw. Verfügbarkeit; quasi jeder Fünftklässler besitzt schon ein Smartphone, was für sich zunächst kein Problem darstellt. Allerdings: Gelten für einen Kinobesuch noch die

Regeln der „FSK“ (Freiwillige Selbstkontrolle der Filmwirtschaft), so gelten diese Regeln dafür, was in Gestalt von Schrift, Ton, Bild und Video seinen Weg in die Smartphones findet, nicht. Und so hat sich, wie die Autorin Silke Müller nachvollziehbar und eindrücklich zur Darstellung bringt, in der digitalen Unterwelt ein toxisches Gebräu zusammengemischt, das portionsweise in digitalen Kloaken ungehindert in die Kinderzimmer und -seelen gespült wird. Die Autorin geizt nicht mit Beispielen und Belegen. Als Schulleiterin ist sie tagtäglich mit Vorfällen befasst, die das, wofür die Schule eigentlich da ist, zur Nebensache werden lassen. Die Bedrohungen lassen sich in drei große Klassen unterteilen: Zunächst sind da Bilder, Filme, Töne mit der Darstellung von Geschmacklosigkeiten, Widerlich- und Grausamkeiten aller Art. Des Weiteren sind Schüler in grenzenloser Naivität interaktiv unterwegs, chatten 13-jährige Mädchen vermeintlich mit gleichaltrigen Jungs, tatsächlich aber mit erwachsenen Männern, schicken sich Chat-Partner gegenseitig intime Fotos, „Dickpics“, Mitschnitte von Masturbationen oder inszenieren sich Mädchen oder Jungs in erotischen Posen, ohne zu wissen, was sie da tun und geben ahnungslos ihren Körper und ihr Selbst einer gierigen und gewissenlosen Community preis. Und schließlich folgen auf dem Fuß die individuellen persönlichen Erniedrigungen, Verunglimpfungen, Pranger-Situationen, denen sich Schüler aus heiterem Himmel und schutzlos ausgesetzt sehen können. Als Schmiermittel, die solcherart Fäkalien in Umlauf bringen, fungieren die sogenannten sozialen Netzwerke WhatsApp, TikTok, Instagram, Snapchat und Co.

Silke Müller führt reichlich Belege an: Videomitschnitte inklusive Ton von real ausgeführten Verstümmelungen, grausame Morde an Kindern, bestialische Szenen aus dem Tierreich, Tierquälereien, Penetrationen von Grundschulkindern, Anleitungen zu Selbst-



verletzungen und Suizid, verfassungsfeindliche Bilder, NS-Verbrechen verharmlosende Inhalte. Offenbar gibt es „so gut wie keine Grenzen mehr für Sarkasmus, Ironie und Komik“ (S. 76). Und hier erschallt ihr Alarmruf: „Wir verlieren unsere Kinder und vor allem ihre Seelen und ihre psychische Unversehrtheit [...] in den Tiefen der Netzwerke, weil wir nicht hinschauen“ (S. 78).

Die niedersächsische Digitalbotschafterin macht genau das, was sie als Pädagogin auch machen muss: sie schlägt Alarm und klagt an. Die Kinder kann man nicht anklagen; die nutzen jene Freiräume, welche unbedarfte, uninteressierte oder auch gleichgültige pädagogisch Verantwortliche erst haben entstehen lassen. Ohne Frage hat hier die Digitalbeauftrage eine Lücke entdeckt, die im Allgemeinen kaum wahrgenommen wird und die so schnell wie möglich zu schließen wäre.

Solange der Jugendschutz hier allerdings nicht greift, sind andere Maßnahmen erforderlich. Auch hier bietet die Verfasserin ein ganzes Arsenal von Vorschlägen, was seitens Elternschaft und Schulgemeinde zu tun wäre (S. 109 ff.): möglichst keine Bildnisse der Kinder posten, vor allem nicht von unbedeckten Kindern; mit den Kindern über ihre Digital-Erlebnisse sprechen, selbst als Erzieher Accounts in den sozialen Netzwerken anlegen, also sich kundig machen; in der Schule eine „Social-Media-Sprechstunde“ (S. 109) anbieten, das Kollegium regelmäßig auf dem Laufenden halten und vieles andere mehr; letztlich handelt es sich um „Medienkompetenzaufbau“ (S. 191) für alle Beteiligten.

Wie eingangs schon angemerkt, handelt es sich hier um ein Problem, das die Pädagogik immer schon umgetrieben hat: Wie kann man unerwünschte und fraglos schädliche Einflüsse von Kindern fernhalten? „Die Kinderseele ist unglaublich empfindlich, und sie vergisst nichts“ – schrieb der Philanthrop

Johann Gotthilf Salzmann bereits vor über 200 Jahren. Und es steht außer Frage, dass es nicht ohne Folgen bleiben kann, wenn man solchen moralischen Unrat gleich kübelweise über den Schülern ausgießt. Die moralische Verwahrlosung ist das eine; die Leistungsfähigkeit der Schule aber das andere. Es kann ja wohl nicht sein, dass Schulen durch fortgesetzt auftretende mediale Entgleisungen derart aus dem Tritt geraten, dass dem eigentlichen Erziehungs- und Bildungsauftrag nur noch sporadisch entsprochen werden kann.

Die technische Entwicklung, also die Aufrüstung der kleinen Taschencomputer, ist viel schneller vorangeschritten, als man dies ethisch angemessen hätte begleiten können. Die Gefahren sind nun aber erkannt; dieses Verdienst kommt der Autorin Silke Müller zu. Was aber in Printmedien, im Kino, Fernsehen Kindern nicht gezeigt werden darf, darf Kindern auch auf dem Smartphone nicht gezeigt werden. Hier sind Barrieren zu errichten, und hier ist der Gesetzgeber gefordert. Es ist doch sehr merkwürdig, wie die Politik hier den faktischen Entwicklungen hinterherläuft, ganz im Gegensatz zur Regulierungswut in anderen Bereichen. Der Jugendschutz hat hier offenbar ein gewaltiges legislatives wie exekutives Defizit.

Das Buch von Silke Müller ist unverzichtbar und nicht nur lesenswert, sondern sollte zur Pflichtlektüre für alle professionell pädagogisch Verantwortlichen in Bund und Ländern erklärt werden. Diese Verantwortlichen sind aber keineswegs nur Lehrkräfte, Personen der Schulbehörden, sondern insbesondere auch Parlamentarier, Juristen, Staatsanwälte und Polizisten!

PS: Frankreich ist uns hier (wieder mal) voraus: Jugendliche Mobbing-Täter, die Mitschüler gequält haben, werden dort strafrechtlich zur Verantwortung gezogen und zügig abgeurteilt.

Gerne veröffentlichen wir auch Ihre Buchempfehlung!

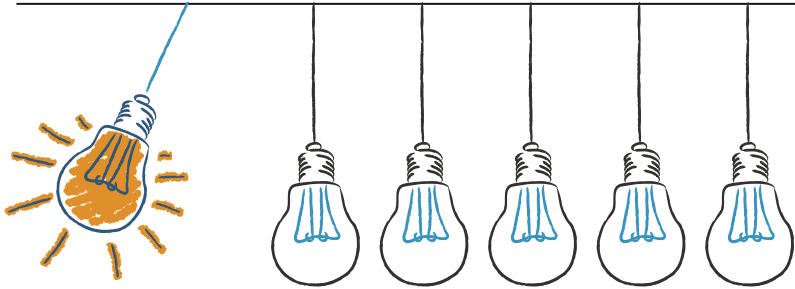
Haben Sie in letzter Zeit ein Buch zum Thema Schule, Schulpolitik oder Unterricht gelesen (gerne auch Romane, die sich mit diesen Themen beschäftigen)? Würden Sie dieses Buch gerne Kolleginnen und Kollegen empfehlen? Dann schreiben Sie eine Buchempfehlung für den „realist“! Senden Sie diese an redakteur@rlv-bw.de (ca. eine Textseite) und ergänzen Sie Ihren Namen und die Schule, an der Sie unterrichten.





Kostenlose Lernportale

Wissensrückstände nachholen, Unterrichtsinhalte vertiefen:
Landesmedienzentrum BW bietet digitale Lernportale kostenfrei an.



PRAXISTIPP

Mit wenigen Klicks können Lehrkräfte und auch Schülerinnen und Schüler aus Baden-Württemberg kostenfrei auf die Lernportale „ANTON“ und „Diagnose und Fördern“ zugreifen. Diese unterstützen dabei, die pandemiebedingt entstandenen Lernrückstände auszugleichen. Zu erreichen sind die digitalen Lernangebote über die Bildungsmediathek SESAM.

Lernportale kostenlos über die SESAM-Mediathek nutzen

Lehrkräfte aus Baden-Württemberg können erprobte Lernanwendungen von Lernmedien-Anbietern kostenfrei über die Bildungsmediathek SESAM nutzen, für die ihre Schule sonst erhebliches Budget hätte aufbringen müssen. Unterstützt wird dieses Angebot durch das Förderprogramm „Lernen mit Rückenwind“.

Lehrkräfte, die bereits bei SESAM registriert sind, können die Angebote bequem über das sogenannte „Single-Sign-On“-Verfahren nutzen. Dies bedeutet, die Eingabe des Passwortes ist nur beim Login in SESAM nötig. Lehrkräfte finden die Angebote nach erfolgter Anmeldung über die SESAM-Startseite oder über die Suchfunktion der Mediathek.

ANTON – die Lern-App von der Vorschule bis zum Abitur
Die Lern-App „ANTON“ bietet ein großes Spektrum an Lern- und Fördermaterialien. Für die Klassenstufen 1–10 finden sich für viele Fächer alle lehrplanrelevanten Inhalte. Einige der Materialien können auch gut zu Prüfungsvorbereitungen genutzt werden.



In einzelnen Fächern wie Mathematik, Biologie und Deutsch reicht das Angebot bis in die Sekundarstufe II. Gerade für jüngere Schülerinnen und Schüler hat die Lernanwendung einen hohen Motivationswert, da sie mit unmittelbaren Rückmeldungen und einem Belohnungssystem den individuellen Lernfortschritt begleitet und sichtbar macht.

Diagnose und Fördern – Lernstandsdiagnosen sowie Lern- und Fördermaterial in der Sekundarstufe I

„Diagnose und Fördern“ des Cornelsen-Verlags enthält für die Fächer Mathematik, Deutsch, Englisch und Französisch eine umfassende Sammlung von Lern- und Fördermaterialien. Diese bestehen immer aus Erklärvideos und interaktiven Übungen und enthalten häufig auch zusätzliche Infotexte, Lexikoneinträge und Probeklassen-

arbeiten. Lehrkräften steht neben dem Lern- und Förderangebot zusätzlich eine Diagnosefunktion auf der Lernanwendung zur Verfügung. Mithilfe dieser Kombination aus Lernstandsdiagnose und passendem Fördermaterial können Lehrkräfte den Lernstand aller Schülerinnen und Schüler einer Lerngruppe differenziert erfassen und den Lernfortschritt gezielt begleiten.

Umfassende Informationen zu den Lernportalen, der Registrierung in SESAM und der Verwendung der Lernportale finden Sie auf kostenlose-lernportale.de



Sechster Süddeutscher Realschultag 2023

Konferenz der Landesverbände Bayern,
Baden-Württemberg und Hessen

Von Christina Beer

Am 19. Oktober 2023 fanden sich etwa 50 Delegierte in den Räumlichkeiten der IHK Ulm zum Sechsten Süddeutschen Realschultag ein, welcher gemeinsam vom Bayerischen Realschullehrerverband (brlv), dem Verband der Lehrer Hessen (VDL) und dem Realschullehrerverband Baden-Württemberg (RLV) veranstaltet wurde.

Zur Eröffnung der Tagung begrüßte die Hauptgeschäftsführerin der IHK Ulm, Frau Petra Engstler-Karrasch, die Teilnehmer. „Wenn man hoch hinaus und weit sehen möchte“, so der Vergleich mit dem höchsten Kirchturm der Welt, „braucht es ein starkes Fundament, Leistungsbereitschaft sowie eine gute Verbindung zwischen Theorie und Praxis“. Die Realschule gilt nach wie vor als starker Bildungspfeiler für die darauf aufbauende duale berufliche Ausbildung, da sie ihre Schülerinnen und Schüler gezielt darauf vorbereitet.

Weitere Grußworte folgten von den jeweiligen Vorsitzenden der Verbände.

Ulrich Babl untermauerte die Überzeugung des brlv: „Die Realschule ist unverzichtbar!“

Auch Bayern steht vor ähnlichen Herausforderungen wie hierzulande. Folgen von Corona und die Digitalisierung, der Lehrkräftemangel – alles Themen, die einen bedeutenden Einfluss auf die Bildung der jungen Menschen haben – jedoch in den Kampagnen zur Landtagswahl bei unserem Nachbarn so gut wie keine Rolle gespielt haben. Der Verband hofft jedoch, dass diese nun in den bevorstehenden Koalitionsgesprächen stärker zu Wort kommen werden.

Dr. Karin Broszat freut sich über die Verbundenheit mit den Schwesterverbänden in Bayern und Hessen und nennt Baden-Württemberg als mahnendes Beispiel für deren anstehende Koalitionsgespräche. Durch diverse bildungspolitische Eingriffe in unser ehemals bewährtes dreigliedriges Schulsystem während der letzten Jahre sei die Differenzierung vereinheitlicht worden, wodurch sich BW leistungsmäßig auf einem absteigenden Ast befinde. Da wir jedoch wieder hoch hinaus möchten, setzen wir uns für die Stärkung der Realschule ein. Denn – so ihr Fazit – ein stabiles Schulsystem ertrage viele Krisen!



Auch der VDL Hessen betonte die Wichtigkeit des Austausches, der Verbindung und der gemeinsamen Stärke. Jörg Leinberger erinnert daran, dass man in der Verbandsarbeit bei den Wünschen und Forderungen von Seiten der Landespolitik häufig ein „Nein“ ernte, jedoch erinnert er ebenso daran, dass auch ein „Nein“ zum Ziel führen könne, da über andere Lösungsansätze reflektiert werden müsse und das Ziel somit auf einem anderen Weg erreicht werden könne. Direkt im Anschluss daran informierte Lisa Biermann zum Thema „Berufsorientierung an Realschulen – Unterstützungsangebote der IHK Ulm“ über die vielfältigen Beratungsangebote für Schüler, Eltern und Lehrkräfte sowie über praktische Möglichkeiten des Zusammenbringens von Schule und Wirtschaft.

Nahtlos folgte der Fachvortrag von Prof. em. Dr. Hartmut Esser mit dem Titel: „Falsch abgelenkt. Irrwege und Sackgassen der Diskussion um die Leistungs-differenzierung“.

Der emeritierte Professor für Soziologie und Wissenschaftslehre hat sämtliche Daten zu den verschiedenen Vergleichsstudien der letzten Jahre zusammengetragen und im Hinblick auf deren Niveau empirisch untersucht.





Sechster Süddeutscher Realschultag 2023

Konferenz der Landesverbände Bayern,
Baden-Württemberg und Hessen

Von Christina Beer



Der politische Wunsch nach der Abschaffung von sozialer Ungerechtigkeit führe zu der Forderung nach Öffnung des differenzierten Bildungssystems. Prof. Esser zeigt jedoch, mit dem von ihm sogenannten „traurigen Smiley“, anhand des Bildungsmonitors (der Sekundarschule) während der letzten zehn Jahre auf, dass der Leistungsmonitor nicht von der Bildungsgerechtigkeit abhängt!

Die Abkehr vom Leistungsprinzip führe stattdessen in die Sackgasse. Kognitive Homo-

genität bringe bei den Leistungen nichts und verschärfe nur die Unterschiede nach der sozialen (und ethnischen) Herkunft. Durch die Abschaffung einer verbindlichen Grundschulempfehlung sei es (gerade bei den Kindern aus schwierigen Verhältnissen) zu einer Verringerung der Anstrengungen und Leistungen vor dem Übergang gekommen.

Essers Fazit lautet: „Vor diesem Hintergrund müsste die folgende Hypothese überprüft werden: In den ‚strikt‘ sortierenden Ländern herrscht in der Schulpolitik eine insgesamt

stärkere Fokussierung auf Leistungen im Feld des Erwerbs kognitiver Kompetenzen in den auch durch die regelmäßigen Tests hervorgehobenen ‚Hauptfächern‘ Deutsch und Mathematik, wobei das strengere ‚Übergangsregime‘ Ausdruck einer schon in den Grundschulen stärkeren Leistungsorientierung in diesen Fächern ist.“ (KK: 5)

Mit der Diskussion und Verabschiedung einer gemeinsamen Resolution der drei Landesverbände ging der Süddeutsche Realschultag erfolgreich zu Ende.



Von links: Jörg Leinberger (VDL Hessen), Dr. Karin Broszat (RLV), Prof. Hartmut Esser, Ulrich Babl (BRLV)



Eine starke Wirtschaft braucht eine starke Realschule! Gemeinsame Resolution der Realschul-Landesverbände aus Bayern (brlv), Baden-Württemberg (RLV) und Hessen (VDL) verabschiedet

Im Rahmen einer gemeinsamen Konferenz in Ulm haben die Realschul-Landesverbände Bayern (brlv), Baden-Württemberg (RLV) und Hessen (VDL) eine Resolution mit konkreten Bildungsforderungen beschlossen. Die Landesverbände plädieren für den Erhalt der Bildungsqualität im differenzierten Schulwesen und für eine Stärkung der für Industrie und Handwerk unverzichtbaren Realschulbildung in allen drei Bundesländern.

Der Bayerische Realschullehrerverband (brlv), der Realschullehrerverband Baden-Württemberg (RLV) und der Verband der Lehrer Hessen (VDL) fordern:

- die unbedingte Beibehaltung/Wiedereinführung eines leistungsorientierten, differenzierten und begabungsgerechten Bildungswesens.
- die Beibehaltung von profilierten eigenständigen Schularten, die zu differenzierten Schulabschlüssen (Hauptschulabschluss, Realschulabschluss, Abitur) führen und den Weg in eine qualitativ anspruchsvolle Berufsausbildung bis hin zur Hochschulbildung eröffnen.
- dass der Übertritt von der Grundschule an die weiterführenden Schularten auf Basis einer verbindlichen Grundschulempfehlung erfolgt, die das einzelne Kind umfassend betrachtet und der gleichzeitig mit Leistungskriterien unterlegt ist. Die Landesverbände erkennen darin die beste Voraussetzung, Kinder an der weiterführenden Schule entsprechend ihrer Begabungen und Leistungsmöglichkeiten optimal zu fordern.
- die massive Stärkung des Lehrberufs durch Schaffung attraktiver Rahmenbedingungen: Reduzierung der Arbeitsbelastung zur Fokussierung auf das Kerngeschäft der Erziehung und Wissensvermittlung, Abbau von Verwaltung und Bürokratie und eine bessere Besoldung sowie Ausbau der Unterstützung durch Externe für nicht pädagogische Tätigkeiten und die Beibehaltung/Wiedereinführung schulartspezifischer Studiengänge sowie die Schaffung /den Ausbau von Beförderungsmöglichkeiten im Haupt- und Realschulbereich.
- langfristige und gut durchdachte Planung des Bedarfs von Lehrkräften an allen Schularten und sinnvolle, junge Menschen ansprechende Nachwuchsgewinnungskampagnen.



PRESSEMITTEILUNG



- die politische Bildung an Schulen zu stärken, um unsere freiheitlich-demokratische Grundordnung weiter zu festigen und die Vorzüge unserer Demokratie sichtbar zu machen.
- den Erhalt und Ausbau von mobilen und integrierten Lehrerreserven, um kurzfristig auf Ausfälle reagieren zu können.
- bessere Möglichkeiten und mehr Unterstützung bei der Gewinnung qualifizierter und versierter Lehrkräfte über den Quereinstieg.
- eine deutliche Steigerung der Attraktivität von Schulleitungsstellen.
- die Unterstellung jeglichen an der Schule tätigen Personals der Weisungshoheit der Schulleitung.
- ein Bekenntnis zur Gleichwertigkeit von akademischer und beruflicher Bildung, die sich in Zuweisung von Personal- und Sachmitteln widerspiegeln muss. Die Berufsorientierung muss dabei wie bisher im Fokus der Schularten der mittleren Bildung stehen und im Profil klar verankert sein. Die Förderung handwerklicher Tätigkeiten (Werken, Basteln, Handarbeiten) sollte auch bereits in der Grundschule stärker verankert werden. Die duale Ausbildung ist für alle drei Landesverbände ein wichtiger Standortfaktor. Der hohe Fachkräftebedarf in Handwerk, Industrie und Verwaltung wird vor allem aus den Schularten der Realschulbildung gespeist. Umso wichtiger ist daher die Stärkung der mittleren Bildung.
- dass Inklusion und Integration die Kollegien vor Ort nicht überfordern. Daher gilt es die Förderschulen zu erhalten/zu stärken/auszubauen und es in die Hand der Eltern zu geben, den bestmöglichen Förderort zu wählen. Schulen mit einem hohen Anteil von Kindern aus sozialschwachen Familien und/oder Kindern mit Migrationshintergrund sind auf Basis der sozialen Gegebenheiten mit zusätzlichen Lehrkräften sowie mit der Expertise der Schulpsychologie und der Schulsozialarbeit zu verstärken. Wir fordern daher auch, dass Schulbegleiterinnen und Schulbegleiter vor ihrem Einsatz eine grundlegende Qualifizierung erhalten.

PRESSEMITTEILUNG



- die Voraussetzungen für digitalen Unterricht zu gewährleisten. Die Beantragung von Mitteln muss ohne viel Bürokratie umsetzbar sein und die Ersatzbeschaffung von Endgeräten muss bereits von Beginn an eingeplant und unbürokratisch sein. Die Schüler sollten frühzeitig, möglichst ab der 5. Klasse, mit digitalen Endgeräten ausgestattet werden. Der Einsatz von Lernsoftware und Kollaborationsplattformen macht es erforderlich, dass es zielgenaue Fortbildungen vor Ort gibt, um erfolgreiche Lernumgebungen zu schaffen. Dialogsysteme, die mit künstlicher Intelligenz auf Basis von Fragestellungen Aufsätze und Texte generieren können, sollen an Schulen verantwortungsvoll genutzt werden können. Schülerinnen und Schüler brauchen Kompetenzen im Umgang mit KI-basierten Plattformen und Softwarelösungen. Generell muss dabei ein Datenschutz mit Augenmaß gewährleistet sein.
- dass die Administration und Betreuung der IT auf Ebene des Landkreises, der Stadt oder der Kommune von professionellen Unternehmen umgesetzt wird. Technik folgt der Pädagogik. Lehrkräfte sollen sich um Unterricht und Erziehung kümmern und nicht nebenbei noch die IT der Schule pflegen und administrieren.
- die ökonomische Bildung auf Ebene der Schulen deutlich zu stärken. Wirtschaftskennntnisse sind unerlässlich bei vielen Entscheidungen im alltäglichen und beruflichen Leben.
- ein konsequentes Eintreten des Dienstherrn bei Gewalt gegen Lehrkräfte und grundsätzlich mehr Fokus auf die Lehrkräftegesundheit.

Dazu RLV-Landesvorsitzende Dr. Karin Broszat: „Mit unseren Freunden aus Bayern und Hessen setzen wir uns für die Schulart Realschule, den Erhalt der Bildungsqualität und für attraktive Arbeitsbedingungen an unseren Realschulen ein. Die starke berufliche Orientierung gehört zum Markenkern unserer Schulart und sorgt dafür, dass der Realschulabschluss in Handel, Gewerbe und Handwerk hochgeschätzt wird. Gleichbleibend viele Abschlusschüler entscheiden sich auch für den Erwerb des Abiturs über die beruflichen Gymnasien. Die Realschule ist somit ein unverzichtbarer Teil des Wirtschaftsstandorts Baden-Württemberg und repräsentiert den Mittelstand. Eine Schwächung dieser Schulart – sei es durch die Vereinheitlichung des differenzierten Bildungswesens oder durch Pläne zur weiteren Vereinheitlichung und Entfachlichung der Lehrerbildung – lehnen wir geschlossen und entschlossen ab!“



Falsch abgebogen?

Irrwege, Sackgassen und Perspektiven der Diskussion um die Leistungsdifferenzierung

Auftakt: PISA, der traurige Smiley und eine Überraschung

Ende September 2023 gab es unter dem Motto „BILDUNGSWENDE: jetzt“ eine beeindruckende Protestveranstaltung von zahllosen Gruppierungen in so gut wie allen Bundesländern gegen den weiteren Verfall der Qualität der Bildung in Deutschland. Der Niedergang begann nach einer Periode der Besserung nach dem PISA-Schock im Jahr 2000, etwa 2011/12, zuerst eher schleichend, beschleunigt dann durch die verschiedenen Krisen und Belastungen nach 2020 und 2022 und zum Schluss noch einmal verschärft durch einen überraschenden Lehrer:innenmangel, dem dann vieles bei den Problemen zugeschoben wurde. Bei PISA 2018 und dem Bericht des Instituts zur Qualitätssicherung im Bildungswesen (IQB) für 2018 hatte sich der Niedergang schon für die Zeit vor den Krisen nach 2020 angekündigt, und in der ZEIT, Nummer 21 von 2021, war unter dem Titel „Der nächste Absturz“ von Hartung und Kerstan ein Beitrag dazu erschienen. Illustriert wurde die Entwicklung über das Bild eines traurigen Smileys, ein von unten links erst hoch gezogener und dann nach rechts wieder herunterhängender Mund, im Einzelnen empirisch dokumentiert in einer Analyse des ifo-Instituts und gestützt auf eine Vielzahl unterschiedlicher Quellen, die keinen Zweifel daran ließen, dass etwas dran war an der Diagnose vom Aufstieg und Fall der Qualität im Bildungswesen in Deutschland. Und das nun nicht nur für die Sekundarstufe, sondern auch für die Grundschulen und alles ausgerechnet besonders für die Kinder in den schwierigeren Verhältnissen. Nun gab es fast den gleichen Schock wie schon bei PISA 2000, als es schon so aussah, dass das deutsche Bildungssystem so schlecht und reformbedürftig wäre wie kaum sonst in einem anderen Land. In dem Aufruf heißt es:

„Deutschland steckt in einer der schwersten Bildungskrisen seit Gründung der Bundes-

republik! Bundesweit fehlen hunderttausende Kitaplätze. Der Mangel an Lehrkräften und Erzieher*innen steigt immer weiter und trifft auf ein veraltetes und unterfinanziertes Bildungssystem, das sozial ungerecht ist. Jetzt muss umgesteuert werden.“

Gründe für den Protest gab es in der Tat mehr als genug. Die Forderungen sind entsprechend, und man muss sie angesichts der Bedeutung des Problems auch keineswegs für übertrieben halten: Ein Sondervermögen von 100 Mrd. Euro, so viel wie für die Rüstung nach der „Zeitenwende“ des Ukrainekriegs, und auch eine „Offensive“, nun eine für deutlich mehr Kita-Plätze und für die „Ausbildung von ausreichend und gut qualifizierten Erzieher:innen bei attraktiven Ausbildungs- und Arbeitsbedingungen“. Zunächst. Dann aber auch die Forderung, die „Schule ZUKUNFTSFÄHIG und INKLUSIV“ (Großbuchstaben im Original) zu machen, was nach dem Aufruf u. a. meint: „Druck aus dem überlasteten System nehmen und die Leute beteiligen, die tagtäglich direkt mit Kita und Schule in Berührung sind, Lehrpläne und Lerninhalte schüler*innenorientiert und diskriminierungskritisch zu überarbeiten, um Freiräume für die intellektuelle, emotionale und soziale Entwicklung der Schüler*innen zu schaffen und die Bildungsqualität zu erhöhen, alternative Leistungsbewertungen zu ermöglichen, statt zu viele Vergleichsarbeiten durchzuführen“, und auch: „multiprofessionelle Teams als festen Bestandteil in allen Schulen zu verankern und zu finanzieren.“

Wenn man etwas genauer hinsieht, sind es zwei Arten von Forderungen, von deren Erfüllung man sich die Lösung verspricht.

Erstens: Geld zur Sanierung der in der Tat schon länger unerträglich gewordenen baulichen Situation und materiellen Ausstattung der Schulen und für den Nachholbedarf in wichtigen Entwicklungen, wie etwa bei der Digitalisierung. Dann aber auch

die Verbesserung der Ausbildungs- und Arbeitssituation des Lehrpersonals, insbesondere die gesellschaftliche Aufwertung des Lehrerberufs, der Hauptgrund für das „finnische Wunder“, wie man inzwischen weiß, auch die Entlastung von Aufgaben wie Familienersatz und verlängerte Tagesverwahrung, für die Schule und Lehrpersonal nicht da sind.

Zweitens: Die Öffnung und Lockerung des Systems für möglichst alle und die Beteiligung der Familien bei allem, die Anpassung der Lehrpläne an die Bedürfnisse und Vorstellungen der Schüler*innen, nicht weiter eng an Leistungskriterien orientierte Bewertungen, etwa über Noten oder Tests, was, so kann man ergänzen, alle doch schon sehr entlasten würde: weniger Stress bei den Kindern, wenn es kaum noch Prüfungen oder Hürden beim Übergang gibt, weniger Auseinandersetzungen im Umgang mit den Eltern um Noten und Empfehlungen und weniger Anstrengung beim Lehrpersonal, wenn die Bewertungen und Erwartungen an die Kinder im Unterricht freigegeben sind.

Es sind zwei inhaltlich unterschiedliche und voneinander unabhängige Aspekte bei den Vorschlägen und Forderungen: allgemeine materielle Verbesserungen in den Bedingungen, die überall einsetzbar und von Nutzen sein könnten, und Änderungen im Bildungssystem, den institutionellen Regeln also, unter denen die materiellen Mittel eingesetzt würden und ggf. die Effekte der Bedingungen verändern. Darum geht es: Gibt es institutionelle Regelungen, die unter den gleichen materiellen Bedingungen bessere oder schlechtere Ergebnisse erbringen – beim Leistungsniveau wie bei der sozialen Durchlässigkeit?

Die Frage nach dem Bildungssystem

Es ist die Frage nach dem **Bildungssystem**. Dabei stehen sich seit jeher zwei grund-



Von Prof. Dr. em. Hartmut Esser

legende Positionen gegenüber: Differenzierung und Integration. Sie unterscheiden sich in ihren Annahmen über die Bedingungen und Mechanismen für bessere und sozial gerechtere Ergebnisse: Homogenität oder Heterogenität in der Lernumgebung der Schulen und Schulklassen einerseits, vorgegebenes Curriculum und fokussierter Unterricht gegenüber gegenseitiger Unterstützung über peer-Interaktionen und flexibel-reflexiver Stoffvermittlung.

Die **Differenzierungsposition** geht von der Annahme aus, das schulische Lernen funktioniert am besten, wenn die Anforderungen an das Verstehen des Stoffs und die Fähigkeiten der Kinder aufeinander „passen“ und Lehrstoff und Lehrmaterialien darauf abgestimmt sind. Damit würde bei gleicher Anstrengung ein entspannter, auf den Inhalt besser fokussierter und auf Einzelprobleme flexibel eingehender Unterricht möglich. Schon die einfache Unterteilung in zwei Bildungswege, etwa am Mittelwert der Verteilung der Fähigkeiten, würde ein erster und entscheidender Schritt schon sein: Die Reichweite an Varianz, die der Unterricht abzudecken hätte, wäre halbiert und alles würde entsprechend effizienter und leichter. Mit der weiteren Differenzierung der Differenzierung, etwa in die Dreigliedrigkeit, würden die Passung noch genauer und die Vermittlung noch zielgenauer und noch leichter und damit das Ergebnis auf allen Ebenen und so auch insgesamt noch besser, womöglich nicht überall in gleichem Maße. Die Differenzierung wäre, wenn man so will, also eine Art der Verringerung der Klassengröße, denn dabei ist ja nicht die schiere Anzahl das Problem, sondern die Spannweite an Unterschieden der Kinder, die der Unterricht abzudecken hat. Der Extremfall wäre der Privatunterricht, wo alles auf jeden einzelnen Fall abgestimmt werden könnte. Das wäre, man kann es sich leicht vorstellen, nicht wirklich zu organisieren, geschweige denn zu bezahlen, von den

sozialen und anderen Pathologien eines solchen Systems ganz abgesehen.

Nach der **Integrationsposition** wäre es geradezu umgekehrt. Danach bilden Vielfalt, reflexive Offenheit der Lernumgebung und übergreifende Interaktionen die Voraussetzung für bessere und gerechtere Ergebnisse. Gerade Kinder aus den schwierigen Verhältnissen und die mit Lernproblemen könnten von den Kontakten und der Unterstützung der in den Fähigkeiten und Leistungen besseren Kinder und mit denen aus den oberen Schichten profitieren. Weil es Bewertungen und Sortierung nicht gebe, würden Stratifikationen und Ungerechtigkeiten gar nicht erst entstehen können. Und nur so, in der Entlastung von Leistungs- und Erfolgsdruck, seien auch eigenständige, von den äußeren Umständen unabhängige intrinsische Motivationen und Resilienzen möglich, gefördert und verstärkt durch einen auf die beständige Reflexion abgestellten und schüler:innenorientierten Unterricht. Ein besonders anschaulicher Spezialfall hierfür wäre das sog. jahrgangsübergreifende Lernen: In der so noch einmal über mehrere Jahrgangsstufen deutlich vergrößerten Spannweite der mit den Jahrgängen einhergehenden kognitiven Heterogenität seien die Vorzüge des gemeinsamen Lernens in einer sogar noch einmal verstärkten Weise zu erwarten, auch weil sich mit den dann eintretenden besonderen Schwierigkeiten das Problembewusstsein bei Kindern und Lehrpersonal erhöht und das dann neben einer umfassenden Integration zu noch besseren Leistungen führe. Begründungen für das Konzept der „Inklusion“ haben viel damit zu tun.

Die Integrationsposition ist die Grundlage des Protestaufrufs, die Differenzierungsposition wird nicht erwähnt, nicht einmal, wie sonst meist, in kritischer Polemik. Und das ist ja auch nicht unverständlich: In Deutschland gibt es nach wie vor und überall formal die Differenzierung, wenngleich

mit Variationen und allerlei Reformen der Öffnung und Flexibilisierung hier und da in verschiedenen Bundesländern. Und die ganze Zeit über hatte sich immer wieder auch in den Analysen der empirischen Bildungsforschung dazu gezeigt, zuerst in der soziologischen Mobilitätsforschung für die Bildungsbeteiligung und dann seit PISA bei den Leistungen, dass die integrativen Systeme im Vergleich leistungsfähiger und sozial durchlässiger wären als die differenzierenden – mit Finnland und Schweden als den leuchtenden Vorbildern, denen es nur noch nachzueifern gelte? Und wäre es dann nicht selbstverständlich, dass man das Übel zuallererst und an der Wurzel anzugehen hätte: die Abschaffung der Leistungsdifferenzierung, wie das der Aufruf tut?

Zweifel an der bisherigen Standartposition: „Differenzierung verbessert das Niveau nicht“

Es ist die Frage nach der **empirischen** Geltung, denn die beiden Ansätze beruhen ja so weit nur auf Hypothesen. Dabei konnte man zunächst zur Verteidigung der Differenzierung immer noch mit einiger Berechtigung annehmen, dass die Diagramme in den OECD-Berichten allzu einfach gewesen wären und dass sich womöglich alles anders darstellen könne, wenn man mit geeigneten Methoden der multivariaten Analyse und statistischen Kontrolle auf die Kausalitäten der Sache stoße. Es war die Stunde der (Bildungs-)Ökonometrie und der alsbald enorm ausgeweiteten empirischen Bildungsforschung. Ein Schwerpunkt war dabei immer auch der Systemvergleich, und da schien es in den Befunden weiter und bis heute so gut wie keinen Zweifel zu geben: Die Differenzierung verbessere das Niveau nicht, sie vergrößere nur die Ungleichheiten im Bildungserfolg und speziell die nach der sozialen Herkunft.



Falsch abgebogen?

Irrwege, Sackgassen und Perspektiven der Diskussion um die Leistungsdifferenzierung

Es war und ist, so kann man sagen, das **Standardergebnis** über die Jahre hinweg gewesen und hat über eine Vielzahl von bestätigenden, fast könnte man sagen: langweilig-redundanten Replikationen die hier dann so genannte **Standardposition** etabliert und gefestigt. Und dass dieser Auffassung der Protest im September 2023 wie selbstverständlich gefolgt ist, kann niemanden verwundern.

Gleichwohl ist die Frage auch nie verstummt, ob das denn alles auch wirklich stimmt, dass die Differenzierung so von Übel wäre, gerade dann auch zu Krisenzeiten, und die Integration der Schlüssel zum Glück? Und in der Tat: Es ist mit der Standardposition keineswegs so selbstverständlich wie es scheint und oft dargestellt wird, und es gibt, von Anfang an, eine ganze Reihe von Hinweisen darauf, dass sie auf systematischen Fehlern schon im Ansatz, dem **Standardansatz**, beruht, auch über Lücken in den Daten, insbesondere in den internationalen Vergleichsstudien, was womöglich ein immer wieder gleiches, aber falsches Ergebnis erzeugt haben könnte. Viele solcher Einwendungen waren es nicht. Aber es reichte schon für eine erste Erschütterung der Gewissheiten, auch gleich bereits nach PISA 2000. Sie haben alle damit zu tun, dass in den internationalen Vergleichsstudien zentrale theoretische Argumente zur Begründung der Differenzierung nicht beachtetet und in den empirischen Analysen nicht berücksichtigt worden sind, offenbar weil sie gar nicht vorgesehen waren und dann die nötigen Daten auch nicht erhoben worden sind. Bis heute.

Hier sind sie, die Lücken, zunächst nur zwei ganz offenkundige. **Erstens:** Beim Ability-Tracking kommt es im Kern der Vorgänge auf die **kognitiven Fähigkeiten** an, die „abilities“ also. In allen internationalen Vergleichsstudien fehlen sie. **Zweitens:** Der zentrale Mechanismus für die Erhöhung

der Effizienz des Lernens ist die kognitive Homogenität in den **Schulklassen**. Auch das fehlt – wenn es denn Analysen zu den Schulleffekten überhaupt gegeben hat. Die Folgen liegen auf der Hand: Bedingungen und Vorgänge, die mit den kognitiven Fähigkeiten und der kognitiven Zusammensetzung der Schulklassen kovariieren, wie die soziale Herkunft und die soziale Segregation, werden in den empirischen Analysen systematisch überschätzt. Und die Prozesse, die die Systemeffekte der Differenzierung eigentlich tragen, können sich erst gar nicht zeigen. Das Ergebnis ist das Standardergebnis. Zwangsläufig.

Es kommt ein dritter Aspekt hinzu. Der wurde zwar auch früh schon in die Diskussion eingebracht, aber später ebenso vergessen: Für die Effekte der Differenzierung ist es nicht ausreichend, dass die Bildungswege einfach nur getrennt werden und sich die Varianzen innerhalb der Schulklassen irgendwie verringern. Es käme vielmehr darauf an, dass die Aufteilung auch **wirklich** nach den kognitiven Fähigkeiten erfolgt und dass es die daran anschließenden Anpassungen der Lehrpläne und Materialien und die Fokussierung des Unterrichts auch **tatsächlich** gibt. Das ist mit der institutionellen Regel der Differenzierung allein nicht schon gegeben, es muss Zusatzregelungen geben, die das möglichst weitgehend sicherstellen.

Zwei davon wären besonders von Bedeutung: Die **Verbindlichkeit** der schulischen Vorgaben nach Leistungen, Noten und Empfehlungen bei der Aufteilung. Sie würde helfen, dass die Sortierung auch wirklich nach den kognitiven Fähigkeiten erfolgt und eben nicht nach anderen Gesichtspunkten wie die soziale Herkunft, weil die Eltern davon abweichen können. Und die organisatorische **Kontrolle** der schulischen Abläufe für die Durchsetzung der erforderlichen Implementationen bei den Curricula und im Unterricht, etwa über

die Standardisierung des Lehrangebots, über Zentralexamina und über regelmäßige Tests, aber auch durch Anreize für objektive Bewertungen, neutrale Erwartungen und fairen Umgang beim Unterricht.

Es ist davon auszugehen, dass beide Regelungen erst **zusammen** jene Wirkung entfalten, die von der Differenzierung erwartet wird: Wenn die leistungsgerechte Sortierung gelingt, aber die schulische Organisation das Nötige nicht umsetzt, ist ein Effekt ebenso wenig zu erwarten wie in dem Fall, dass die Schule alles tut, was nötig wäre, die unzureichend an den Fähigkeiten der Kinder orientierte Differenzierung, aber andere Einflüsse zulässt. Diese Kombination von Verbindlichkeit und Kontrolle sei als die **Stringenz** der Differenzierung bezeichnet. Sie wäre in den empirischen Analysen der Systemeffekte als spezifisches Merkmal einzubeziehen, zusätzlich also zu anderen, wie das Alter bei der ersten Trennung oder die Anzahl der Optionen, wie das ansonsten üblich ist. Denn erst in der vollen Kombination der Berücksichtigung von kognitiven Fähigkeiten, kognitiven Schulleffekten und Stringenz lassen sich die Unterschiede zwischen Differenzierung und Integration bestimmen. Und nur so kann man herausfinden, ob es über die Durchschnittseffekte der Differenzierung hinaus nicht auch gewisse **konditionale** Effekte gibt, speziellen Bedingungen zusätzlich zur bloßen Trennung also, an denen dann alles hängt. Gemacht hat das bisher niemand. Es ging aber ja auch nicht. Und deshalb weiß auch bisher keine(r), ob es denn überhaupt so ist, wie es – auch und keineswegs nur – der Protestaufruf darstellt.

Gut, also, geklärt ist es offenbar also nicht, aber man könnte es ja doch, so ein möglicher Einwand, einfach einmal versuchen, mit der Integration angesichts des so sichtbaren Erfolgs der skandinavischen Länder mit der Integration, und wenn es nicht der Drill in einigen asiatischen



Von Prof. Dr. em. Hartmut Esser

Ländern sein soll, die inzwischen alle überholt haben. Denn die Erfolge von Finnland und Schweden können ja nicht bestritten werden, auch wenn man nicht so recht weiß, was der Hintergrund ist. Und das Desaster in Deutschland bei PISA 2000 erst recht nicht.

PISA-Desaster 2000 – stimmt das wirklich?

Aber auch hier stellt sich die Frage: Wirklich nicht? Schon dazu gab es damals eine Sonderauswertung für die deutschen Bundesländer. Und was zeigte sich da? Bei den Leistungen lagen Bayern und Baden-Württemberg **über** dem OECD-Durchschnitt, Sachsen nur wenig darunter und alle drei Bundesländer hatten im Vergleich zu den anderen auch eine eher **höhere** soziale Durchlässigkeit. Die schlechtesten Leistungen und die geringste soziale Durchlässigkeit gab es dagegen in Bremen. Berlin war bei PISA 2000 nicht dabei, war aber in den späteren Erhebungen fast so weit unten wie Bremen. Am wenigsten sozial durchlässig war damals Nordrhein-Westfalen, gefolgt von Hessen. Ohne Bremen, Hessen und Nordrhein-Westfalen, Berlin hatte bei PISA 2000 nicht teilgenommen, hätte die Sache für Deutschland schon ganz anders ausgesehen, ganz zu schweigen, wenn man nur auf den Süden der Bundesrepublik gesehen hätte.

Aber auch wenn man auf die einzelnen Bundesländer sieht und feststellt, dass manche über, andere unter dem nationalen bzw. dem OECD-Durchschnitt liegen, wie in den diversen (Bildungs-)Berichten, -Reports und -Monitoren inzwischen, kommt man kaum weiter. In den Tabellen dort stehen stets nur die einzelnen Bundesländer, geordnet etwa nach dem Alphabet oder groben geographisch-politisch-ökonomischen Kategorien, wie Ost und West, Nord und Süd, Stadtstaaten und Flächenländer. Aber **nicht** nach den Zusatzregelungen für so etwas wie die

Stringenz, in der die Differenzierung implementiert wird oder sich darin verändert hat. Nach der Differenzierungsposition wäre zu erwarten gewesen, dass in den Bundesländern mit der Kombination von Verbindlichkeit und Kontrolle das Leistungsniveau höher und die soziale Durchlässigkeit nicht geringer ist als in den Bundesländern, in denen es diese Kombination nicht gibt.

Und genau danach sieht es ja auch aus, bereits in den einfachen Tabellen der (Bundes-)Ländervergleiche, die jeder auch ohne besondere Statistikenkenntnis verstehen kann, und das schon im Jahr des PISA-Schocks, in dem Baden-Württemberg, Bayern und Sachsen schon oben waren, Bremen, Hessen und Nordrhein-Westfalen, Berlin dann später, ganz unten. Es war also bereits damals nicht so, wie es die Integrationsposition und der Protestaufruf mit großer Überzeugung angenommen und das Standardergebnis immer wieder neu suggeriert haben. Der Befund wurde in den Berichten, auch über die mechanisch-naive Art der Ergebnisdarstellung in den zahllosen Tabellen, versteckt, und wenn man nicht wusste, worauf es ankäme und wonach man suchen möchte, war man nur noch verloren. In den schon systematischen und methodisch auch anspruchsvolleren Analysen war das zwar anders, aber hier fehlten entscheidende Konstrukte und Informationen: Die kognitiven Fähigkeiten, die Schuleffekte und insbesondere die Zusatzregelung, an der schließlich alles bei den Effekten hängt: die Stringenz der Differenzierung.

Das Muster der Unterschiede zwischen den Bundesländern nach der Stringenz erhält sich im Kern über die Jahre bis in die neueste Zeit. Zwei Änderungen gab es jedoch, aus denen sich weitere Rückschlüsse für die Frage nach den Systemeffekten der Differenzierung möglich sind: Die Strukturen bei dem generellen Abfall des Leistungsniveaus nach 2011/12, wie

er im traurigen Smiley beschrieben ist und die Folgen der Abschaffung der Verbindlichkeit in Baden-Württemberg 2011. Nach der Standardposition sollten die offenen Systeme weniger traurig dreinblicken müssen, nach dem Abfall der Leistungskurve um 2012 und besser durch Schwierigkeiten und Krisen ab 2020 gekommen sein als die mit den strikten Regelungen, und die Abschaffung der Verbindlichkeit, wie in Baden-Württemberg, sollte ähnliche Folgen einer besseren Schadensbegrenzung gehabt haben. Das entspricht offensichtlich auch den Vermutungen nach den Vorstellungen des Aufrufs.

Vermutungen sind, wie gesagt, noch keine empirischen Belege. Sie reichen schon gar nicht, wenn es um praktische Maßnahmen und Reformen mit ggf. erheblichen Kosten geht, auch evtl. solche, die dadurch entstehen, dass unter bestimmten Bedingungen die Effekte anderer Bedingungen und Umstände vermindert oder unterdrückt werden – wie die Anreize für bessere Leistungen in der Grundschule vorher schon, wenn man mit der Abschaffung der Verbindlichkeit zwar den Druck aus dem Kessel nimmt, womöglich aber auch die Motivation, sich anzustrengen, weil es um Noten und Empfehlungen für den Übergang geht. Meist bzw. nahezu immer, fehlten, wie gesehen, die zur Klärung nötigen Informationen und Analysen, erst recht, wenn es sich um für eine breitere Fachöffentlichkeit gedachte Dokumentationen handelt. Auch das hatte lange die Vorstellungen von der Überlegenheit und Notwendigkeit der Öffnung bzw. der Abschaffung der Differenzierung gestützt und auch gerettet. Der Aufruf zeigt es. Zum Glück aber sind die Befunde dazu mit den IQB-Berichten über die Jahre, der ifo-Studie mit dem traurigen Smiley und dem Bildungsmonitor u. a. wirklich gut dokumentiert, wenngleich dort nicht auch schon nach den Systemmerkmalen, zumindest nicht solchen der Stringenz.



Falsch abgebogen?

Irrwege, Sackgassen und Perspektiven der Diskussion um die Leistungsdifferenzierung

Dann sehen wir uns das aber doch gleich einmal an. Wir nehmen den aktuellen Beitrag, den des Bildungsmonitors. Der lässt, anders als die anderen, Vergleiche nach den Systemen generell, über die Zeit

des traurigen Smileys und für die Reform sogar in Baden-Württemberg, zu. Die Werte stehen in der Tabelle 6.3 des Bildungsmonitors auf der Seite 210 im Anhang. Die bloßen Ziffern dort sind, wie üblich, recht

unübersichtlich. In der graphischen Darstellung in Abbildung 0.1 unten erkennt man aber gleich, was mit den Systemeffekten von stringenter Differenzierung und der Lockerung der Regelungen ist.

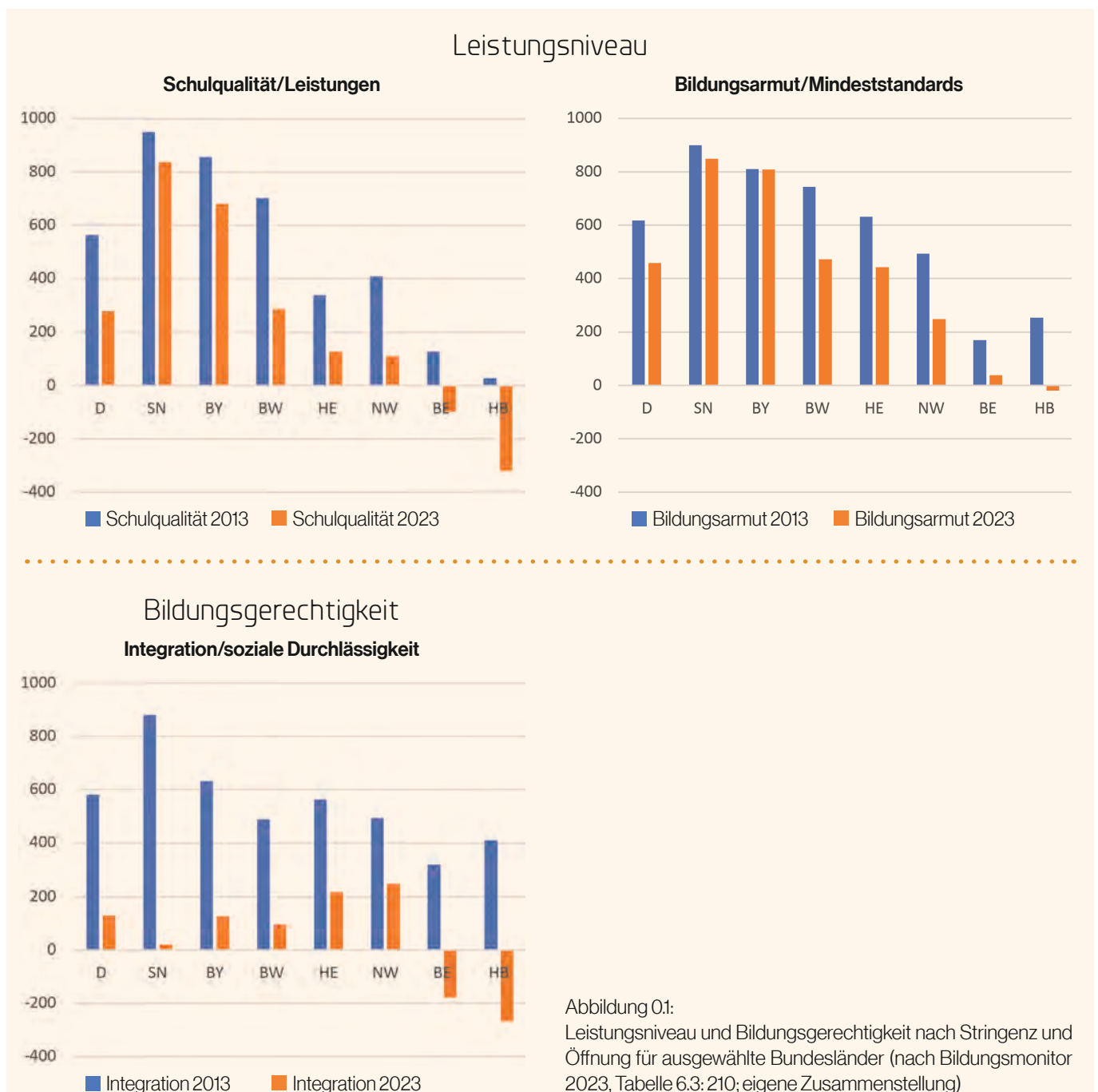


Abbildung 0.1: Leistungsniveau und Bildungsgerechtigkeit nach Stringenz und Öffnung für ausgewählte Bundesländer (nach Bildungsmonitor 2023, Tabelle 6.3: 210; eigene Zusammenstellung)

Oben stehen die beiden Aspekte bei den Leistungen: Das **Niveau** (in Mathematik, Lesen und Sachkunde) im Bildungsmonitor als „Schulqualität“ benannt, und das Erreichen gewisser **Mindeststandards** als Vermeidung von „Bildungsarmut“ bezeichnet, unten finden sich die Befunde zur sozialen Bildungsgerechtigkeit, im Bildungsmonitor mit „Integration“ benannt und, wie üblich, verstanden als Zusammenhang des Bildungserfolgs mit der sozialen Herkunft bzw. der sozialen (Un-)Durchlässigkeit. Die Werte stellen Maßzahlen dar, die aus unterschiedlichen Quellen (PISA, IGLU, IQB u.a.) zusammengestellt und zu Indizes zusammengefasst wurden.

Die Säulen beschreiben die Ergebnisse für die verschiedenen Kontexte, jeweils im Zeitvergleich für 2013 und 2023. Die Säule D gibt den Durchschnitt für Deutschland über alle 16 Bundesländer wieder. Hier wird gleich die traurige rechte Seite des Smileys erkennbar: Nach 2013 geht es für 2023, teilweise: drastisch, bergab, und zwar für beide Aspekte, für das Leistungsniveau generell wie für die Einhaltung der Mindeststandards, und für die Bildungsgerechtigkeit, der Begrenzung des Einflusses der sozialen Herkunft bzw. der sozialen Durchlässigkeit. Es sieht in der Tat bedrohlich aus, und zeigt mehr als dringlich, dass da, wie in anderen gesellschaftlichen Feldern auch, etwas geschehen **muss**.

Für die Hypothesen über die Effekte von Stringenz und Öffnung ist das noch nicht weiter von Bedeutung, denn es trifft zunächst ja alle. Das kommt nun im Vergleich der Bundesländer und Systeme, in den oben begründeten typischen Gruppierungen von rechts nach links, nach abnehmender Stringenz bzw. zunehmender Öffnung, angeordnet. Es lassen sich drei Konstellationen unterscheiden. Es sind im Prinzip die, denen wir oben schon im Zusammenhang der Sonderauswertung bei PISA 2000

begegnet sind: Sachsen und Bayern mit der höchsten Stringenz als Kombination von Verbindlichkeit und Kontrolle sowohl 2013 wie auch 2023; dann Baden-Württemberg, das 2000 noch wie Bayern und Sachsen vollauf stringent war, 2011/12 aber die Verbindlichkeit abgeschafft hatte; und schließlich die vier Bundesländer ohne Verbindlichkeit und Kontrolle über die ganze Zeit: Hessen und Nordrhein-Westfalen als Flächenländer, Berlin und Bremen als Stadtstaaten mit ihren noch einmal besonderen Verhältnissen. Die anderen Bundesländer mit nur jeweils einer Bedingung, Verbindlichkeit oder Kontrolle, liegen dazwischen. Sie werden in den Ergebnissen hier nicht weiter aufgeführt, weil die Befunde, wie zu erwarten, mehr oder weniger zufällig um den Gesamtmittelwert und zwischen den beiden Extremtypen von Stringenz und Öffnung schwanken.

Stringente Differenzierung führt zu besserer Leistung

Bei den Befunden gibt es manche interessante Einzelheit, auf die einzugehen hier der Platz (noch) nicht ist. Aber schon auf den ersten Blick fällt ein so bisher kaum irgendwo erwartetes Muster auf: Die Bundesländer mit der stringenten Differenzierung Sachsen (SN), Bayern (BY) und Baden-Württemberg (BW) haben 2013 in beiden Dimensionen und allen drei Bereichen die besseren Werte: ein höheres Leistungsniveau, eine geringere Bildungsarmut und, etwas weniger ausgeprägt, auch eine eher höhere Bildungsgerechtigkeit, jedenfalls keine Verstärkung der sozialen Ungleichheit und Ungerechtigkeit, von der ansonsten immer für die Differenzierung die Rede ist. Auch vom Abfall in der Bildungsqualität bei den drei Aspekten sind 2023 die stringenten Bundesländer deutlich weniger betroffen. Am schlechtesten sind dagegen in allen Fällen die Bundesländer mit den offenen Regelungen, Hessen und Nordrhein-Westfalen (HE, NW) und die Stadtstaaten Berlin und Bremen (BE, HB)

mit ihren besonders ausgeprägten Traditionen der Öffnung, Flexibilisierung und Heterogenität.

Baden-Württemberg – der Absturz aus der Spitzengruppe

Baden-Württemberg ist schließlich ein besonders bemerkenswerter Fall: Noch bis PISA 2012 bzw. IQB 2009 gehörte es mit Bayern und Sachsen zu der Spitzengruppe und war damit, so sei ergänzt, im internationalen Vergleich sogar besser als Schweden und nicht weit von Finnland entfernt. Dann wurde 2011/12 die Verbindlichkeit abgeschafft – wohl in der Meinung, dass die freie Wahl eine Bedingung sei, das Land in den Leistungen und der Bildungsgerechtigkeit noch weiter nach vorne zu bringen. Die Werte kommen 2013, also kurz nach der Reform, im Bildungsmonitor noch nahe an die beiden Spitzenreiter heran, fallen dann aber bis 2023 deutlich ab und nähern sich dem Mittelwert für Deutschland und sogar denen unterhalb der offenen Systeme. Die Reform von 2011 in Baden-Württemberg war also eine Art von so nicht geplantem Experiment und einem erst recht so nicht erwartetem Ergebnis: Die Öffnung, hier über die Freigabe des „Elternwillens“ beim Übergang, senkt das Leistungsniveau, erhöht die Bildungsarmut und verbessert die Bildungsgerechtigkeit nicht, eher im Gegenteil.

Auf der gleichen Linie liegen die Befunde zu den Effekten der Bildungssysteme in den Krisenphasen wie sie sich in den Werten für 2023 im Vergleich zu 2013 zeigen, also für die Resilienz gegen den Verfall mit den aufgetretenen Schwierigkeiten und Problemen. Es sind wieder nicht die Länder mit der größeren Offenheit, die sich einigermaßen widersetzen können, sondern die mit der stärksten Stringenz. Auch hier bestätigt sich das weiter im Fall von Baden-Württemberg: Sachsen und Bayern kommen nahezu unbeschadet über die Krisen, Baden-Württemberg nach

Falsch abgebogen?

Irrwege, Sackgassen und Perspektiven der Diskussion um die Leistungsdifferenzierung

Von Prof. Dr. em. Hartmut Esser

der Umstellung auf die Öffnung deutlich weniger. Es gibt, wenn man so sagen will, einen doppelt traurigen Smiley in der Qualitätsentwicklung in Deutschland: Der generelle Abfall über die Zeit und zum Teil getragen von äußeren Umständen, die alle betreffen, dann aber auch noch die Verstärkung über die Öffnung der Systeme, entweder jene, die es schon immer gab, oder die, wie in Baden-Württemberg, erst geschaffen wurden. Es ist nachgerade das Gegenteil dessen, was man dazu bisher angenommen und gedacht hat, dass es auch wirklich so wäre.

Kein Interesse an den Tatsachen?

Wer hätte das gedacht? Und wie war es möglich, dass sich alles erst jetzt so darstellt, zwar nicht ganz ohne Hinweise schon vorher, aber sicher nicht in dieser Eindeutigkeit, wie es sich in den einfachen Tabellen der vielen Berichte durchaus schon gezeigt hatte, aber kaum einmal bemerkt wurde? Und warum dringen die Erkenntnisse über die wirklichen Effekte von Differenzierung und Integration, die es durchaus gegeben hat, nur so langsam, wenn überhaupt, durch und finden kaum ihren Weg in Öffentlichkeit und Politik, auch nicht in die damit befasste

Wissenschaft, wie man noch anzufügen hätte? Um diese Fragen geht es nun. Es wird versucht, die Dinge so knapp und so einfach wie möglich darzustellen. Manchmal muss man allerdings schon etwas weiter ausholen, vor allem, um allerlei Geröll aus dem Weg zu räumen, das den Blick auf die Dinge so lange versperrt hat. Einen ersten Kraftakt dazu haben wir schon hinter uns.



Zur Person

Prof. Dr. Hartmut Esser wurde 1943 in Elend/Sachsen-Anhalt geboren. Nach dem Studium der Volkswirtschaftslehre und Soziologie in Köln promovierte er 1974. Die Habilitation erfolgte 1981 in Bochum.

Bis 1978 war er Akademischer Rat an der Ruhruniversität in Bochum. Von 1978 an Professuren an den Universitäten

Essen (u. a. Professor für Empirische Sozialforschung), Duisburg, Mannheim und der Universität zu Köln (Professor für Soziologie). Zuletzt von 1991 bis 2009 Professor für Soziologie und Wissenschaftslehre an der Fakultät für Sozialwissenschaften der Universität Mannheim. Seit August 2009 im Ruhestand.

Arbeitsschwerpunkte: Methodologie der Sozialwissenschaften; Soziologische Theorie; Sozialwissenschaftliche Handlungstheorie; Migration, Integration und ethnische Konflikte; Familiensoziologie; soziale Ungleichheit; aktuell: Bildungs-Soziologie, insbesondere Bildungssysteme und Bildungsungleichheit.

Die Realschule als Modell mittlerer Bildung

Neues Standardwerk von Prof. Dr. Konrad Fees über die Realschule erschienen

An kritischen Stimmen zur Schule besteht kein Mangel. So fällt ob dieses kreativen Eifers aber doch auf, dass ein Phänomen gleichsam miraculöser Dimension gar nicht thematisiert wird. Die Gesetze der Natur wie der Logik sind außer Kraft gesetzt worden, und niemand hat es bemerkt!

Denn: betrachtet man anthropogene Merkmale wie die Schuhgröße oder das Körpergewicht hinsichtlich ihrer statistischen Verteilung in der Bevölkerung, so stellt sich jeweils zwangsläufig das Muster ein, dass sich der größte Anteil um einen Mittelwert herum gruppiert und die jeweiligen Extreme die kleinsten Anteile bilden. Dies gilt auch für die Intelligenz.

Allerdings: im solitären Fall der schulischen Leistungsfähigkeit gilt das nicht. Hier gruppiert sich der größte Anteil nicht um die Mitte herum, sondern ballt sich an der Spitze. Also: Körper mit Masse fallen nicht mehr auf die Erde herab, sie kleben jetzt an der Decke! Mittlerweile befindet sich etwa die Hälfte eines Schülerjahrgangs auf der Schulart mit den höchsten Leistungsanforderungen, also auf dem Gymnasium, in Universitätsstädten kann dieser Anteil gegen 80 % gehen.

Allerdings: Mitnichten hat sich hier ein Wunder ereignet, die Verhältnisse sind lediglich aus dem Ruder gelaufen. Der Schüler des Mittelfeldes, weder besonders schwach noch stark, mindestens jeder zweite sog. „Gymnasiast“, müsste sich auch im mittleren Bildungsgang befinden, also in der Realschule!

Die Realschule ist die vergessene Mitte. Wäre die Sekundarstufe I in der Weise austariert, wie das den tatsächlichen Verhältnissen entspricht, wäre die Realschule die Normalschule für die breite Masse, das Modell für den Standard der Sekundarbildung in Deutschland mit einem Anteil von mindestens 60 Prozent eines Jahrgangs!

Darum geht es in dem Buch unseres Vorstandsmitgliedes Prof. Dr. Konrad Fees. Mit Schwerpunkt auf den mittleren Bildungsgang wird die komplizierte Genese der deutschen Sekundarschule unter verschiedenen Aspekten wie der Historie, der quantitativen Daten, des Beschäftigungssystems, der Lehrerbildung, der politischen Positionen eingeholt.

Und somit stellt sich die Gretchenfrage: Will man eine funktionsfähige Schule?

Dann wird man um diese Monografie nicht herumkommen. All das, was es Sinnvolles zur Sekundarstufe I zu sagen gibt, findet sich hier, systematisch und übersichtlich aufbereitet. Man sollte es eben nur mal unvoreingenommen zur Kenntnis nehmen!



Fees, Konrad:
Die Realschule als Modell mittlerer Bildung. Geschichte, Bildungsgang, Kontroversen, Praxis, 2023: Springer VS

Zur Person



Prof. Dr. Konrad Fees absolvierte ein kulturwissenschaftliches Studium an der Universität Freiburg (1991 Promotion zum Dr. phil.). Parallel studierte er an der Pädagogischen Hochschule Freiburg und unterrichtete nach dem Vorbereitungsdienst als Realschullehrer an Realschulen in Stuttgart und Südbaden.

Im Jahr 1999 Habilitation an der PH Karlsruhe bzw. Universität Karlsruhe in „Erziehungswissenschaft“. Nach einer Reihe von Vertretungsprofessuren u. a. in Tübingen, lehrt er seit 2009 am Karlsruher

Institut für Technologie (KIT) als Professor Historische und Systematische Pädagogik. Prof. Dr. Fees ist seit vielen Jahren Mitglied im Realschullehrerverband Baden-Württemberg und im Landesvorstand. Dort leitet er das Referat „Erziehung, Bildung, Schulpolitik und Lehrerbildung“. Er gehört dem wissenschaftlichen Beirat des Verbandes Deutscher Realschullehrer an. Neben seiner Lehrtätigkeit ist er Autor zahlreicher Aufsätze und Artikel für Fachzeitschriften und der Monografien „Werte und Bildung“ (1999) und „Geschichte der Pädagogik“ (2015).



Fundstücke

Leistung der Schüler in Klasse 4

1993 – die Grundschulempfehlung war noch verbindlich, zumindest in Baden-Württemberg. In Hessen sah die Sache damals schon anders aus, zu viele Schüler mit unzureichenden Kenntnissen wurden am Gymnasium angemeldet, was den dortigen Philologenverband

zu einer Hilfestellung für betroffene Eltern der Klasse 4 veranlasste. Der RLV druckte diese damals nach – vergleichen Sie doch einmal die Anforderungen von damals mit der heutigen Realität!

AUS ANDEREN QUELLEN

An alle Eltern mit einem Kind in Klasse 4

Sehr geehrte Eltern, im Verlauf der Klasse 4 sind die Weichen für den weiteren Bildungsweg Ihres Kindes zu stellen. Die endgültige Entscheidung über diesen Weg liegt bei Ihnen. Möglicherweise haben Sie Dabei für Ihr Kind an die Schulform GYMNASIUM gedacht.

Nach der Hessischen Verfassung setzt der Besuch einer bestimmten weiterführenden Schule Eignung voraus. Dieses Merkblatt soll Ihnen helfen zu klären, ob das Gymnasium für Ihr Kind die geeignete Schulform ist. Das kann man mit verhältnismäßig hoher Wahrscheinlichkeit annehmen, wenn Sie die folgenden 12 Fragen möglichst alle und möglichst uneingeschränkt mit JA beantworten können.

Bei manchen Fragen vermögen Sie dies vielleicht selbst. In jedem Fall ist es jedoch ratsam, sie auch den Grundschullehrerinnen und Grundschullehrern Ihres Kindes vorzulegen und deren Antworten und Ihre persönlichen Eindrücke gemeinsam zu besprechen.

1. Kann Ihr Kind mindestens 20 Minuten lang einem Unterrichtsabschnitt folgen, in dem Neues vermittelt durch Anschauung und Beispiele illustriert und durch Rückfragen von Schülern und Lehrer geklärt wird? (Konzentrationsfähigkeit; Verständnis von Zusammenhängen)

2. Kann Ihr Kind erläuterte Gesetzmäßigkeiten (z. B. Regeln der Mathematik oder der Sprachlehre) wiederholen auch vereinfacht und mit eigenen Worten, und in einer folgenden Übungsphase Aufgaben zu dem betreffenden Gebiet lösen? (Verstehen von Zusammenhängen; Abstraktionsfähigkeit; Transferfähigkeit)

3. Kann Ihr Kind eine aus dem Unterricht erwachsene und an der Tafel notierte Hausaufgabe verstehen, ggf. mit Nachtrage, korrekt abschreiben und zu Hause selbständig lösen? (Verfolgen des Unterrichts; Fähigkeit des korrekten Abschreibens; Selbständigkeit)

4. Bei der Besprechung bestimmter Hausaufgaben werden die Ergebnisse oder Lösungen an der Tafel notiert. Kann Ihr Kind in diesen Fällen die Aufzeichnungen im eigenen Heft mit den Tafelnotizen vergleichen und eventuelle Fehler berichtigen? Fragt es bei Unklarheiten nach? (Fähigkeit des Vergleichens; Streben nach Klarheit und Richtigkeit)

5. Kann Ihr Kind in häuslicher Arbeit einen Text auswendig lernen. z. B. eine Rolle in einer kleinen, theaterähnlichen Szene, und eine solche Szene zusammen mit anderen Schülern auswendig sprechen oder spielen? (Merkfähigkeit; Interakti-

onsfähigkeit; u. a. Voraussetzungen für die Anfangsphase des Fremdsprachenunterrichts)

6. Kann Ihr Kind Dingwörter, Tätigkeitswörter, Eigenschaftswörter und Fürwörter unterscheiden und z. B. in einen Text jede dieser Wortarten mit der jeweils gleichen Farbe kennzeichnen (z. B. alle Dingwörter blau, alle Tätigkeitswörter gelb, etc.)? (Fähigkeit, zwischen einzelnen Elementen Unterschiede und Gemeinsamkeiten zu erkennen und Gleichartiges unter Oberbegriffen zusammenfassen: Kategoriebildung)

7. Beherrscht Ihr Kind das kleine Einmaleins und kann es die vier Grundrechenarten in Textaufgaben anwenden? (Fähigkeit, Fragestellungen zu erkennen und Lösungswege zu suchen; Übertragungsfähigkeit)

8. Kann Ihr Kind bei Geld, Längenmaßen, Gewichtsangaben und Zeitangaben kleinere und größere Einheiten unterscheiden und ineinander umrechnen (Pfennig – DM; cm – m; g – kg; Sekunde – Minute – Stunde)? (Fähigkeit, zwischen über- und untergeordneten Kategorien zu unterscheiden; geistige Beweglichkeit: bei Längenmaßen bilden 100 Elemente eine größere Einheit, bei Zeitangaben 60)

9. Vermag Ihr Kind die einzelnen Ereignisse eines persönlichen Erlebnisses oder einer gehörten oder gelesenen Geschichte zeitlich richtig geordnet zu erzählen? Vermag es die Einzelbilder einer zerlegten Bildgeschichte sinnvoll zu ordnen und die Geschichte dann sprachlich wiederzugeben? (Erfahrenes und Wahrgenommenes geordnet darstellen, unter Berücksichtigung der Strukturierungsprinzipien Chronologie und Kausalität)
10. Sind die Leistungen in der Rechtschreibung im Rahmen des geübten Wortschatzes nach fachlich üblichen Anspruchstabellen im allgemeinen gut und kann Ihr Kind grundlegende Regeln der Rechtschreibung, wie

- z. B. Dehnung und Schärfung, von bekannten und geübten Wörtern auf vorher nicht geübte übertragen, wie z. B. von „Haar“ auf „Paar“ oder von „offen“ auf „hoffen“? (Grundlagen der schriftlichen Kommunikation; Analogiebildung)
11. Ist Ihr Kind in der Lage, eine Aufgabe in einer vorgegebenen Zeit zu lösen, z. B. bei einer Klassenarbeit? (angemessenes Arbeitstempo)
12. Hat Ihr Kind vielfältige Interessen (Lesen, sich um ein Haustier kümmern, Basteln, Sport, Musizieren, Computer u. a.)? Sucht es von sich aus Informationen in altersgemäßen Sachbüchern oder Nachschlagewerken? Stellt es von sich aus im Unterricht Fragen? (Neugier, Interessensvielfalt)

Durchlässigkeit im hessischen Schulwesen ist keine Entscheidung endgültig. Ein Überwechseln auf eine andere Schulform ist jederzeit möglich, vor allem aber

- zum Eintritt in Klasse 7, wenn auf dem Gymnasium die 2. Pflichtfremdsprache beginnt
- zum Eintritt in Klasse 11, d. h. mit dem Beginn der gymnasialen Oberstufe.

Und bedenken Sie vor allem: Wählen Sie für Ihr Kind eine Schulform,

- in der es sich gefordert fühlt
- in der es aber auch nicht überfordert ist und Chancen für Erfolgserlebnisse hat.

Mit den besten Wünschen für eine gute Wahl zum Wohle Ihres Kindes.

Martin Günther
Vorsitzender

Quelle: Die Höhere Schule – Zeitschrift des Deutschen Philologenverbandes, Heft 12/1992, S 304

Wenn Sie selbst oder die Grundschullehrer Ihres Kindes mit einem JA auf diese Fragen zögern, sollten Sie zunächst eine andere Schulform als das Gymnasium wählen. Bedenken Sie dabei: Mit der



Aus anderen Quellen

An alle Eltern mit einem Kind in Klasse 4

Sehr geehrte Eltern, im Verlauf der Klasse 4 sind die Weichen für das weitere Bildungsweg Ihres Kindes zu stellen. Die endgültige Entscheidung über diesen Weg liegt bei Ihnen. Möglicherweise haben Sie dabei für Ihr Kind an die Schulform GYMNASIUM gedacht.

Nach der Hessischen Verfassung setzt der Besuch einer bestimmten weiterführenden Schule Eignung voraus. Dieses Merkmal soll Ihnen helfen zu klären, ob das Gymnasium für Ihr Kind die geeignete Schulform ist, um für Ihr Kind die geeignete Schulform ist. Das kann man mit verhältnismäßig hoher Wahrscheinlichkeit annehmen, wenn Sie die nachfolgenden 12 Fragen möglichst alle und möglichst uneingeschränkt mit JA beantworten können.

Bei manchen Fragen vermögen Sie dies vielleicht selbst. In jedem Fall ist es jedoch ratsam, sie auch den Grundschullehrerinnen und Grundschullehrern Ihres Kindes vorzulegen und deren Antworten und Ihre persönlichen Eindrücke gemeinsam zu besprechen.

1. Kann Ihr Kind mindestens 20 Minuten lang einen Unterrichtsabschnitt folgen, dem Neues vermittelt wird durch Anschauung und Beispiele illustriert und durch Rückfragen von Schülern und Lehrern geklärt wird? (Konzentrationsfähigkeit; Verständnis von Zusammenhängen)
2. Kann Ihr Kind erläuterte Gesetzmäßigkeiten (z. B. Regeln der Mathematik oder Regeln der Grammatik) wiederholen, auch wenn Sie in einfachen Worten, und in einfacher Sprache, erklärt wurden? (Verständnis von Zusammenhängen; Abstraktionsfähigkeit; Transferfähigkeit)
3. Kann Ihr Kind eine aus dem Unterricht erwachsene und an der Tafel notierte Lösungsaufgabe verstehen, ggf. mit Nachfragen, korrekt abschreiben und zu Hause selbstständig lösen? (Verständnis des Unterrichts; Fähigkeit des korrekten Abschreibens; Selbstständigkeit)
4. Bei der Besprechung bestimmter Hausaufgaben werden die Ergebnisse oder Aufgaben in der Tafel notiert. Kann Ihr Kind in diesen Fällen die Aufzeichnung im eigenen Heft mit den Tafelnotizen vergleichen und eventuelle Fehler berechnen? (Fähigkeit des Vergleichens; Streben nach Klarheit und Richtigkeit)
5. Kann Ihr Kind in hässlicher Arbeit einen Text auswendig lernen, z. B. eine Rolle in einem Theaterstück, eine Szene in einem Film und eine solche Szene zusammen mit anderen Schülern auswendig sprechen oder spielen? (Interaktionsfähigkeit; Merkfähigkeit; Voraussetzungen für die Anfangsphase des Fremdsprachenunterrichts)
6. Kann Ihr Kind Dingwörter, Tätigkeitswörter, Eigenschaftswörter und Färbewörter untersuchen und z. B. in einem Text jeder dieser Wortarten mit der jeweils gleichen Farbe kennzeichnen (z. B. alle Dingwörter blau, alle Tätigkeitswörter gelb, alle Eigenschaftswörter rot)? (Fähigkeit, zwischen einzelnen Elementen Unterschiede und Gemeinsamkeiten zu erkennen und Gleichartiges unter Oberbegriffen zusammenzufassen; Kategorisierung)
7. Beherrscht Ihr Kind das kleine Einmaleins und kann es die vier Grundrechenarten in Textaufgaben anwenden? (Fähigkeit, Fragestellungen zu erkennen und Lösungswege zu suchen; Übertragungsfähigkeit)
8. Kann Ihr Kind bei Geld, Längenangaben, Gewichtsangaben und Zeitangaben kleinere und größere Einheiten unterscheiden und miteinander umrechnen (Pfeffrig – DM, cm – m, g – kg; Pfennig – Minute – Stunde)? (Fähigkeit, zwischen über- und untergeordneten Kategorien zu unterscheiden; geübte Beweglichkeit bei Längenangaben bilden 100 Elemente eine größere Einheit, bei Zeitangaben 60)
9. Vermag Ihr Kind die einzelnen Ereignisse eines persönlichen Erlebnisses oder einer gehörten oder gelesenen Geschichte zeitlich richtig geordnet zu erzählen? Vermag es die Einzelbilder einer zerlegten Bildgeschichte sinnvoll zu ordnen und die Geschichte dann sprachlich wiederzugeben? (Erfahrenes und Wahrgenommenes geordnet darstellen, unter Berücksichtigung der Strukturierungsprinzipien Chronologie und Kausalität)
10. Sind die Leistungen in der Rechtschreibung im Rahmen des geübten Wortschatzes nach fachlich üblichen Anspruchstabellen im allgemeinen gut und kann Ihr Kind grundlegende Regeln der Rechtschreibung, wie z. B. Dehnung und Schärfung, von bekannten und geübten Wörtern auf vorher nicht geübte übertragen, wie z. B. von „Haar“ auf „Paar“ oder von „offen“ auf „hoffen“? (Grundlagen der schriftlichen Kommunikation; Analogiebildung)
11. Ist Ihr Kind in der Lage, eine Aufgabe in einer vorgegebenen Zeit zu lösen, z. B. bei einer Klassenarbeit? (angemessenes Arbeitstempo)
12. Hat Ihr Kind vielfältige Interessen (Lesen, sich um ein Haustier kümmern, Basteln, Sport, Musizieren, Computer u. a.)? Sucht es von sich aus Informationen in altersgemäßen Sachbüchern oder Nachschlagewerken? Stellt es von sich aus im Unterricht Fragen? (Neugier, Interessensvielfalt)

Wenn Sie selbst oder die Grundschullehrer Ihres Kindes mit einem JA auf diese Fragen zögern, sollten Sie zunächst eine andere Schulform als das Gymnasium wählen. Bedenken Sie dabei: Mit der

• zum Eintritt in Klasse 7, wenn auf dem Gymnasium die 2. Pflichtfremdsprache beginnt

• zum Eintritt in Klasse 11, d. h. mit dem Beginn der gymnasialen Oberstufe.

Und bedenken Sie vor allem: Wählen Sie für Ihr Kind eine Schulform,

- in der es sich gefordert fühlt
- in der es aber auch nicht überfordert ist und Chancen für Erfolgserlebnisse hat.

Mit den besten Wünschen für eine gute Wahl zum Wohle Ihres Kindes.

Martin Günther
Vorsitzender

Quelle: Die Höhere Schule – Zeitschrift des Deutschen Philologenverbandes, Heft 12/1992, S 304



Interview mit Dr. Alexander Becker

Bildungspolitischer Sprecher der CDU-Fraktion
im Landtag von Baden-Württemberg

Mit der Landespolitik im Gespräch

In dieser Ausgabe unseres Verbandsmagazins setzen wir die Interview-Reihe „Mit der Landespolitik im Gespräch“ fort, mit der wir in der ersten Ausgabe des Jahres 2022 begonnen haben.

In jeder Ausgabe des „realist“ wird bis 2024 eine weitere Fraktion des Landtages von Baden-Württemberg den Fragen des Realschullehrerverbandes antworten.

Wir orientieren uns dabei an der Fraktionsstärke, allerdings in umgekehrter Reihenfolge. Nun folgt die CDU-Fraktion im Landtag von Baden-Württemberg. Diese Fraktion hat bei der letzten Landtagswahl 24,1 % der Stimmen erreicht und stellt 42 Abgeordnete im Landtag.

Die Auswahl der Gesprächspartner erfolgt dabei getreu unserer Satzung, die in § 4 „Zweck und Aufgaben“ unter Absatz 3 festhält: „Der RLV arbeitet nach demokratischen Grundsätzen, er ist parteipolitisch und konfessionell unabhängig.“

In der nächsten Ausgabe folgt abschließend die größte Fraktion im Landtag von Baden-Württemberg (Grüne/Bündnis 90).

„Die abrupte und ersatzlose Abschaffung der verbindlichen Grundschulempfehlung 2012 war der zentrale Fehler.“

Dr. Alexander Becker



REALIST: Herr Dr. Becker, welchen Stellenwert hat die Realschule im baden-württembergischen Schulsystem für Sie?

Einen sehr hohen Stellenwert. Die Realschule ist das Zugpferd unseres Schulsystems. Sie bietet Bildungschancen für die ganze Breite der Gesellschaft und legt die Grundlage für vielfältige berufliche Karrierewege sowie für die schulische Weiterqualifizierung, bis hin zur Hochschulreife. Deshalb ist klar: Die Realschule soll diese Aufgabe auch in Zukunft ausfüllen und weiterhin eine leistungsorientierte Aufsteigerschule sein.

REALIST: Nach der letzten Landtagswahl haben die Grünen erstmals das Kultusministerium übernommen. Danach wurde das eigenständige Realschulreferat abgeschafft. Wir vom RLV sehen darin einen Angriff auf die Eigenständigkeit der Realschule. Wie beurteilen Sie diese Maßnahme?

Über dieses Thema bin ich seit Anfang an mit Ihren Vertretern in Kontakt. Dass durch die Umstrukturierung eine große Unruhe in die Realschulen getragen wurde, fand ich unnötig und habe ich bedauert. Allerdings: Die interne Struktur in einem Ministerium liegt in der Verantwortung des jeweiligen Ministers bzw. der jeweiligen Ministerin, als Abgeordnete haben wir hier kein Mitspracherecht. Eine andere Struktur im Ministerium bedeutet aber natürlich auch nicht, dass man sich nicht mehr um die Realschulen kümmert. Eine Schwächung der Realschule kann es mit der CDU-Fraktion nicht geben.

REALIST: Sicher richtig, dass solche „Strukturentscheidungen“ zunächst die internen Angelegenheiten eines Ministeriums sind, aber wir sind davon überzeugt, dass die Abschaffung des Realschulreferates nicht der „organisatorischen Optimierung“ der Verwaltungsabläufe innerhalb des Ministeriums dienen sollte (so wurde es in der Öffentlichkeit dargestellt), sondern eher, dass die Bürokratie im Kultusministerium auf ein „Einheitsschulsystem“ vorbereitet werden soll. Eine solch tiefgreifende Entscheidung haben Sie als Koalitionspartner mitgetragen, einen offenen Widerspruch der CDU-Fraktion konnte man damals nicht vernehmen. Die Abschaffung des eigenständigen Realschulreferates ist deshalb für uns keine lediglich „organisatorische“ Entscheidung, sondern steht für uns klar in einem Zusammenhang mit einer Reihe von Entscheidungen, die seit 2011 die Realschule in unserem Land gezielt schwächen sollen. Wie beurteilen Sie insgesamt die bildungspolitischen Entwicklungen seit 2011?

In der Einschätzung der Organisationshöhe einer Ministerin kommen wir auch nach zwei Jahren wiederkehrender Diskussionen nicht zusammen. Dass sich im aktuellen Organigramm des Ministeriums ein verborgener politischer Wille manifestiert, den wir als CDU überdies mittragen würden, halte ich für eine, na ja, steile These. Davon sollte ich doch immerhin wissen?! Vielmehr gilt der Koalitionsvertrag. Dieser ist unsere Geschäftsgrundlage und in diesem steht, dass wir keine Strukturdebatte führen. Noch einmal ganz klar: Es wird mit der CDU keine Veränderungen zu Lasten der Realschulen und schon gar keine Gleichmacherei im Schulsystem geben. Kein Wenn, kein Aber. Die bildungspolitischen Entwicklungen seit 2011 sind von starken Umwälzungen

in der Landtagsperiode bis 2016 geprägt gewesen. Die SPD-Kultusministerin war da, bildlich gesprochen, mit dem Bulldozer unterwegs. Ich nenne die Abschaffung der verbindlichen Grundschulempfehlung und deren Nichtvorlage bei der Schuwahl, die brachiale Einführung der Gemeinschaftsschulen ohne Blick auf die Praktikabilität vor Ort, die Reduzierung der Studienplätze aufgrund vermeintlich sinkender Schülerzahlen, die Absenkung der Eingangsbesoldung usw. In dieser Zeit ging es dramatisch abwärts mit der Bildung in Baden-Württemberg, das zeigen die Vergleichsstudien leider überdeutlich. Ab 2016 haben wir zum einen die Qualität in den Mittelpunkt gesetzt, andererseits aber auch Reparaturbetrieb gespielt, was einige der genannten Punkte betrifft. Das ist v. a. das Verdienst Susanne Eisenmanns als Kultusministerin bis 2021. In einer CDU-geführten Landesregierung wäre sicherlich mehr möglich gewesen, doch das haben die Wählerinnen und Wähler 2016 und 2021 anders entschieden. Derzeit beschäftigen uns die frühkindliche Bildung und das Thema Mindeststandards in Deutsch und Mathematik sehr stark, denn der weitere Bildungserfolg hängt wesentlich davon ab.

REALIST: Für eine der größten Fehlentscheidungen in dieser Zeit halten wir es (Sie haben dies gerade ebenfalls angesprochen), dass die verbindliche Grundschulempfehlung abgeschafft worden ist. Damals unter Grün-Rot. Die CDU ist seit 2016 an der Regierung beteiligt. Wie sehen Sie unsere Forderung nach Wiedereinführung der verbindlichen Grundschulempfehlung?

In dem Punkt sind wir einer Meinung: Die abrupte und ersatzlose Abschaffung der verbindlichen Grundschulempfehlung 2012 war der zentrale Fehler. Die Schullandschaft in Baden-Württemberg ist in der

Folge extrem disparat geworden. Damit hat insbesondere die Realschule zu kämpfen, die seither die heterogenste Schülerschaft unter allen Schularten aufweist und vor Ort auf sehr unterschiedliche Herausforderungen trifft. Das ist mir bewusst.

Zu einem gegliederten Schulsystem gehört zwingend eine Steuerung der Übergänge. Davon profitieren gerade die schwächeren Schülerinnen und Schüler, wie die Untersuchungen von Esser und Seuring nachweisen. Zur Ehrlichkeit gehört aber, dass wir 2023 nicht einfach zurück auf Los gehen können, als wäre noch 2013. Deshalb plädiere ich dafür, künftig einen Dreischritt zu machen aus Empfehlung der Grundschule, Wille der Eltern (und Kinder) und Entscheidung der aufnehmenden Schule. Konkret heißt das, dass die weiterführende Schule im Dissensfall einen (standardisierten) Aufnahmetest verlangen kann. Das ist auch insofern logisch kohärent, als sie ja am Ende die Aufgabe hat, den künftigen Bildungserfolg des betreffenden Kindes zu erreichen. Ich denke, uns eint hier die Problemanalyse und die Zielrichtung.





Interview mit Dr. Alexander Becker

Bildungspolitischer Sprecher der CDU-Fraktion
im Landtag von Baden-Württemberg

REALIST: Da stimme ich Ihnen zu. Ebenso wissen auch wir, dass es kein „einfaches Zurück“ zur früheren Grundschulempfehlung mehr geben kann und wird. In dem von Ihnen skizzierten Dreischritt sehen wir durchaus ein sinnvolles Instrumentarium, um den Kindern einen größtmöglichen Bildungserfolg zu ermöglichen. Nach aktuellen Wahlumfragen hat die CDU derzeit sehr gute Chancen nach der nächsten Landtagswahl wieder die Regierung zu führen. Wird die CDU im Wahlkampf die Forderung nach Wiedereinführung einer, ich nenne diese jetzt einmal „qualifizierten und verbindlichen Grundschulempfehlung“ thematisieren? Die politische Linke wird Sie dafür vermutlich wieder als „Ewig-Gestrige“ verunglimpfen.

Dieses Schicksal erwartet uns zuverlässig immer, wenn wir Wahlkampf betreiben. Noch sind wir in der Halbzeit dieser Legislatur und haben uns vorgenommen, konzentriert die Aufgaben abzuwickeln. Das ist mit einem Koalitionspartner, der sich intensiv mit der eigenen Nachfolgedebatte und damit verbunden mit seiner politischen Ausrichtung beschäftigt, nicht unspannend. Dessen ungeachtet rate ich meiner Partei, bildungspolitische Grundüberzeugungen nicht nur im Wahlkampf klar zu benennen und zu vertreten. Wir werden uns mit Blick auf die Wahl 2026 und einer möglichen Regierungsbildung danach sehr deutlich für verbindliche Regeln zum Schulübergang aussprechen, damit dürfen Sie rechnen.

REALIST: Sie haben es bereits kurz erwähnt und sich dabei auf die richtigen Analysen von Frau Dr. Eisenmann bezogen. Die Leistungen der Schüler in Baden-Württemberg sind in den letzten Jahren in allen Bereichen deutlich schlechter geworden. Es wird immer klarer, dass auch die Migrationspolitik,

die natürlich primär von der jeweiligen Bundesregierung geprägt wird, einen negativen Einfluss auf die schulischen Leistungen in Baden-Württemberg hat. In einem Gespräch mit unserer Zeitschrift hat der Präsident des ZSL, Dr. Riecke-Baulecke, 2021 diesen Zusammenhang angedeutet. Er sprach damals von 40 % Schülerinnen und Schülern, die gravierende Sprachprobleme hätten. Diese Sprachprobleme führten, stelle man die Weichen nicht rechtzeitig, fast zwangsläufig zu einem Abwärtstrend. Die Migration nach Deutschland hat seither nochmals deutlich zugenommen.

Ein hoher Migrationsanteil in den Schulen, darunter immer mehr Kinder aus bildungsfernen bzw. bildungsunwilligen Schichten. Eine große Herausforderung für die Kolleginnen und Kollegen, die sowieso schon aufgrund des Lehrkräftemangels in einem System arbeiten, das sich an der Grenze zum Kollaps befindet. Wie sehen Sie diese Zusammenhänge?

Die Zusammenhänge gibt es und deshalb muss man sie auch benennen. Nur sollten wir aufpassen, dass sie am Ende nicht als Erklärung – oder gar als Entschuldigung – für alles herhalten. Die größten Probleme haben wir, wenn in Familien beide Elternteile zuhause nicht deutsch sprechen. Denn ohne Erwerb der Unterrichtssprache kann sich der schulische Erfolg nicht einstellen. Das ist keine überraschende Erkenntnis. Also ist klar: Hier müssen wir sehr deutlich eingreifen, lange bevor Kinder auf einer Realschule oder einer anderen weiterführenden Schule landen.

Ich nenne konkret zwei Hauptpunkte: Konsequente Qualitätsentwicklung in den Kitas. In der Kita liegt der Schlüssel. Wenn wir hier den Spracherwerb unterstützen können, haben wir viel gewonnen. (Warum der Bund das Projekt Sprach-Kitas eingestellt hat, erschließt sich mir bis heute nicht.)

Leider sind wir angesichts des bekannten Fachkräftemangels nicht im Bereich „Wünsch Dir was“, sondern müssen uns zur Decke strecken, um zugleich die notwendige Betreuung zu gewährleisten. Trotzdem: Wir müssen früher testen und bei festgestelltem Bedarf Sprachförderung verbindlich anordnen.

Der zweite Ansatzpunkt liegt in der Grundschule. Wir erproben gerade im Modellversuch die sozialindexbasierte Ressourcenzuweisung. Klingt hochbürokratisch, meint aber schlicht, dass Grundschulen mit besonderer Problemerklientel mit mehr Lehrerstunden und durch multiprofessionelle Teams unterstützt werden.

REALIST: Und wenn wir schon bei der Migration sind. Wir stehen alle in diesen Tagen und Wochen (das Interview wurde im Oktober 2023 geführt, Anmerkung der Redaktion) unter dem Eindruck des furchtbaren Terrorüberfalls auf Israel durch die palästinensische Terrororganisation Hamas. Gleichzeitig erleben wir, wie aus Opfern Tätern gemacht werden, wie auf unseren Straßen und in unseren Schulen, vor allem von Einwanderern aus dem muslimischen bzw. arabischen Raum Antisemitismus und Hass auf Israel propagiert wird. Auch hier sollen die Lehrerinnen und Lehrer es wieder einmal richten und u. a. den politischen Unterricht stärker in den Fokus nehmen. Ernsthaft? Jahrelang hat man den wachsenden Antisemitismus, vor allem unter den Migranten aus den eben genannten Herkunftsgebieten verharmlost, die Anzahl offensichtlicher Feinde Israels durch eine maßlose Einwanderungspolitik aus eben jenen Gebieten erhöht und zugesehen, wie das Leben für Jüdinnen und Juden in Deutschland immer gefährlicher wurde. Eine Schande für ein Land, das für den Holocaust verantwortlich war. In Frankreich

wurden Kollegen von fanatisierten Muslimen auf brutalste Art und Weise getötet. Wie soll das bei uns weitergehen? Hat die Landesregierung bzw. die CDU darauf eine Antwort?

Die schrecklichen Bilder entsetzen und empören uns. Das reicht aber nicht. Wir müssen eine konsequente Antwort finden, die weiter geht als Facebook-Bildchen oder die Illuminierung von Gebäuden. Und eine wichtige Erkenntnis ist auch, dass Antisemitismus gerne im Gewand „zeitgemäßer“ politischer Diskurse und Einstellungen ankommt – egal aus welcher Richtung, man denke an die Documenta.

In der Tat macht mir die Entwicklung an den Schulen Sorgen. In Frankreich oder Belgien sind die Dinge weiter fortgeschritten als bei uns, und der Blick darauf lehrt uns, dass wir dringend und glasklar (re)agieren müssen. Leider sind wir im öffentlichen Diskurs Meister der Verdrängung und lassen uns auch gerne ablenken. Das betrifft uns als Gesellschaft im Ganzen, nicht nur die Politik. Mich erreichen auch Nachrichten von Lehrerinnen und Lehrern, die sich hier stärker positionieren wollen und auf Unverständnis treffen.

Wir alle wünschen uns Offenheit und Begegnung. Aber Multikulti in dem Sinne, dass wir antidemokratische Standpunkte und gar Parallelgesellschaften zulassen durften, ist lange gescheitert. Integration findet nur dann statt, wenn es gelingt, ein gemeinsames kulturelles Gedächtnis zu entwickeln. Nur dann werden wir auch unsere demokratischen Werte teilen. Das ist eine Bildungsaufgabe!

Es sind oft nicht die Eltern, die ihren Kindern und Jugendlichen antisemitische Ressentiments weitergeben. Oft entstehen diese auch erst in der zweiten und dritten Generation. Sehr einflussreich sind Peergroups und außerschulische Akteure. Deshalb sind wir für einen konfessionellen islamischen Religionsunterricht an Schulen, deshalb haben wir uns vorgenommen, herkunfts-

sprachlichen Unterricht in die eigene Hand zu nehmen. Und mit Blick auf heute stärker verbreitete Radikalisierungstendenzen geht es sehr um Medien.

Wenn wir in diesen Wochen Sympathiebekundungen für den Terror der Hamas sehen, ist das ein Fall für den Rechtsstaat – hinsichtlich Strafrecht und im Zweifel auch Ausländerrecht. Das einzige Mittel aber, das Antisemitismus langfristig begegnen kann, ist und bleibt Bildung.

REALIST: Ohne Zweifel richtig, Herr Dr. Becker. Bildung braucht aber auch Menschen, an Schülern mangelt es uns (glücklicherweise) ja nicht. Wir haben jedoch einen noch nie dagewesenen Mangel an Lehrkräften. Der Blick auf die Zukunft verheißt hier nichts Gutes. Im Gegenteil, die Zahl der Studienanfänger nimmt immer weiter ab. Warum hat der Lehrerberuf aus Ihrer Sicht so an Attraktivität verloren? Was müsste geschehen, damit wieder mehr junge Menschen diesen Beruf ergreifen?

Die Zahl der Bewerbungen für das Studium zum Lehramt Sekundarstufe I sinkt. Das hat natürlich auch mit Demografie zu tun, muss uns aber Sorge machen. Dabei ist es per se eine attraktive Aufgabe, jungen Menschen auf ihrem Weg in ein gelingendes Leben zur Seite zu stehen, ihnen Vorbild (oder auch Gegenbild) sein zu dürfen, Wissen und Fähigkeiten weiterzugeben, sie allgemein zu unterstützen. Ich glaube, dass wir den Blick darauf durch zu viele Einschränkungen verstellen. Es braucht Gestaltungsspielräume, mehr Eigenverantwortung für die Schulen wie für Lehrkräfte, Entlastung bei administrativen Aufgaben. Denn wir wollen ja Kreativität fördern! Es ist doch absurd: Wir bilden hochqualifizierte Lehrerinnen und Lehrer aus und glauben dann, politisch vorgeben zu sollen, wie diese ihren Unterricht gestalten. Was wir dagegen

tatsächlich vorgeben sollten, ist, welche Fächer in welchem Umfang und in welcher Kombination ausgebildet werden, um die Lehrerinnen und Lehrer, die an die Schulen kommen, auch bestmöglich einsetzen zu können.

REALIST: Herr Dr. Becker, Sie haben in Karlsruhe u. a. Musikwissenschaft studiert, sind aktiver Musiker und Geschäftsführer eines Instituts, das sich um das Erbe des deutschen Komponisten Max Reger bemüht. Gleichzeitig sind Sie seit 2019 Landtagsabgeordneter der CDU für den Wahlkreis Rastatt, Vorsitzender des Arbeitskreises Kultus, Jugend und Sport und bildungspolitischer Sprecher der CDU-Landtagsfraktion. Ganz persönlich gefragt, wie lebt man einen solchen Spagat zwischen Politik und Musik?

Musik und Politik, beides bedeutet Herzblut für mich. Und ich habe das große Glück, beides zum Beruf haben zu können. Das ist nicht planbar, sondern zufällig entstanden: Als ich 2019 völlig überraschend als Zweitkandidat in den Landtag nachgerückt bin, war ich gerade anderthalb Jahre zuvor Leiter des Max-Regger-Instituts in Karlsruhe geworden. Zum eigenen wissenschaftlichen Arbeiten komme ich leider nicht mehr, aber die Geschäftsführung mache ich dort weiterhin. Natürlich ist das ein Spagat, gerade in diesem Jahr, in dem wir Regers 150. Geburtstag feiern. Mir ist es aber persönlich sehr wichtig, neben dem Mandat noch beruflich aktiv zu sein, denn Politik zu gestalten ist in der Demokratie immer eine Aufgabe auf Zeit! Das sollte man nicht vergessen.

Als Musiker weiß ich, dass man Qualität nicht ohne Anstrengung erreicht – dass aber auch nichts erfolgreicher ist als der Erfolg. Sie würden niemals zu einem Klavierabend gehen, bei dem der Pianist zu

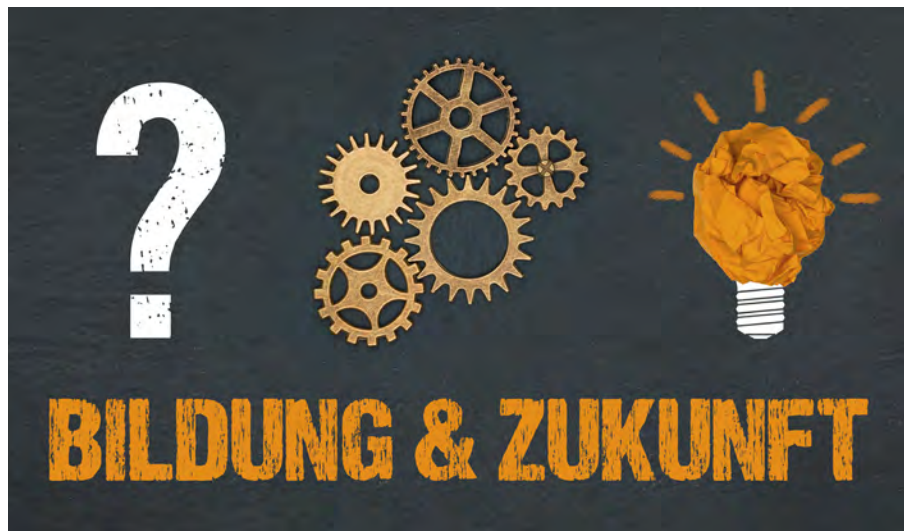


Interview mit Dr. Alexander Becker

Bildungspolitischer Sprecher der CDU-Fraktion
im Landtag von Baden-Württemberg

Beginn erklärt, er habe absolut die Fähigkeit, Bach zu spielen, fände das exakte Einstudieren eines Werks aber sinnlos. Als Übungsleiter im Verein – ein Orchester dirigiere ich im Ehrenamt noch – erlebe ich regelmäßig, dass das Erreichen ambitionierter Ziele beglückend ist und alle dazu motiviert, auch noch einen Schritt weiterzugehen.

REALIST: Noch mal zurück zur „profanen“ Politik. Wie eingangs schon erwähnt, hat die CDU (zumindest nach aktuellen Umfragen, die aber seit Monaten die stabile Tendenz zeigen, dass die CDU die mit Abstand stärkste Partei in Baden-Württemberg ist) gute Chancen nach der nächsten Landtagswahl wieder die Regierung zu führen. Was kann die Realschule in unserem Land dann von der CDU erwarten?



Sie dürfen von uns erwarten, dass wir Entscheidungen und Weichenstellungen immer im Dialog mit Ihnen entwickeln, denn Sie sind die Fachleute für den Bildungserfolg Ihrer Schülerinnen und Schüler. Und nur darum geht es. Konkret stelle ich mir

vor, dass wir wieder mehr Klarheit schaffen. Über das Thema der Schulwahl haben wir ja bereits gesprochen, bei dem eine evidenzbasierte Beratung und Empfehlung (Stichworte Lernstandserhebungen, vergleichende Arbeiten), der Elternwille

Zur Person



Dr. Alexander Becker wurde 1972 in Karlsruhe geboren, er ist verheiratet und Vater zweier Kinder. Nach dem Abitur studierte er Musikwissenschaft, Philosophie und Soziologie an der Universität in Karlsruhe, wo er 2009 promoviert wurde.

Seit 1999 ist er wissenschaftlicher Mitarbeiter im Max-Reger-Institut in Karlsruhe. 2017 wurde er Mitglied der Institutsleitung, seit vier Jahren ist er der alleinige Geschäftsführer des Max-Reger-Instituts. Das Institut kümmert sich um den musikalischen Nachlass des deutschen Komponisten Max Reger (1873–1916), pflegt Kooperationen mit Wissenschaftlern, Institutionen und Interpreten auf der ganzen Welt und führt internationale Fachtagungen durch.

Dr. Alexander Becker war von 1991 bis 2017 Mitglied im Gemeinderat seiner Heimatgemeinde Ötigheim. Seit 2019 ist er Mitglied im Landtag von Baden-Württemberg und bildungspolitischer Sprecher der CDU-Landtagsfraktion. In seiner Freizeit ist er vor allem als aktiver Musiker in vielen Bereichen ehrenamtlich tätig. So u. a. als Dirigent verschiedener Orchester, Mitglied des Präsidiums des Bundes Deutscher Zupfmusiker BW e.V., seit diesem Jahr Mitglied des Präsidiums des Landesmusikrates Baden-Württemberg. Auch war er lange Jahre Vorsitzender des Mandolinen- und Gitarrenorchesters 1924 Ötigheim e.V.

sowie die Entscheidungshoheit der weiterführenden Schule für mich zusammengehören.

Das Ziel der Realschule ist der Realschulabschluss, der den jungen Menschen das Tor öffnet, ganz verschiedene Berufswege erfolgreich zu gehen. Es ist für mich z. B. nicht selbstverständlich, dass jede Schule daneben auch den Hauptschulabschluss anbieten muss, wenn vor Ort andere schulische Möglichkeiten bestehen. Insbesondere die Zusammenarbeit im Verbund von Haupt- und Werkrealschulen hat sich sehr bewährt; auch Kooperationen unter Realschulen erscheinen mir sinnvoll. Auf jeden Fall aber müssen die Schulen für

die Aufgaben, die ihnen gestellt sind, auch konkret ausgestattet sein. Dabei denke ich an die Bildung von G-Zügen, die ja eine andere Pädagogik ermöglichen und sinnvollerweise vielleicht auch in ein Ganztagsmodell führen könnten.

Die Realschule ist als leistungs- und aufstiegsorientierte Schule mit einem „Marktanteil“ von über einem Drittel die tragende Säule in unserem gegliederten Schulsystem. Das gilt vor allem auch inhaltlich, denn die Realschule hat heute die heterogenste Schülerschaft unter allen Schularten und findet vor Ort die unterschiedlichsten Aufgabenstellungen vor – die sie alle meistert. Deshalb geht es

uns immer darum, die Realschulen in ihrer Arbeit zu stärken!

Herr Dr. Becker – herzlichen Dank für das Gespräch!

Das Interview führte Ralf Merkle



WIR SIND IMMER FÜR EUCH DA. NICHT NUR, WENN ES BRENNT.

dbb: wir. für euch.

dbb
beamtenbund
und **tarifunion**

Laura K.
Feuerwehrfrau mit
Rettungshund Odin



Schule digital

Freihof-Realschule Kirchheim unter Teck

Die Digitalisierung des Bildungssystems und die damit verbundenen Herausforderungen und Transformationsprozesse sind derzeit ein großes mediales Thema.

Im Folgenden wird anhand der Freihof-Realschule in Kirchheim unter Teck exemplarisch dargestellt, wie sich diese, wie viele andere Realschulen auch, bereits vor mehreren Jahren auf den Weg gemacht hat, die Digitalisierung in Verwaltung, Schulorganisation und Unterricht zu implementieren. Gleichzeitig soll ein Blick auf aktuelle Herausforderungen und zukünftige Arbeitsfelder gerichtet werden. Hierbei besteht kein Anspruch auf Vollständigkeit.

Die Freihof-Realschule ist eine 3 – 4-zügige Realschule mit ca. 540 Schülerinnen und Schülern und 40 Lehrkräften im Herzen der Stadt Kirchheim unter Teck.

Technische Ausstattung

Im Schuljahr 2017/18 wurde damit begonnen, die Klassenräume mit Beamern, Lautsprechern und Dokumentenkameras auszustatten. Zunächst ohne gezielte finanzielle Unterstützung durch den Schulträger. Im Zuge dessen wurde flächendeckendes WLAN im Schulgebäude installiert. Danach konnten sukzessive iPad-Türme und iPad-Koffer für den Unterricht angeschafft werden, sodass heute ca. 150 iPads für die Schülerschaft zur Verfügung stehen. Durch den Digital-Pakt konnten im Schuljahr 2020/21 50 Dienstgeräte für die Lehrkräfte angeschafft werden und gleichzeitig neue Beamer und Apple TV in jedem Klassenraum installiert werden. Die Dienstgeräte wurden in eine, an der Schule bereits vorhandene, MDM-Lösung eingebettet. Parallel dazu wurden die Server runderneuert und an schnelleres Internet angeschlossen. Im Schuljahr darauf fand die Umstellung auf WebUntis, verbunden mit der Einführung des digitalen Tagebuchs statt, sowie die Umstellung auf einen gemeinsamen digitalen Kalender und einen digitalen Klassenarbeitskalender.



Wie jede Schule in Baden-Württemberg nutzt auch die Freihof-Realschule mittlerweile ASV/ASD-BW und im Zuge dessen auch seit diesem Schuljahr ASV-NEO, also das Programm zur Notenerfassung Online. Grundlage dieser technischen Ausstattung war die Erstellung des Medienentwicklungsplans im Schuljahr 2019/20. Mit den entsprechenden Zielvorstellungen zu den Bereichen digitale Unterrichtsentwicklung, technische Zielausstattung und Digitalisierung des Schullebens.

Um die technische Ausstattung in diesem Maße voranzutreiben, braucht es einen Schulträger, der dies mit personellen und finanziellen Ressourcen unterstützt. Der Schulträger der Freihof-Realschule hat im Jahr 2019 zwei neue Stellen geschaffen, zum einen für den technischen Support vor Ort und zum anderen zur Unterstützung und Umsetzung des MEP (Medienentwicklungsplan). Gleichzeitig wurde eine externe Firma dauerhaft mit dem technischen Support der Schule beauftragt.

Weiterqualifizierung des Kollegiums

Fortfolgend entwickelte die Schule verbindliche Rahmenrichtlinien für den Umgang mit digitalen Medien, dazu wurde eine Nutzerordnung für die Nutzer der iPads erstellt und kommuniziert.

Die Lehrkräfte erhielten Schulungen im Umgang mit digitalen Medien und der Einsatz von Smartboards wurde gefördert. Inzwischen ist es an der Freihof-Realschule üblich, dass Lehrkräfte in ihrem Unterricht digitale Medien wie Tablets, Laptops oder Smartphones einsetzen, um den Unterricht interaktiver und anschaulicher zu gestalten. Darüber hinaus braucht es weiterhin eine zuverlässige und zielorientierte Fortbildungsplanung, um die Transformation hin zu einem digitalisierten Bildungssystem zu begleiten.

Digitalität im Unterricht

Im täglichen Unterricht werden mit Hilfe von iPads (iPad-Koffer) digitale Präsentationsmedien eingesetzt und damit die Präsentationskompetenz verbessert. Schülerinnen und Schüler stellen häufig ihre Teilschritte

von digitalen Projekten (Greenscreen-Filme in Englisch bzw. Sozialwissenschaften, Stop-Motion-Filme im bilingualen Unterricht) vor und erlangen so eine Routine bei der Präsentation von digitalen Inhalten. Die Tablets und Apps unterstützen hier bei der Recherche, der Produktion und Präsentation der Inhalte.

Apps zur Erstellung von einfachen Videos, Stop-Motion-Filmen und Greenscreen-Produktionen wurden auf den Geräten installiert und in vielen Klassen projektartig verwendet.

Die Schülerinnen und Schüler nutzen digitale Medien, um mit außerschulischen Partnern zu kommunizieren und zu lernen, z. B. per Videochat mit Schülerinnen und Schülern von Partnerschulen in England und Frankreich.

Aktuell laufen an der Freihof-Realschule zwei Pilotprojekte im Bereich der digitalen Bildung.

Zum einen wird in einer 8. Klasse die Lern-App „Brian“ getestet. Gemeinsam mit dem gleichnamigen Start-Up werden einzelne Unterrichtseinheiten in den Fächern Biologie, Mathematik und Englisch als digitale Lernwelt konstruiert. Dies bedeutet, die Lehrkräfte erstellen ein Skript bezüglich ihrer Unterrichtseinheit und dieses wird dann vom Start-Up Unternehmen als Spiel in einer App für das Smartphone konstruiert. Die Schülerinnen und Schüler können sich dann im Bus, beim Zahnarzt oder zu Hause – ähnlich wie beim Quiz-Duell – durch diese Fragen oder Aufgabenformate

klicken. Sie bekommen Punkte für richtige Antworten und es gibt eine Chatfunktion, um sich über mögliche falsche Antworten auszutauschen. Da die Schule bzw. das Lernen und die Hausaufgaben ohnehin ständig in Konkurrenz zum Smartphone bzw. zu Apps wie Instagram, Snapchat o. Ä. stehen, wohnt diesem „gamebased learning“ ein großer Charme inne. Die Lehrkräfte erhalten nach der Lerneinheit eine detaillierte Rückmeldung zum Lernverhalten ihrer Schülerinnen und Schüler.

Des Weiteren wird aktuell in einer 9. Klasse ein sogenannter Avatar eingesetzt. Da eine Schülerin aufgrund einer Krankheit mehrere Monate nicht am Präsenzunterricht teilnehmen kann, wird die Teilnahme durch diesen Avatar digital ermöglicht.

Dies bedeutet: Sie sitzt zu Hause vor dem Tablet und in der Schule, an ihrem Platz, steht ein kleiner Roboter, durch welchen sie am Unterricht teilnehmen, sich melden und kommunizieren kann. Sie sieht den Klassenraum und kann den Worten der Lehrkräfte und der Mitschülerinnen und Mitschüler datenschutzkonform folgen. Auch bei Raumwechseln, in der Pause oder bei Gruppenarbeiten kann sie so partizipieren. Dieses Projekt entstand gemeinsam mit dem Kreismedienzentrum Esslingen.

Ausblick

Was die technische Ausstattung betrifft, stellt sich weiterhin die Frage nach dem geeigneten und zugelassenen Lernmanagement-System sowie einem schulinternen Intranet. Das Land Baden-Württemberg hat auf der Didacta hier das Nachfolgemodell schule@bw von Ella vorgestellt. Der Rollout soll nun zeitnah erfolgen. Wir sind gespannt...

Nachdem in den vergangenen Jahren die technische Voraussetzung geschaffen wurde, geht es nun insbesondere darum, dies mit pädagogischen Inhalten zielführend für die Schülerinnen und Schüler zu verknüpfen. Wir bereiten unsere Schüler auf eine digitalisierte Welt vor. Die Fähig-



keiten, die sie benötigen, um in dieser erfolgreich zu sein, verändern sich zunehmend und bleiben doch teilweise gleich.

Zum einen müssen sie technisch in der Lage sein, Prozesse, beispielsweise die der Künstlichen Intelligenz, zu verstehen, um diese gewinnbringend nutzen zu können. Darüber hinaus müssen sie aber auch bei der Nutzung von Social Media, im Sinne einer Medien-Ethik, verstehen, was es bedeutet, hier Inhalte zu teilen. Kompetenzen wie kritisches Denken, Kollaborationsfähigkeit oder Kreativität müssen daher vermehrt ins Zentrum des Schulalltags gestellt werden.

Dazu braucht es eine gezielte Wertevermittlung durch gut ausgebildete und vorbereitete Lehrkräfte, die sich unterschiedlicher Unterstützersysteme bedienen können.

Aktuell wird daran gearbeitet, dass zum Schuljahr 2024/2025 in Klassenstufe 8 eine 1:1-Ausstattung beginnt, die dann sukzessive nach oben wächst. Im Schuljahr 2023/2024 sind Fortbildungen, BarCamp und pädagogische Tage zur Kultur der Digitalität geplant. Auf organisatorischer Ebene haben wir uns zum Ende dieses Schuljahres von der Steuergruppe verabschiedet und sind anhand themenbezogener Schulentwicklungsgruppen auf dem Weg zur agilen Schulentwicklung mit mehr aktiver Beteiligung und Expertise.





Personalratswahlen 2024

Alle fünf Jahre wählen die Lehrerinnen und Lehrer an Grund-, Haupt-, Werkreal-, Real-, Gemeinschaftsschulen und SBBZ (Sonderschulen) in Baden-Württemberg ihre Personalvertretung. Die Gewerkschaften und Verbände suchen dafür seit Monaten Kandidaten für alle drei Ebenen der Personalvertretung: Örtlicher Personalrat beim Staatlichen Schulamt (ÖPR), Bezirkspersonalrat beim Regierungspräsidium (BPR) und beim Kultusministerium (HPR). Die Wahlvorschläge (Kandidatenlisten) können ab 16. Januar bei den Wahlvorständen aller drei Ebenen eingereicht werden.

Welche Aufgaben hat der Personalrat?

Der Personalrat hat darüber zu wachen, dass die zugunsten der Beschäftigten geltenden Gesetze, Verordnungen, Tarifverträge, Dienstvereinbarungen, Verwaltungsanordnungen und Unfallverhütungsvorschriften eingehalten werden.

Er hat ein Mitbestimmungsrecht:

- bei Beförderungen
- bei Versetzungen und Abordnungen
- bei Genehmigungen oder Ablehnungen von Beförderungen
- bei Fortbildungsmaßnahmen

Er kann die Beschäftigten unterstützen (helfen/beraten) bei

- Verbeamtung auf Lebenszeit, Verkürzung der Probezeit
- Dienstliche Beurteilung
- Wünsche und Anregungen für das Fortbildungsprogramm
- Antrag auf Deputatsänderung
- Versetzung bzw. Abordnung aus dienstlichen oder persönlichen Gründen
- Abordnung mit Wechsel des Dienstortes
- Anrechnungsstunden
- Teilzeit, Beurlaubung, Sabbatjahr
- Mutterschutz und Elternzeit
- Vereinbarkeit von Familie und Beruf, Chancengleichheit

- Arbeitszeit, Mehrarbeit, „Überstunden“
- Nebentätigkeiten
- Drohende Disziplinarmaßnahmen
- Konferenzrechte
- Reisekosten
- Arbeits- und Gesundheitsschutz
- Teilnahme an Sicherheitsbegehungen
- Wiederaufnahme des Dienstes nach längerer Krankheit
- Begleitung bei BEM-Gesprächen
- Altersermäßigung
- Schwerbehinderung
- Personalakten
- Amtsarzt-Besuch
- arbeitsmedizinische Fragen
- Begleitung bei sensiblen Dienstgesprächen
- Beschwerden gegen Dienstvorgesetzte
- Überlastungsanzeige
- Mobbing
- Ländertausch
- Begleitung von Bewerbergesprächen
- Organisation und Durchführung der Personalversammlungen
- Planung der Zuruhesetzung

Fahrplan zu den Personalratswahlen

16.01. – 31.01.2024

Einreichung der Wahlvorschläge.

Es folgt deren Prüfung durch die Wahlvorstände an den 21 SSA, 4 RP und dem KM.

15.03.2024

Versand der Wahlvorschläge

an die Schulen zum Aushang.

20.03.2024

Versand der Wahlunterlagen

an die Schulen.

22.04. – 03.05.2024

Durchführung der Briefwahl

an den Schulen. Im Gegensatz zu Bundestags- oder Landtagswahl gibt es keinen Wahltag, sondern einen Wahlzeitraum. Die Wahlbriefe werden an der Schule gesammelt und von dort aus an die Wahlvorstände versandt.

03.05.2024

Letzter Wahltag.

Die Schließung des Wahllokals ist um 18 Uhr.

Was ist bei der Wahl zu beachten?

Wenn Sie die Wahlunterlagen sehen, dann ist man ob des vielen Papiers zunächst ziemlich erschlagen. Das Ganze wirkt auf den ersten Blick kompliziert – ist es aber nicht wirklich. Es gibt drei verschieden farbige Stimmzettel, entsprechend der zu wählenden Gremien ÖPR, BPR und HPR. Dazu gibt es die farblich passenden Umschläge sowie ein Merkblatt und eine Erklärung zur Briefwahl, welche zu unterschreiben ist. Die Stimmzettel werden nach der Wahl in die passenden farbigen Kuverts gegeben und zusammen mit der unterschriebenen „Erklärung zur Briefwahl“ in den Wahlbriefumschlag gesteckt. Dieser wird zugeklebt und außen nach Vorgabe beschriftet. Höchstwahrscheinlich wird das **„Merkblatt zur Wahl“** den Wahlunterlagen in 2024 beigelegt sein.

Hinweise auf dem Stimmzettel beachten

Es gibt Stimmzettel für Beamte – das ist der Regelfall an der Realschule – und für Arbeitnehmer. Auf den zum Teil sehr langen Stimmzetteln stehen in der Regel die Wahlvorschläge von RLV und zwei Mitbewerbern. Nehmen Sie sich Zeit für Ihre Wahl und suchen Sie Ihre Kandidatinnen und Kandidaten. Auf dem Stimmzettel für die Wahl des HPR waren es bei den letzten Wahlen in Summe von RLV, VBE und GEW 1216! Bevor Sie Ihre Kandidatinnen und Kandidaten durch Ankreuzen oder mittels Ziffern mit Stimmen bedenken, **lesen Sie bitte aufmerksam die Hinweise auf den Stimmzetteln ganz unten.** Die Wählerin/ Der Wähler soll nur mit einem Stimmzettel wählen. Sie/Er kann eine Höchstzahl von Stimmen vergeben, kann einer Kandidatin/ einem Kandidaten mehrere Stimmen geben (kumulieren) oder kann Bewerberinnen/ Bewerber der gleichen Gruppe (Gruppe der Beamten) aus anderen Wahlvorschlägen übernehmen (**panaschieren**). Dies alles kennen Sie auch von den Kommunalwahlen.



Von Anton Blank

Aufgepasst: Für ÖPR, BPR und HPR gibt es unterschiedlich viele Stimmen zu vergeben. Es gibt auch Unterschiede beim Kumulieren. Vermeiden Sie ungültige Stimmzettel!

Die Zeit vor dem und während des Wahlzeitraums – was kann jedes RLV-Mitglied tun?

- Seien Sie Meinungsführer oder anders ausgedrückt, gewinnen Sie die Deutungs-hoheit; denn Untersuchungen im politi-schen Raum haben gezeigt, dass unent-schlossene und uninformierte Personen oft der Meinung von Arbeitskollegen, Verwandten usw. folgen.
- Machen Sie in Ihren Kollegien klar, dass für uns eine hohe Wahlbeteiligung an den Real- und Verbundschulen von besonderer Bedeutung ist. Unsere Mitbe-werber schöpfen Stimmen aus allen Schularten, wir vor allem aus einer.
- Wenn es in Ihrem Kollegium Missstimmung wegen der erschwerten Arbeit an Ihrer Schule gibt, thematisieren Sie die Gründe. Diese liegen in der sogenannten Reform, der „Weiterentwicklung“ der Realschule, durch Kultusminister Stoch (SPD) und dessen Stichwortgeber GEW sowie dem Wegfall der verbindlichen Grundschulempfehlung.
- **Konfrontieren Sie GEW-Mitglieder in Ihrem Kollegium mit den Fakten:** Auf der Homepage der GEW Baden-Württemberg heißt es zum Thema **Bildungssystem:** „Das ZieleinesgerechtenBildungssystemsistnoch lange nicht erreicht. Gemeinschaftsschule und Inklusion sind der richtige Weg dorthin.“ **Oder beim Thema Bildungsgerechtig-keit:** „Die GEW spricht sich für ‚eine Schule für alle‘ aus und befürwortet die Gemein-schaftsschule in Baden-Württemberg.“ **Auf den Punkt gebracht:** Wenn Realschul-lehrer zugleich GEW-Mitglied sind, sägen sie an dem Ast, auf dem sie sitzen, nämlich der Realschule und bezahlen das auch noch mit saftigen Mitgliedsbeiträgen. Da fällt einem nur noch der Spruch von den dümmsten Kälbern ein.

- Pünktlich vor der Wahl entdecken unsere Wettbewerber die Realschule. Es werden wieder unmittelbar vor der Wahl Hoch-glanzbrochüren herausgebracht werden, worin die „Wohltaten“ und Verdienste der GEW und des Verbands Bildung und Erzie-hung für die Realschule aufgezählt werden.
- Der VBE ist zwar auch ein Fachverband unter dem Dach des Beamtenbunds und erscheint für viele Kolleginnen und Kollegen attraktiv. Geht es um Kerninteressen der Realschule, dann werden schnell die Unter-schiede zu uns klar; was auch unschwer nachvollziehbar ist; denn der VBE vertritt alle Schularten. Für ihn ist die Realschule eine Schulart unter anderen. Während Philolo-genverband und RLV die Wiedereinführung einer verbindlichen Grundschulempfehlung fordern, lehnt der VBE die Wiedereinführung der Grundschulempfehlung ab. Unserer Forderung nach Wiedereinführung eines Lehramts für Realschullehrer schließt sich keiner der Mitbewerber an.
- Bei jeder Personalversammlung im Früh-jahr vor den Personalratswahlen tritt die GEW-Landesvorsitzende als Haupt-rednerin auf. Keine Mitbewerber dürfen auftreten. Dies wird mit der absoluten GEW-Mehrheit in den Personalräten so beschlossen.
- Machen Sie publik, überall, wo Sie können: Die Lehrerinnen und Lehrer aller Schularten – außer den Gymnasien und beruflichen Schulen – dürfen auch RLV-Kandidatinnen/-Kandidaten wählen; denn gewählt wird nicht der Personalrat für Realschulen, sondern für Grund-, Haupt-, Werkreal-, Real-, Gemeinschaftsschulen und SBBZ (Sonderschulen).

Dank an die Organisatoren unserer Personalratswahlvorbereitung und unsere Kandidatinnen und Kandidaten

Das Team aus geschäftsführendem Landesvorstand, den Bezirksvorsitzenden sowie unseren Personalräten hat Groß-artiges geleistet. Wir, als RLV, sind dieses Mal wieder in fast allen SSA, in allen vier RP und auf KM-Ebene mit eigenen Wahllisten vertreten.

Ich möchte mich bei allen Kandidatinnen und Kandidaten, welche sich zur Wahl stellen, sehr herzlich bedanken. Sie sind es, welche den Wählerinnen und Wählern die Möglichkeit bieten, Ihre Stimmen einem echten Realschulvertreter geben zu können. Besonders bedanken darf ich mich auch bei den vielen Nichtmitgliedern unter den Kandidatinnen und Kandidaten.

Viele haben geäußert, es helfe nicht, die Hände in den Schoß zu legen, zu klagen und zu warten, bis es von alleine an den Schulen wieder besser wird, es gelte mitzumachen. Deshalb haben wir eine größere Anzahl an Kandidatinnen und Kandidaten aus allen Schularten als bei den letzten Wahlen.

Lassen Sie sich nicht beirren von den vielen bunten Hochglanzwahlprospekten unserer Mitbewerber, welche in den kommenden Wochen Ihre Postfächer fluten werden. Gehen Sie wählen: Ihre Stimme(n) für den RLV – Ihre Stimme für die Realschule. Vorfahrt für Seriosität, Kompetenz und Qualität statt Ideologie. Vernunft statt Utopie!

Anton Blank, stellvertretender Landesvor-sitzender RLV Baden-Württemberg



Demokratische Vielfalt?

Ein Rückblick auf die Wahlen 2019

Der neue Personalrat für Grund-, Haupt-, Werkreal-, Real-, Gemeinschaftsschulen und SBBZ (GHWRGS) in Baden-Württemberg ist im Mai 2019 für fünf Jahre neu gewählt worden.

Zu wählen waren die Vertreter für den Hauptpersonalrat (HPR) beim Kultusministerium, für den Bezirkspersonalrat (BPR) an den vier Regierungspräsidien und für den Örtlichen Personalrat (ÖPR) an den 21 Staatlichen Schulämtern.

Vor der Wahl 2019 war der Realschullehrerverband nur in seinem mitgliederstärksten Bezirk Südwürttemberg mit eigenen Wahllisten und landesweit mit einer Liste zum HPR angetreten. Bei dieser Wahl traten wir in allen vier Regierungsbezirken auf BPR- und fast allen Schulamtsbezirken auf ÖPR-Ebene an. Dabei konnte der RLV zum Teil sehr erfreuliche Wahlergebnisse erzielen.

Die Zahl der ÖPR-Mandate in Südwürttemberg wurde fast verdoppelt. Beim ÖPR in Albstadt konnte der RLV drei Sitze erringen und zog damit mit dem VBE gleich. Im Bereich des Staatlichen Schulamtes Tübingen konnten wir leider kein Mandat erringen, obwohl wir dort rund 70% Stimmen mehr erhielten als bei den Wahlen davor. Neu eingezogen sind wir 2019 in einige ÖPR in Nordwürttemberg. Das Nachrücker-Mandat von einer VBE/RLV-Listenverbindung in Nordbaden aus dem Jahr 2014 konnten wir bei den letzten Wahlen aus eigener Kraft erringen. Leer ausgegangen sind wir leider in Südbaden. Den Sitz im BPR Tübingen konnten wir erfolgreich verteidigen.

Das errungene Mandat im HPR kann man durchaus „historisch“ nennen; in diesem Gremium war der RLV nie mit Sitz und Stimme vertreten. Das HPR-Mandat ging an die RLV-Landesvorsitzende Frau Dr. Karin Broszat.

Die errungenen Mandate im Einzelnen

(in Klammern die Zahlen von 2014):

ÖPR Albstadt 3	(1)
ÖPR Biberach 2	(2)
ÖPR Markdorf 2	(1)
ÖPR Pforzheim 1	(1)
ÖPR Böblingen 1	(0)
ÖPR Göppingen 1	(0)
ÖPR Ludwigsburg 1	(0)
BPR Tübingen 1	(1)
HPR Stuttgart 1	(0)

Bei aller Freude über den Erfolg des RLV bei den Personalratswahlen dürfen wir nicht vergessen, dass unsere Mitbewerber zahlenmäßig wesentlich stärker in den Gremien vertreten sind als wir.

Betrachtet man die Ergebnisse (Grundlage: amtliches Endergebnis von 2019), sieht man, dass die GEW bei jeder Wahl deutlich über 50 % der Stimmen errungen hat. In der Regel liegt der Stimmenanteil sogar jenseits der 60 oder 70 Prozent. Kein Wunder, dass da manche vom „Personalrat der GEW“ sprechen. So u. a. vor einiger Zeit in Nordbaden geschehen, als eine Regionalzeitung über eine Personalversammlung berichtete und eben von der „Personalversammlung der GEW“ sprach. Niemand bezweifelt, dass die Kolleginnen und Kollegen, die über die Liste der GEW in die jeweiligen Personalräte gewählt worden sind, eine gute Arbeit machen. Aber – demokratische Vielfalt sieht anders aus.

Wenn die GEW in Tübingen 79,6 % der Stimmen bekommt (ÖPR), in Stuttgart und Nürtingen sogar die 90 % nicht mehr weit sind, erscheint es fraglich, ob diese Ergebnisse noch die Vielfalt in den Kollegien abdecken. Sicher, für die Stärke der einen Gruppierung ist auch die Schwäche der anderen Gruppierung verantwortlich. Ein Fachverband wie der RLV kann aufgrund seiner Mitgliederstärke und seiner Reichweite in den Schulen nicht mit der GEW und

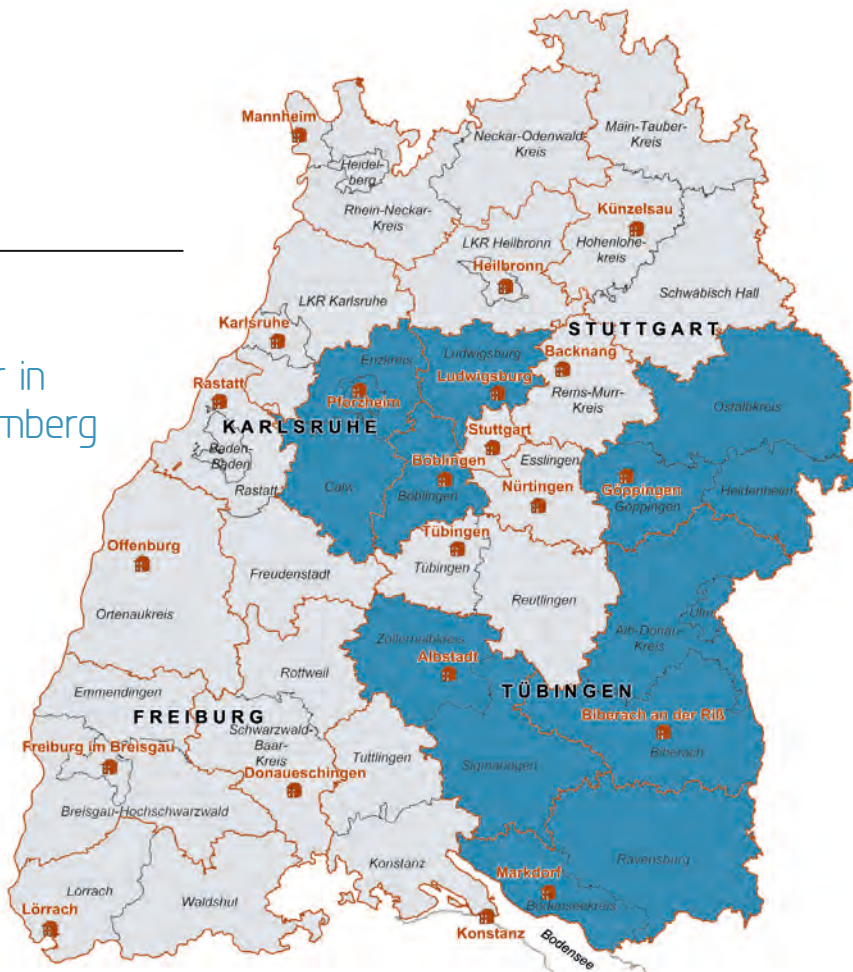
dem VBE mithalten. Wir können und wollen auch nicht die Summen für Wahlwerbung ausgeben, die unsere Mitbewerber ausgeben können und wollen.

Aber – da, wo wir mit starken Listen antreten (das bestehende reine Höchstzahlverfahren, das bei keiner demokratischen Wahl in Deutschland so noch verwendet wird, verschafft den großen Mitbewerbern außerordentliche Vorteile), kann der RLV etwas zur demokratischen Vielfalt beitragen. So hatte die GEW im ÖPR in Albstadt lediglich „noch“ einen Anteil von 53,7 %, immer noch eine komfortable absolute Mehrheit, aber wenigstens keine Zweidrittelmehrheit mehr oder gar über 80 % der Stimmen, was schon sehr an Volkskammerzeiten erinnert.

Deshalb ist es für die bevorstehenden Wahlen wichtig, dass wir mit umfangreichen Listen, auf denen starke Persönlichkeiten stehen, unseren Teil zur demokratischen Vielfalt in den Gremien beitragen, die im nächsten Jahr zu wählen sind. Dazu brauchen wir die Bereitschaft der Kolleginnen und Kollegen für den RLV anzutreten und die Erkenntnis in den Kollegien, Personalrat geht uns Beschäftigte alle an, die Personalräte auf den unterschiedlichen Ebenen sind keine Privatveranstaltung einzelner Gewerkschaften oder Verbände, sondern sie sind unser „Betriebsrat“, der die Interessen von Beamtinnen und Beamten und den angestellten Lehrkräften vertritt. Die Wahlbeteiligung spielt hier ebenfalls eine sehr entscheidende Rolle. Diese liegt in der Regel an den Realschulen deutlich unter der Wahlbeteiligung an anderen Schularten. Da wundert man sich nicht, dass eine personell starke Schulart wie die Realschule in den Personalräten nur in geringem Umfang vertreten ist. Eine hohe Wahlbeteiligung stärkt insgesamt die Bedeutung des Personalrates. Auch dafür gilt es zu werben. Mit dem Ziel, dass die demokratische Vielfalt in den Gremien zunimmt.

Standorte der Schulämter in Baden-Württemberg

- Schulamtsbezirke
- Stadt- und Landkreise
- Regierungsbezirke
- Standorte der Schulämter



© Statistisches Landesamt Baden-Württemberg, Stuttgart 2013
 Vervielfältigung und Verbreitung mit Quellenangabe gestattet.
 Kommerzielle Nutzung bzw. Verbreitung über elektronische Systeme bedarf vorheriger Zustimmung.

Baden-Württemberg
 STATISTISCHES LANDESAMT

„Wir stehen fest an der Seite Israels – Gerade Jetzt!“

Volker Beck, Präsident der
 Deutsch-Israelischen Gesellschaft e.V

JETZT SOLIDARITÄT ZEIGEN!

www.digev.de



DEUTSCH-ISRAELISCHE GESELLSCHAFT E.V



Personalratswahlen

Fragen und Antworten

Alle fünf Jahre wählen die Lehrerinnen und Lehrer an Grund-, Haupt-, Werkreal-, Real-, Gemeinschaftsschulen und SBBZ (Sonderschulen) in Baden-Württemberg ihre Personalvertretung. Im nächsten Frühjahr ist es wieder so weit. Die Zeit bis dahin ist gefühlt noch sehr lange. Die Organisatoren der letzten Wahlen wissen, dass mit den Vorbereitungen bereits Ende März dieses Jahres begonnen werden muss.

Auch Ihre Mitwirkung ist wieder gefragt. Beim letzten Mal hatten sich fast 200 Kandidatinnen und Kandidaten auf die Wahllisten des RLV setzen lassen. Wir freuen uns, wenn wir wieder mit starken Listen antreten können.

Bevor sich Kolleginnen und Kollegen zur Kandidatur bereiterklären, haben sie eine Reihe von Fragen. Hier eine Auflistung der häufigsten und die Antworten dazu.



Was ist der Personalrat?

Der Personalrat ist ein Gremium, welches die Interessen der Beamten und Angestellten des Landes gegenüber dem Dienstherrn vertritt – in etwa vergleichbar dem Betriebsrat in einem Unternehmen. Entsprechend der Landesverwaltung gibt es drei Ebenen der Personalvertretung: Örtlicher Personalrat (ÖPR) beim Staatlichen Schulamt, Bezirkspersonalrat (BPR) beim Regierungspräsidium und Hauptpersonalrat (HPR) beim Kultusministerium.

Für welche Ebene soll ich kandidieren?

In der Regel kandidiert man für alle drei Ebenen.

Gibt es Fortbildungen für diese Tätigkeit?

Ja, es gibt sowohl Grundschulungen für „die Neuen“ als auch solche für die Fortgeschrittenen durch den Beamtenbund Baden-Württemberg.

Wie sieht die Tätigkeit im Personalrat aus?

Schwerpunkt für die „einfachen“ Mitglieder ist die Teilnahme an Sitzungen. Dazu erhält man im Vorfeld Sitzungsunterlagen durch den Vorstand. In der Regel sind die Sitzungen während der Schulzeit alle zwei Wochen an einem festen Wochentag. Es gibt punktuell auch Sondersitzungen und Arbeitsgruppentreffen.

Ist die Tätigkeit im Personalrat ehrenamtlich?

Für die Tätigkeit wird man vom Dienst freigestellt, d. h. Sie erhalten eine Reduzierung Ihrer Unterrichtsverpflichtung. Bei „einfachen“ Mitgliedern beträgt diese, je nach Größe und Verwaltungsebene des Gremiums, 7–9 Wochenstunden. Mitglieder des Vorstands erhalten entsprechend des Arbeitsumfangs und der Komplexität der Aufgaben höhere Freistellungen bis zur völligen Freistellung vom Unterricht.



Warum soll ich für den Personalrat auf der Liste des RLV kandidieren?

Die drei Gewerkschaften – beim Beamtenbund nennt man sie Verbände – welche Wahllisten aufstellen, haben unterschiedliche Vorstellungen von Schul- und Bildungspolitik. Mit einer Kandidatur für den RLV stärken Sie eine Berufsvertretung, welche die Interessen der Verbund- und Realschulen und deren Lehrkräfte vertritt. Wir sind gegen die Abschaffung des Berufsbeamtentums, treten für ein gegliedertes Schulwesen ein, ... Mehr dazu können Sie in diesem Heft nachlesen unter dem Kapitel „Wer sind wir?“

Warum soll ich mich zur Wahl stellen, ich werde ja doch nicht gewählt?

Sie sind es, welche(r) den Wählerinnen und Wählern die Möglichkeit bietet, ihre Stimmen einem echten Realschulvertreter

geben zu können. Außerdem: Jeder Kandidat ist wichtig und sammelt Stimmen für die RLV-Liste. Von der Gesamtsumme aller Stimmen einer Liste hängt ab, wie viele Mandate sich daraus ergeben. Übrigens, unsere Mitbewerber haben ein Vielfaches an Kandidaten im Vergleich zu uns. Sie erinnern sich an die riesigen Stimmzettel. Auch da gilt: Nur die Wenigsten erringen ein Mandat.

Ich bin sehr stark motiviert und möchte ein Mandat erringen, was muss ich tun?

Es ist wie bei Wahlen in der Politik. Sie brauchen einen aussichtsreichen Platz auf der Wahlliste. Das können Sie auf einem Beiblatt zum Formular „Zustimmungserklärung“ kundtun.

Ich möchte den RLV mit meiner Kandidatur unterstützen, aber kein Mandat erringen?

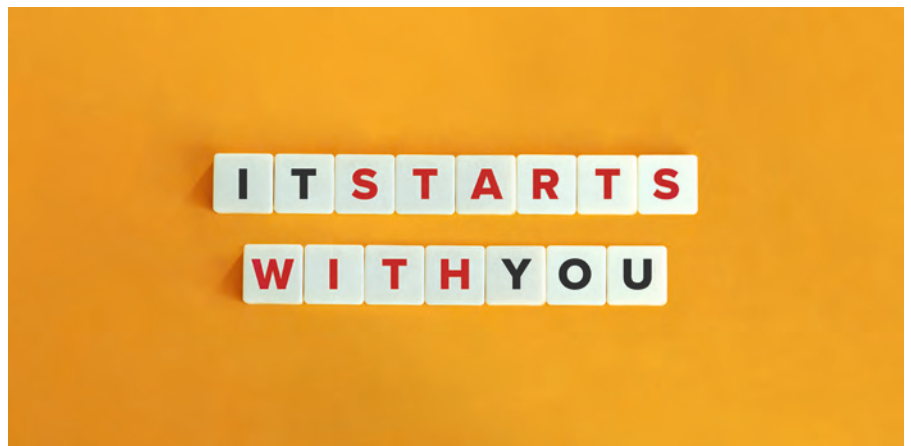
Auch hier ist es wie bei Wahlen in der Politik, insbesondere den Kommunalwahlen. Sie lassen sich auf einen wenig aussichtsreichen Platz setzen. Das können Sie ebenfalls auf einem Beiblatt zum Formular „Zustimmungserklärung“ kundtun.

Was tun, wenn ich doch ein Mandat erhalten habe, ohne es zu wollen?

Dieser Fall ist äußerst selten. Sollte er doch vorkommen, so brauchen sie das Mandat nicht anzunehmen. Das können Sie dann auf dem Formblatt, welches Ihnen automatisch zugesandt wird, durch Ankreuzen eines Kästchens erklären. Eine Begründung brauchen Sie nicht abgeben. Der Nächste in der amtlichen Wahlergebnisliste rückt dann nach.

Wie und wo kann ich mich zur Kandidatur anmelden?

Sie können sich an den Verfasser des Mitgliederrundriefs oder an ein RLV-Mitglied in Ihrem Kollegium wenden. Sie



erhalten dann die drei Formulare „Zustimmungserklärung“ zur Wahl des ÖPR, BPR und HPR. Diese sind auszufüllen und im Original auf dem Postweg an Anton Blank, Waldstr. 7, 88453 Erolzheim, zu senden.

Können auch Nichtmitglieder für die RLV-Wahlliste antreten?

Ja, das ist gängige Praxis bei allen Wahllisten der drei Berufsvertretungen. Wir freuen uns natürlich, wenn Sie nicht organisierte Kolleginnen und Kollegen von einer Kandidatur auf den RLV-Wahllisten überzeugen können.

Ich bin Lehrer im Angestelltenverhältnis. Kann ich auch für den RLV kandidieren?

Ja, auch angestellte Lehrkräfte können auf der Beamtenliste des RLV kandidieren. Das gilt auch für Lehrerinnen und Lehrer anderer Schularten. Auch diese können auf unserer Liste kandidieren; denn

gewählt wird nicht der Personalrat für die Realschule, sondern für die **GHWRGS, d. h. Grund-, Haupt-, Werkreal-, Real- und Gemeinschaftsschulen sowie für Sonderpädagogische Bildungs- und Beratungszentren SBBZ.**

Wenn Sie also Kolleginnen und Kollegen aus den **GHWRGS** kennen, dann sagen Sie ihnen, dass Sie bei uns herzlich willkommen sind.

Warum soll eine Lehrkraft der Grundschule etc. den RLV wählen?

Es gibt an anderen Schularten Lehrkräfte, welche mit den schulpolitischen Vorstellungen unserer Mitbewerber nicht einverstanden sind. Dies wird uns gegenüber immer wieder an Infoständen bei Personalversammlungen erklärt. Sie haben zwei Möglichkeiten: Nicht zu wählen oder Kandidaten der RLV-Wahlliste wählen.

Meine Frage ist hier nicht aufgeführt oder ich habe noch Nachfragen, an wen soll ich mich wenden?

Wenden Sie sich bitte an ein RLV-Mitglied in Ihrem Kollegium mit Erfahrung als Personalrat oder an den Verfasser des Mitgliederrundriefs RLV AKTUELL.

Wir freuen uns auf Ihre Kandidatur und danken Ihnen schon an dieser Stelle sehr herzlich dafür.



Personalratswahlen im außerschulischen Bereich

Vorgezogene Neuwahl des Bezirkspersonalrates des ZSL

Von Florian Gantner

Wie im letzten „realist“ berichtet, wurde nach dem vorzeitigen Rücktritt des BPR am ZSL eine außerordentliche Neuwahl notwendig. Schnell zeigte sich, dass die Probleme, die zu Einsprüchen gegen die Wahl im Jahr 2020 geführt hatten, auch 2023 noch nicht behoben waren.

So musste die Wahl vom Sommer in den Herbst/Winter verschoben werden, was zur Folge hatte, dass seit dem 1. August 2023 kein BPR mehr am ZSL existiert. Ein Gutes hatte die Entscheidung des Wahlvorstandes, die Wahl zu verschieben: Durch die berechtigten Hinweise, dass mit den vorliegenden Beschäftigtendaten eine Wahl nicht durchführbar sei, wurde das ZSL gezwungen, nun erstmals diese Daten exakter zu erfassen. Damit waren auch andere Dienststellen nun gezwungen, die bisher nicht zur Verfügung gestellten Daten zur Verfügung zu stellen. Durch eine Einschätzung des Landesdatenschutzbeauftragten, dass zumindest die regulären Stammdienststellen (Schulen) der außerhalb der Zentrale des ZSL-Beschäftigten notwendig sind, erhält das ZSL nun endlich auch diese Informationen. Vom Gesetz her sind diese Daten nicht nur für Personalratswahlen zur Verfügung zu stellen; doch bisher wurden sie den Personalvertretungen nicht zur Verfügung gestellt. Dabei wurde stets darauf hingewiesen, dass man sie nicht habe. Nun wurde, um diesen Missstand aufzulösen, eine schon bestehende Datenbank für einen erheblichen Teil der Beschäftigten erweitert, um die notwendigen Personaldaten selbst erfassen zu können. Durch die Organisation der BPR-Wahl wurde damit endlich ein Missstand behoben, auf den die Personalvertretungen seit Gründung der Behörde erfolglos hingewiesen haben.

Am 18. und 19.12.2023 finden nun die BPR-Wahlen statt. Für alle, die nicht direkt an einer Dienststelle (Seminar, Zentrale des ZSL) tätig sind, wurde dabei die Briefwahl angeordnet. Wahlberechtigt sind landesweit rund 7500 Beschäftigte. Diese Wahl wird zudem der Prüfstein für die geänderte Wahlordnung der Personalvertretungen sein, die am 1. August 2023 in Kraft trat. Dabei wird sich auch zeigen, ob eine der neuen Vorgaben, die Briefwahlunterlagen nur während des Wahlzeitraums in die Urne einzulegen (und nicht schon zuvor), in der Praxis überhaupt umgesetzt werden kann. Immerhin rund 5200 Beschäftigte erhielten die angeordnete Briefwahl.

Auch von unserem Verband sind bei dieser Wahl Kandidaten angetreten. Wie auch bei der ÖPR-Wahl 2020 am ZSL gibt es eine gemeinsame Liste des Beamtenbundes/Tarifunion. Wir konnten immerhin 4 Kandidaten stellen und damit fast genauso viele wie der VBE. Drücken wir unseren Kandidaten die Daumen, dass sie möglichst viele Stimmen erhalten und die Fraktion des Beamtenbundes im kommenden Rat mit mehr Personen vertreten ist. Die Hoffnung darauf besteht auch dahingehend, dass es gelungen ist, auch eine Liste mit Angestellten zusammenstellen und einreichen zu können. Im neuen Gremium aus 11 Personalräten wird es 2 Angestelltenvertreter geben, sodass dies bei heiklen Fragen mitunter entscheidend sein kann.

Reguläre Personalratswahlen 2024

Am 18. Juni 2024 finden die regulären Personalratswahlen im außerschulischen Bereich statt. Neben den örtlichen Personalräten an den Seminaren und Schulämtern werden auch am IBBW und am ZSL neue ÖPR gewählt. Darüber hinaus finden BPR-Wahlen an den Regierungspräsidien und die Hauptpersonalratswahl asB am Kultusministerium statt. Durch die Gründung von IBBW und ZSL sowie dem erweiterten Beschäftigtenbegriff ergibt sich hiermit auch für unseren Verband die Chance, in einige dieser Gremien gewählt bzw. wiedergewählt zu werden. So werden wir, wiederum auf einer gemeinsamen Liste des Beamtenbundes, erstmalig auch Kandidaten für den HPR asB stellen können. Die vergangenen drei Jahre haben auch gezeigt, dass durch die Querschnittsaufgaben des ZSL auch dem dortigen ÖPR viele Fragestellungen vorgelegt werden müssen. Durch die nun exakter vorliegenden Beschäftigtendaten und damit rund 5500 Beschäftigten wird der ÖPR am ZSL ab dem 1. August 2024 aus 27 Mitgliedern bestehen. Für all diese Gremien werden neben den schon bereits gefundenen Kandidaten noch weitere Interessierte gesucht, die sich dort engagieren und kandidieren möchten. Das Wahlausschreiben ergeht bereits Ende Januar 2024, sodass beim Erscheinen dieses Heftes nur noch wenig Zeit bleibt, sich zu melden. Wer mehr über die Arbeit der Personalvertretungen im außerschulischen Bereich wissen möchte oder auch bereit wäre, für eine Personalvertretung zu kandidieren, meldet sich bitte umgehend per E-Mail unter

ausserschulisches@rlv-bw.de



Realschullehrerverband Baden-Württemberg

Der Fachverband für die Realschule



Wer sind wir?

Der Realschullehrerverband Baden-Württemberg (RLV) ist die Berufsorganisation der Lehrerinnen und Lehrer, die an staatlichen, kommunalen und privaten, eigenständigen Realschulen und Verbundschulen in Baden-Württemberg tätig sind. Seine Gründung reicht bis zum Beginn der 60er Jahre zurück. Der RLV arbeitet nach demokratischen Grundsätzen und ist parteipolitisch unabhängig.

Wir sind als **Fachverband der Realschule** Mitglied des Deutschen Beamtenbundes (DBB) und des Beamtenbundes Baden-Württemberg (BBW), so wie der Philologen-Verband (PhV) für die Gymnasiallehrer und der Berufsschullehrerverband (BLV) für die Beruflichen Schulen. Unsere weiteren Dachverbände sind der Verband Deutscher Realschullehrer (VDR) und der Deutsche Lehrerverband (DL).

Der Verband Deutscher Realschullehrer (VDR) – Verband der Lehrerinnen und Lehrer an Schulen im Sekundarbereich – ist der Dachverband der Lehrerverbände des Realschulwesens und verwandter Schulformen in den Bundesländern.

Er setzt sich für die Förderung und Weiterentwicklung eines vielfältig organisierten Schulwesens in der Sekundarstufe ein und widmet vor allem der bildungspolitischen Mitte, also den Mittleren Bildungsgängen und Perspektiven, sowohl für den beruflichen Einstieg als auch für studienorientierte Bildungsabschlüsse, seine besondere Aufmerksamkeit.

Dafür stehen wir

- Wir vom RLV sind die legitimierte Vertretung der Lehrerschaft an Realschulen im Hinblick auf Bildungsfragen, Beamtenrecht, Arbeitszeit und Besoldung.

- Wir vom RLV, als Mitglied des Deutschen Beamtenbundes (DBB), bekennen uns zu den Grundsätzen des Berufsbeamtentums.

- Wir vom RLV arbeiten für unsere Mitglieder im Verband Deutscher Realschullehrer (VDR) und im Deutschen Lehrerverband (DL), dem mitgliederstarken Verband auf Bundesebene.

- Wir kümmern uns ideologiefrei um unsere Schullart, egal ob als eigenständige Schule oder im Verbund. Bei allen Verordnungsentwürfen des Kultusministeriums haben wir ein Anhörungsrecht. Dieses nutzen wir selbstverständlich stets und aktiv.

- Wir sind bei allen Gesprächsrunden mit dem Kultusministerium dabei und thematisieren jeweils die realen Sorgen der Lehrerinnen und Lehrer. Diese kennen wir, denn unser Landesvorstand arbeitet ehrenamtlich und die Mitglieder stehen außerhalb ihrer Verbandstätigkeit mit beiden Beinen fest im Schulalltag, sei es als Lehrkraft oder als Schulleitung. Dadurch unterscheiden wir uns von den allermeisten Lehrerververtretungen im Land.

- Der RLV ist Sachwalter der Realschülerinnen und Realschüler in Baden-Württemberg und deren Interessen. Er beruft sich dabei auf Artikel 11 der Landesverfassung von Baden-Württemberg: „(1) Jeder junge Mensch hat ohne Rücksicht auf Herkunft oder wirtschaftliche Lage das Recht auf eine seiner Begabung entsprechende Erziehung und Ausbildung. (2) Das öffentliche Schulwesen ist nach diesem Grundsatz zu gestalten.“

- Wir treten deshalb für ein gegliedertes Schulwesen und die Erhaltung und Weiterentwicklung der Realschule als eine der tragenden Säulen des gegliederten Schulwesens ein. Wir sind der einzige Verband, welcher die Eigenständigkeit der Realschule in Baden-Württemberg konsequent verfolgt.

- Der RLV fordert eine verbindliche Grundschulempfehlung, welche die Kinder am Ende ihrer Grundschulzeit verbindlich einer für ihre Entwicklung erfolgsversprechenden, leistungsgerechten Schullart zuordnet. Unterschiedliche Kinder brauchen unterschiedliche Schullarten!

- Der RLV bekennt sich klar zur Leistung an Schulen. Die Realschule ist eine leistungsorientierte Schule. Dazu gehören weiterhin transparente Notenstufen.

- Der RLV wendet sich gegen die Ausbildung eines Einheitslehrers. Wir fordern einen eigenen Studiengang für das Lehramt an Realschulen, um die erfolgreiche Mischung aus Praxis und hoher Fachlichkeit an den Realschulen zu gewährleisten. Außerdem: Studierende sollen von Anfang an wissen, an welcher Schullart sie später unterrichten. Dies sehen wir als wichtigen Beitrag zur Steigerung der Attraktivität des Lehrerberufs.

- Der RLV gewährt seinen Mitgliedern kostenlose Rechtsberatung und Rechtsschutz über den Beamtenbund Baden-Württemberg (BBW) sowie Berufshaftpflichtversicherung.

- Wir vom RLV vertreten Ihre Interessen auf allen drei Ebenen der Personalvertretung, d. h. im Örtlichen Personalrat (ÖPR), Bezirkspersonalrat (BPR) und Hauptpersonalrat (HPR) beim Kultusministerium.





Schulstandort?

Die Bedeutung eines schulfreundlichen Schulträgers



Wie eine schulfreundliche Gemeinde und eine gemeindefreundliche Schule den Schulstandort sichern und zukunftsfähig gestalten.

Die Gemeinde Seelbach am Fuße des Schwarzwaldes liegt zwischen Offenburg und Freiburg im Schuttertal, etwa 7 km östlich von der Stadt Lahr. Ein kleines Städtchen mit knapp 5.000 Einwohnern beherbergt seit vielen Jahren ein großes Bildungszentrum mit Grundschule, Werkrealschule und Realschule. Genau dieses Bildungszentrum, das Geroldsecker Bildungszentrum, bedeutet mit seinen 660 Schülern und einer Zweizügigkeit in jeder Schulart (auch in WRS!) für die Gemeinde sehr viel. Bereits Ende der sechziger Jahre entschied sich die Gemeinde Seelbach dafür, eine „große Schule“ für das ganze Schuttertal zu bauen. Damals entschied man sich für das sogenannte „Markdorfer Modell“, eine Schule mit zwei eigenständigen Schulen – Grund- und Hauptschule und Realschule –, die miteinander unter einem Dach (in einem gemeinsamen Lehrerzimmer) kooperieren sollen, insbe-

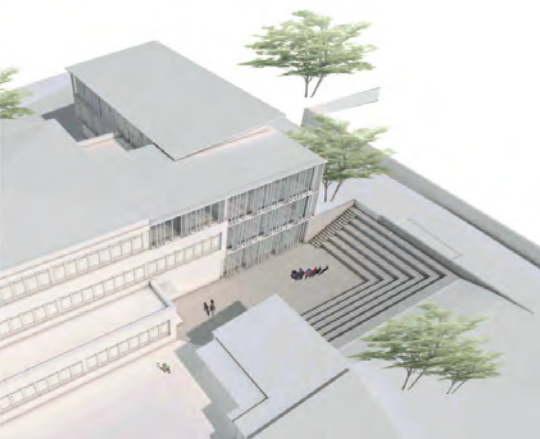
sondere in der Orientierungsstufe. So entstand 1972 das Kooperative Bildungszentrum Seelbach, welches Kinder von Klasse 1 bis 10 unterrichtet, die aus dem ganzen Schuttertal kamen. Rückblickend kann man sagen, in der Gründung des Kooperativen Bildungszentrums mit seiner Strahlkraft von Schweighausen bis Lahr ruht das Bewusstsein für einen starken Schulstandort für das gesamte Schuttertal. Über die Jahre gesehen, trugen immer wieder die jeweiligen Bürgermeister und Schulleiter ihren Anteil dazu bei, den Schulstandort Seelbach nicht aus den Augen zu verlieren. Auch heute, mit der Entscheidung des Seelbacher Gemeinderats vom Juli 2023, in den nächsten sechs Jahren ca. 9 Mio. (!) Euro in den Schulstandort zu investieren, zeigen beide Akteure, Schulträger und Schule, dass sie in der Tradition einer „schulfreundlichen Gemeinde und einer gemeindefreundlichen Schule“ stehen.

Als der derzeit amtierende Bürgermeister Thomas Schäfer vor 16 Jahren seinen Wahlkampf zur Bürgermeisterwahl antrat, war es ihm ein großes Anliegen, für eine

familienfreundliche Gemeinde zu sorgen. Zur Familienfreundlichkeit gehört immer auch ein gutes Bildungsangebot inklusive einer gut funktionierenden Betreuung. So wurde das gemeindeeigene Angebot der Grundschul-Betreuung intensiv ausgebaut, sowohl baulich als auch personell. Auch der Ausbau der Sekundarstufe hin zu einer Ganztageschule wurde intensiv vorbereitet und vom Schulträger vorangebracht. Und immer wurden die Entscheidungen einvernehmlich zwischen Bürgermeister/Gemeinderat und Schulleiter/Kollegium vorbereitet und gemeinsam getroffen. Voraussetzung dafür war und ist immer eine vertrauensvolle Zusammenarbeit – und zwar eine, die wirklich im alltäglichen Handeln sichtbar wird und nicht nur in „Sonntagsreden“ oder an Neujahrsempfängen zur Schau gestellt wird.

Ohne ein gewisses Grundvertrauen zwischen den Hauptakteuren geht so eine kontinuierliche Fokussierung auf den Schulstandort nicht, gerade für eine solch kleine Gemeinde. Natürlich muss auch bei jedem Akteur der persönliche Wille erkennbar sein.



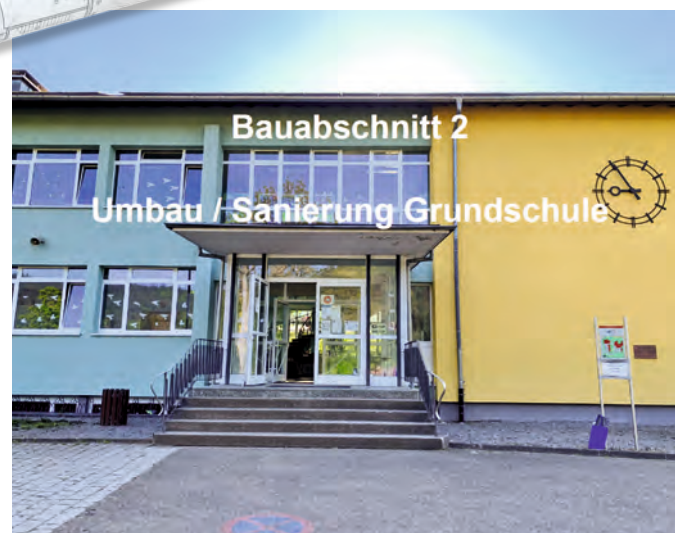
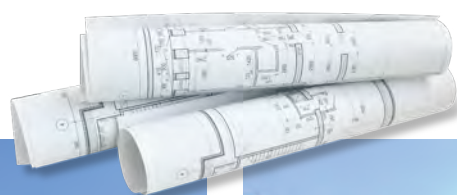


Perspektive West

Die aktuelle Planung sieht vor, an dem Hauptgebäude einen Erweiterungsbau anzubauen, um so den gestiegenen Platzbedarf im Sekundar-Schulbereich zu decken. Bei der Planung wird der neue Teil in den Kubus des bisherigen eingefügt, sodass es sich als eine Einheit darstellt. In einem zweiten Bauabschnitt soll die aus den Fünfziger Jahren stammende Grundschule einer grundsätzlichen Sanierung unterzogen werden. Auch hier wird versucht, in die bestehende Architektur nur dezent einzugreifen, um den Eindruck eines Campus zu erzeugen. Der Arbeitstitel des Bauprojekts heißt denn auch „Bildungscampus 2030“.

Die Botschaft des Arbeitstitels ist unmissverständlich auch ein Bekenntnis zum Schulstandort Seelbach. Entgegen den Prognosen durch die Geburtenzahlen aus dem Jahre 2014 konnten die Schülerzahlen und eine in jeder Schulart bestehende Zweizügigkeit erhalten bleiben. Damit dies gelingen konnte und weiterhin kann, kommen die Schüler der Sekundarstufe zunehmend aus der Raumschaft der Stadt Lahr.

Für die Gemeinde Seelbach bedeutet das Bildungszentrum einerseits eine Attraktivität für junge Familien und damit Zuzug, andererseits bringt sich die Schule aktiv in das Dorfleben mit ein und bekundet durch zahlreiche kulturelle Beteiligungen ihre der Gemeinde zugewandte Haltung (gemeindefreundliche Schule). Letztendlich profitieren beide: Gemeinde und Schule! Dieses Bewusstsein strahlt nach außen und sorgt für eine gesicherte Zukunft für den Schulstandort.



Aus den Fugen geraten

Das baden-württembergische Sekundarsystem nach 10 Jahren Gemeinschaftsschule

Vor rund einer Dekade wurde die Gemeinschaftsschule mit der Erwartung eingeführt, gleichsam das Ganze der Sekundarstufe abbilden zu können, insbesondere auch den gymnasialen Bildungsgang. Im Folgenden wird der Frage nachgegangen, in welcher Weise dieses Vorhaben tatsächlich gelungen und wie dasselbe in das Gesamt der aktuellen Sekundarstufe Baden-Württemberg einzuordnen ist.

1. Erwartungen

Am 12. Mai 2011 trat das Kabinett Kretschmann I ins Amt, um schon sieben Monate später das ambitionierte Unternehmen zu starten, die Sekundarschullandschaft in Baden-Württemberg umzukrempeln. Das Herzstück dieser Reform bildete die Einführung der Gemeinschaftsschule: „Unsere bildungspolitischen Ziele lassen sich in der Gemeinschaftsschule für alle Kinder bis Klasse 10 am besten erreichen“ (Koalitionsvertrag 2011). Der Unterschied zum vorherigen System: Es erfolgt im Übergang von der Grundschule auf die weiterführende Sekundarschule keine Trennung nach Schularart bzw. nach Leistung; die Gemeinschaftsschule erhebt den Anspruch, unter ihrem Dach jedem Leistungsniveau gerecht werden zu können. Dieses Unternehmen wurde mit nicht geringen Erwartungen in Angriff genommen: „Die Einführung dieses neuen Schultyps wird von Abgeordneten und der Presse als zentrales bildungspolitisches Projekt gewertet und ist zweifellos die weitreichendste strukturelle Veränderung in der Bildungspolitik des Landes seit Jahrzehnten“ (Kratzmeier 2013, S. 21). Die der neuen Koalition nahestehende GEW-Landesvorsitzende Doro Moritz verband mit der Einführung der Gemeinschaftsschule nichts weniger als einen „Paradigmenwechsel“: „Erstmals wird eine Schularart möglich, in der Kinder gemeinsam lernen“ (Moritz 2013, S. 7); und dies gerade in Baden-Württemberg, „in dem das gegliederte Schulsystem eine



Art Ewigkeitsgarantie zu haben schien“ (ebd.). Dafür hat auch die Exekutive Verantwortung übernommen: „Es findet nach der Grundschule keine Festlegung von später nur schwer zu korrigierenden Schullaufbahnentscheidungen statt“ (KM BW 2012). Das Kultusministerium führte hierzu in einer Handreichung als Wege auf: „individualisierte Lernformen, heterogene Lerngruppen ohne äußere Differenzierung, das Unterrichten aller Bildungsstandards (Haupt-, Sonder- und Realschulen, Gymnasium) [...] als konstitutive Merkmale einer Gemeinschaftsschule“ (ebd.). Es wurde also der Anspruch erhoben, alle Bildungsgänge der Sekundarstufe I in der neuen Schulform abbilden zu können. Was ist aus diesem Vorhaben nun geworden?

2. Datenlage

2.1. Schüleranteile

Im Schuljahr 2012/13 hob das Unternehmen Gemeinschaftsschule zunächst mit nur 42 Schulen an, um in den nächsten drei Jahren eine in der Tat beeindruckende Dynamik zu entfalten. Im Schuljahr 2015/16 waren aus diesen anfänglichen 42 Schulen nunmehr 280 Gemeinschaftsschulen geworden. Das Erstaunliche dabei: Der eigentliche Boom währte nur drei Jahre; bereits im vierten Jahr wurde die Sättigung fast schon erreicht, insofern bis heute lediglich noch 43 Schulen

dazugekommen sind, bis zur aktuellen Zahl von 323 Gemeinschaftsschulen. Der springende Punkt: Bei diesen Schulen handelt es sich überwiegend nicht um Neugründungen, sondern um Umwandlungen vorheriger Haupt-/Werkrealschulen in Gemeinschaftsschulen (Haase/Heugel 2022, S. 17). Dazu schreiben Haase/Heugel:

„Die weit verbreitete Übernahme des neuen pädagogischen Konzepts der Gemeinschaftsschule durch ehemalige Haupt-/Werkrealschulen spiegelt sich auch in der Verteilung der Schülerinnen und Schüler wider [...] Es zeigt sich, dass die Anteile der Gemeinschaftsschülerinnen und -schüler in ähnlichem Maße steigen, wie die der Haupt-/Werkrealschülerinnen und -schüler sinken. Summiert man die beiden Anteile, bleibt ihr Anteil an allen Schülerinnen und Schülern an weiterführenden Schulen nahezu unverändert auf einem Niveau von 22 %“ (Haase/Heugel 2022, S. 19). Man kann das noch einmal anders ausdrücken: Der Anteil der Haupt-/Werkrealschüler sank in den letzten 10 Jahren um 14,2 Prozentpunkte, während der Anteil der Gemeinschaftsschüler um 14,6 % stieg. Das heißt: Wenn selbstredend mit einem anderen pädagogischen Konzept, bei den Gemeinschaftsschulen handelt es sich im Großen und Ganzen nach wie vor um Haupt-/Werkrealschulen in einem neuen Design, die aber eben nicht mehr so heißen.

2.2. Übergänge von der Grundschule

Wenn man die aktuellen Übergangszahlen zum Schuljahr 2022/23 betrachtet, so fällt auf, dass die Gemeinschaftsschule die einzige Schulart ist, bei der der Anteil absolut stabil bleibt, also weder wächst noch schrumpft (KM BW 2023). Bei Hauptschule und Realschule sinken die Anteile (HS – 0,3 %; RS – 0,5 %), beim Gymnasium steigen sie erwartungsgemäß immer noch (+ 0,9 %; ebd.). Im Schuljahr 2022/23 sind 13,4 % der Schüler von der Grundschule auf die Gemeinschaftsschule übergegangen gegenüber 5,3 % Übergängen auf die Hauptschule, 33 % Übergängen auf die Realschule und 45 % Übergängen auf das Gymnasium (ebd.).

Von den Schülern, die auf die Gemeinschaftsschule übergegangen sind, haben 58,3 % eine Hauptschulempfehlung, 28,4 % eine Realschulempfehlung und 13,3 % eine Gymnasialempfehlung (KM BW 2023). Bei den Schülern, die auf die Realschule übergehen, haben 53,3 % eine Realschulempfehlung, 22,2 % eine Hauptschulempfehlung und 24,3 % eine Gymnasialempfehlung (ebd.). Das heißt: Die Realschule hat fast den doppelten Anteil von Schülern mit Gymnasialempfehlung wie die Gemeinschaftsschule. Das ist insofern erstaunlich, insofern den Gemeinschaftsschulen ausdrücklich gestattet ist, Schüler auf gymnasialem Niveau zu unterrichten und dort auch tatsächlich Studienräte eingesetzt werden, was an Realschulen völlig undenkbar wäre.

2.3. Gymnasiale Oberstufe

Bei den Realschulen käme niemand auf die Idee, für diese eine gymnasiale Oberstufe zu fordern. Dafür gibt es auch keinerlei Bedarf, weil leistungsfähige Realschüler seit Jahrzehnten zum Erlangen einer Hochschulzugangsberechtigung auf die beruflichen Gymnasien übergehen. Zehn der bestehenden Gemeinschaftsschulen im Lande führen inzwischen eine eigene gymnasiale Oberstufe. Die Einrichtung einer solchen

setzt allerdings die Mindestanzahl von 60 Schülern voraus, die schon vor dem 11. Schuljahr durchgängig auf „erweitertem“ Niveau unterrichtet worden sein müssen.

Die Zahlen der Schüler in den gymnasialen Oberstufen der Gemeinschaftsschulen sind niedrig. Im Schuljahr 2020/21 legten von insgesamt 44.085 Abiturienten 28.445 Absolventen an Allgemeinbildenden Gymnasien, 15.640 Absolventen an Beruflichen Gymnasien und lediglich 87 Abiturienten aus Gemeinschaftsschulen das Abitur ab (Statistisches Landesamt BW 2023a). Im Schuljahr 2021/22 befinden sich gerade mal 415 Schüler in ganz Baden-Württemberg in der 11. Jahrgangsstufe einer Gemeinschaftsschule, 189 in der 12. Jahrgangsstufe und 120 in der 13. Jahrgangsstufe (Statistisches Landesamt BW 2023b).

Zur Vergegenwärtigung der Relationen ein kleines Rechenspiel: Im Schuljahr 2022/23 konnten 13,3 % der Schüler, die auf eine Gemeinschaftsschule übergegangen sind, eine Gymnasialempfehlung vorweisen, also 13,3 % von 13,4 % (Anteil der Übergänge auf die Gemeinschaftsschule überhaupt – KM BW 2023). Anders ausgedrückt: Von 100 Viertklässlern gehen rein arithmetisch 1,7 Schüler mit Gymnasialempfehlung auf eine Gemeinschaftsschule über, also etwas mehr als jeder Sechzigste. Rechnet man dieses Ausgangsszenario auf die notwendige Anzahl von 60 Schülern hoch, also etwa 60 mal 60, so müsste die Jahrgangsstärke einer Klassenstufe bei etwa 3.600 Schülern liegen, um daraus eine gymnasiale Oberstufe gewinnen zu können. Angesichts dieser Relationen müsste sich die Frage nach der gymnasialen Oberstufe für die Gemeinschaftsschulen eigentlich erübrigt haben. Gleichwohl: Die amtierende Landesvorsitzende Lena Schwelling von „Bündnis 90/Die Grünen Baden-Württemberg“ gewahrt gerade in diesem Element den entscheidenden Hebel, um „Schule neu zu denken“: „Die Gemeinschaftsschule, so wie wir sie uns

vorstellen, funktioniert aber nur dort, wo sie eine gymnasiale Oberstufe hat“ (Schwelling 2023).

2.4. Leistungen

Haase/Heugel haben errechnet bzw. modelliert („fiktive Kohorte“, vgl. Haase/Heugel 2022, S. 24 f.), dass signifikant mehr Schüler die Gemeinschaftsschule mit einem mittleren Bildungsabschluss verlassen, als dies von den ursprünglichen Grundschulempfehlungen aus zu erwarten gewesen wäre: „Dies deutet darauf hin, dass das pädagogische Konzept der Gemeinschaftsschule einigen Schülerinnen und Schülern hilft, ihr schulisches Potential auszuschöpfen und den für sie bestmöglichen Abschluss zu erreichen“ (ebd., S. 25). Verhält sich das tatsächlich so? Ein präzises Bild im Hinblick auf die Leistungen ergeben die VERA-Tests (IBBW 2022). Wir betrachten im Folgenden exemplarisch die Leistungen in Orthographie und Mathematik. Im Bereich Orthographie liegen unter dem Mindeststandard Mittlerer Schulabschluss (= Kompetenzstufe II – IBBW 2022, S. 12): 61 % der Hauptschüler, 45 % der Gemeinschaftsschüler, 18 % der Realschüler und 2 % der Gymnasiasten; den Mindeststandard übertreffen 10 % der Hauptschüler, 20 % der Gemeinschaftsschüler, 43 % der Realschüler und 88 % der Gymnasiasten (IBBW 2022, S. 3). Im Bereich Mathematik liegen unter dem Mindeststandard: 79 % der Hauptschüler, 64 % der Gemeinschaftsschüler, 39 % der Realschüler und 3 % der Gymnasiasten (IBBW 2022, S. 6); den Mindeststandard übertreffen 6 % der Hauptschüler, 14 % der Gemeinschaftsschüler, 29 % der Realschüler und 82 % der Gymnasiasten (ebd.). Dieser kurze Blick auf die Leistungen ergibt ein klares Bild. Die Schularten repräsentieren exakt unterscheidbare Leistungsniveaus, das Bild ist in sich noch einmal zweigeteilt: Das Gymnasium auf der einen Seite als Oberhaus und die nichtgymnasialen Bildungsgänge auf der anderen Seite



Aus den Fugen geraten

Das baden-württembergische Sekundarsystem nach 10 Jahren Gemeinschaftsschule

als Unterhaus. Das Unterhaus hat freilich drei Etagen, die exakt so angeordnet sind, wie man das eigentlich auch erwarten würde: ganz unten die Hauptschule, in der Mitte die Gemeinschaftsschule und oben die Realschule. Dabei liegt die Gemeinschaftsschule eher näher an der Hauptschule als an der Realschule. Der Abstand der Realschule zum Gymnasium ist aber größer, als man das von der Schulart der „Mitte“ eigentlich erwarten müsste.

3. Widersprüche

Die Kommentierung der damaligen GEW-Landesvorsitzenden Doro Moritz, erstmals werde eine Schule möglich, in der (alle) Kinder „gemeinsam“ unterrichtet werden, birgt in sich mehrere Widersprüche. Zunächst gibt es diese Schule in Gestalt der Grundschule schon längst; insofern handelt es sich bei der Gemeinschaftsschule phänotypisch zunächst um nichts anderes als um eine verlängerte Grundschule. So einfach kann das aber dann doch nicht sein, sonst hätte man die Grundschule immer schon verlängert. Schule kommt bekanntlich auch eine Allokationsfunktion zu, sie muss auch differenzieren und den Schülern eine Rückmeldung dahingehend geben, wohin die Reise in die Erwachsenenwelt gehen könnte. Und in unserer modernen komplexen Welt kann es eben nicht nur den einen Weg, sondern muss es derer sehr viele geben.

Dass es sich also doch nicht so einfach verhält, wird auch in der Gemeinschaftsschule dadurch abgebildet, dass auch sie nicht umhinkommt, die Schüler den drei amtlichen Leistungsniveaus zuordnen zu müssen. Die unumgängliche Differenzierung erfolgt dann überwiegend in der Weise, dass die Schüler in einem hohen Maße individuell „binnendifferenziert“ arbeiten, also jeder vereinzelt für sich. Als interessierter Zeitgenosse fragt man sich dann aber schon: Wo findet das „gemeinsame“ Lernen in der sog. „Gemeinschaftsschule“ denn eigentlich statt?

Wenn als Argument gegen die Aufteilung auf verschiedene Leistungsniveaus nach der vierten Jahrgangsstufe immer wieder die begrenzte Prognosesicherheit der ausgesprochenen Grundschulempfehlungen in Anschlag gebracht wird, so überrascht, wie exakt die per VERA ermittelten Leistungsstände doch das Bild wiedergeben, das sich von den Grundschulempfehlungen her bereits erwarten lässt. In die Gemeinschaftsschule tritt eine zu 60 % mit Hauptschulempfehlung versehene Schülerschaft ein; erwartungsgemäß liegen die Leistungen in der achten Jahrgangsstufe auch über jenen der Hauptschule, aber doch wiederum unter jenen der Realschule. Dabei fällt allerdings auf, dass die von Haase/Heugel per Modellierung ermittelte höhere Aussicht („fiktive Kohorte“), trotz ehemals individuell ausgesprochener Hauptschulempfehlung doch einen mittleren Bildungsabschluss zu erlangen, durch die VERA-Resultate nicht gedeckt wird. Hier stellen sich Fragen.

Analog verhält es sich bei den Umständen um die Entstehung schuleigener gymnasialer Oberstufen. Da die Übergänge von der Grundschule aus mit Gymnasialempfehlung so selten sind – im arithmetischen Mittel lediglich 1,7 von 100 Viertklässlern –, ist es de facto schon rein quantitativ so gut wie unmöglich, in den höheren Jahrgang-

stufen der Sekundarstufe I stabile Gruppen mit mindestens 60 Schülern zu bilden, die durchgängig auf dem erweiterten Niveau unterrichtet werden können.

Zu den Leistungen (vgl. IBBW 2022): Die Realschule als Repräsentantin des mittleren Leistungssegments müsste näher beim Gymnasium liegen, das Gefälle ist zu groß. Wie kann es denn sein, dass in der Schulart mit den höchsten Leistungsansprüchen noch in der 8. Jahrgangsstufe Schüler anzutreffen sind, die mit einem Anteil von 13 % in Orthographie, 18 % in Mathematik nicht einmal den Regelstandard Mittlerer Schulabschluss (= Kompetenzstufe III – IBBW 2022, S. 12) erreichen, und nur etwa die Hälfte diesen übertrifft – 48 % in Orthographie / 56 % in Mathematik (vgl. IBBW 2022, S. 3 und 6)? Also: In Orthographie erreichen nicht oder gerade einmal 53 % der Gymnasiasten den Regelstandard Mittlerer Schulabschluss, in Mathematik 44 %. Das Missverhältnis ist nicht zu übersehen: Ca. die Hälfte der sog. Gymnasiasten weilt in der falschen Schulart und zwar nach den hier anzunehmend sehr moderat angelegten Kriterien. Dessen ungeachtet ist davon auszugehen, dass der größte Anteil dieser Achtklässler dereinst mal das „Abitur“ erlangen wird. Von dem ehemaligen Goldstandard des deutschen Bildungsbürgertums ist also nur noch der Name geblieben.



4. Rückkopplungseffekte

Wie vor zehn Jahren seitens der Kommentatoren zustimmend oder auch ablehnend, insgesamt aber zutreffend bemerkt wurde, hat die Einführung der Gemeinschaftsschule das baden-württembergische Sekundarschulsystem verändert: Aus einem bislang noch ansatzweise konsequent dreigliedrigen System wurde vollends ein Mischsystem. Die Konsequenz war aber bereits durch die in den frühen 1990er Jahren eingeführte Werkrealschule durchbrochen worden, insofern sie innerhalb einer Schulorganisationsform zwei Abschlüsse gestattet und damit unter einem Dach zwei Bildungsgänge offeriert. Exakt andersherum hat das Kultusministerium parallel hierzu während der Amtszeit des Kabinetts Kretschmann I den Realschulen auferlegt, nunmehr ebenfalls zwei Abschlüsse offerieren und zugleich auch auf zwei Niveaustufen unterrichten zu müssen (vgl. KM BW 2021). Parallel dazu wird eine Schulart eingeführt – die Gemeinschaftsschule – die prinzipiell als „Vollsortimenter“ alle Bildungsgänge anbietet. Davon unberührt existiert das Gymnasium zumindest dem Namen nach weiter. Das heißt: Aus einem bis in die frühen 1990er Jahre konsequent dreigliedrigen ist innerhalb von drei Jahrzehnten ein komplexes Mischsystem mit aufwendigen Parallelstrukturen geworden.

Diese strukturellen Veränderungen bedeuten für sich genommen zunächst noch gar nichts. Mit der Gemeinschaftsschule wurden aber auch Elemente eingeführt, welche das Leistungsprinzip zumindest aufweichen (vgl. Burchardt 2015): Aussetzen von Ziffernoten, Abschaffung der Nichtversetzung („Sitzenbleiben“), Abschaffung der Verbindlichkeit der Grundschulempfehlung. Des Weiteren wurde auch Realschulen nahegelegt, Elemente der binnendifferenzierenden Didaktik zu übernehmen, was auch breit wahrgenommen wurde. All diese Maßnahmen bewirken sehr wohl eine Abnahme der Leistungsanforderungen,

was sich indirekt über die Zunahme in den formal höherwertigen Bildungsgängen nachweisen lässt.

Man muss die soeben angedeuteten Maßnahmen daher in eine Relation zu den Schüleranteilen setzen, wie diese sich auf die verschiedenen Bildungsgänge verteilen. Im Schuljahr 1997/98 wiesen die jeweiligen Schularten bzw. Bildungsgänge in BW noch die folgenden Anteile in der achten Jahrgangsstufe auf: Hauptschule 37,6 %, Realschule 32,6 %, Gymnasium 29,6 % (vgl. Fees 1999, S. 44). Die Hauptschule war damals tatsächlich noch eine solche, die Realschule noch die faktische Mittelschule, die also tatsächlich das mittlere Leistungssegment repräsentiert hat.

Wie hat sich die Lage ein Vierteljahrhundert später verändert? Um diesbezüglich einen klaren Eindruck zu gewinnen, reicht der Blick auf eine einzige Zahl der jüngst ausgesprochenen Grundschulempfehlungen (vgl. KM BW 2023): Zum Schuljahr 2022/23 haben 51,4 % der Viertklässler eine Gymnasialempfehlung erhalten. Dazu kann sich jeder kritische Beobachter hinsichtlich seiner/ihrer Meinung positionieren, wie er/sie will; unabhängig von der jeweils individuellen Befindlichkeit stellt sich damit aber ein logisches Problem ein, über dessen Wahrheitsgehalt eben nicht mehr diskutiert werden kann: Es ist bereits rein logisch nicht möglich, dass bei einer Einteilung in G-, M- und E-Niveau die Mehrheit der Schüler dem „erweiterten Niveau“ angehören kann, sondern die Mehrheit muss sich denotwendig diesseits des höchsten Niveaus befinden. Nach Gauß beginnt das mittlere Niveau oberhalb von 16 Prozent, die Domäne der Studienräte kann sich logisch maximal auf die leistungsstärksten 20 Prozent erstrecken, das war in Baden-Württemberg zuletzt in den 1970er Jahren noch der Fall. Nach Gauß („Gaußsche Normalverteilung“) müsste die Leistungsmittelpunkt auch exakt mittig in den Anteilen zu finden sein; mehr oder weniger so, wie die Verteilung in den 1990er Jahren noch gewesen ist. Das



mittlere Niveau wird hergebracht durch die Mittel- bzw. Realschule bzw. repräsentiert bzw. muss denotwendig durch Mittel-/ Realschule bzw. den mittleren Bildungsgang repräsentiert werden, ansonsten ist das System umgekippt. Letzteres ist leider exakt die Lage, wie sie nun gegeben ist.

Also: Das baden-württembergische Schulsystem ist, ob mit oder ohne Gemeinschaftsschule, völlig aus den Fugen geraten. Den vorderen Rang, den Baden-Württemberg bei PISA I im Jahre 2000 erreicht hatte (vgl. Deutsches PISA Konsortium 2002), erreichte das Land auf der Grundlage jener Verteilung, wie sie eben in den späten 1990er Jahren noch gegeben war. Seitdem, also schon seit den Nuller Jahren, hat Baden-Württemberg hinsichtlich seiner Schulleistungen kontinuierlich an Terrain verloren; seit der Übernahme der Amtsgeschäfte durch die drei Kabinette Kretschmann befinden sich die Schulleistungen im freien Fall.



Aus den Fugen geraten

Das baden-württembergische Sekundarsystem nach 10 Jahren Gemeinschaftsschule

5. Zusammenfassung

In welcher Weise haben sich also die Erwartungen hinsichtlich des ursprünglich erwarteten „Paradigmenwechsels“ erfüllt? Die Gemeinschaftsschule hat keineswegs grundstürzend die baden-württembergische Schullandschaft revolutioniert. Dies liegt im Wesentlichen an der zurückhaltenden Nachfrage. Offenbar vertrauen die Eltern den hergebrachten Wegen der Sekundarstufe I doch mehr, als dies von den politisch Verantwortlichen vor zehn Jahren eingeschätzt wurde.

Die Übergänge auf die Gemeinschaftsschule haben sich zügig bei etwa 13 – 14 % eines Jahrgangs eingependelt. Das ist etwa jeder siebte Grundschüler. Zu etwa 60 % handelt es sich hierbei um Viertklässler mit Hauptschulempfehlung. Funktional, also unter Berücksichtigung der Übergänge von der Grundschule wie auch der ermittelten Leistungsstände aus, lässt sich die baden-württembergische Gemeinschaftsschule zehn Jahre nach ihrer Einführung als eine optional aufgewertete Variante der Haupt-/Werkrealschule einordnen, deren maßgeblicher Vorzug vor allem wohl darin liegt, dass sie eben nicht mehr „Hauptschule“ heißt. Ihr größtes Verdienst liegt dann wohl weniger in der pädagogischen Leistung als in dem atmosphärischen Umstand, dass sie den endlosen politischen Streit um das untere Glied des dreigliedrigen Systems beendet hat. Wurde und wird schon allein die Existenz der Hauptschule von bestimmten politischen Kräften als Provokation angesehen, hat hier die Einführung der Gemeinschaftsschule doch zu einer gewissen Beruhigung beigetragen.

Was die Implementierung des gymnasialen Bildungsgangs in die Gemeinschaftsschule anbelangt, so haben das die Eltern entschieden: Die Übergänge gymnasial-empfohlener Grundschüler ereignen sich in solch einer niedrigen Größenordnung, dass diese wenigen Übergänge auf die Gestaltung der Gemeinschaftsschulen kaum Einfluss nehmen können. Vor diesem

Hintergrund stellt sich dann viel mehr die Frage, wie man darauf kommen kann, die Gemeinschaftsschule mit gymnasialer Oberstufe als Flaggschiff einer erneuten Schulreform betrachten zu wollen (vgl. Schwellung 2023); und des Weiteren: Wie sind in den wenigen Einrichtungen mit gymnasialer Oberstufe die erforderlichen Mindestgrößen überhaupt zustande gekommen? Auch die hinsichtlich des Erreichens des mittleren Bildungsabschlusses feststellbaren Leistungssprünge fallen ins Auge und werden bei den VERA-Testungen (vgl. IBBW 2022) keineswegs abgebildet.

Gleichwohl: die Gemeinschaftsschule hat sich als optional aufgewertete Variante der Haupt-/Werkrealschule mehr oder weniger geräuschlos in das bisherige Sekundarsystem eingefügt und damit für sich genommen auch bewährt.

Allerdings: Erweitert man den Blick auf das Ganze der Sekundarstufe, so muss man eine gewaltige Schiefelage konstatieren. Die immer größer werdende Bildungsbeteiligung, also das Phänomen, dass die Anteile in den höheren Bildungsgängen immer weiterwachsen, kann ja nur dadurch erreicht werden, dass die Anforderungen umgekehrt proportional dazu sinken. Die Einführung der Gemeinschaftsschule hat diesbezüglich sehr wohl zu negativ verstärkenden Rückkopplungseffekten geführt und als Katalysator für den längst schon zuvor eingesetzten, aber eben nach 2011 voll durchgeschlagenen, Leistungsabfall gewirkt. So sind offenbar die Noten und die Abschlüsse immer besser geworden, aber mitnichten die Leistungen.

Der mittlere Bildungsgang muss dem Wortsinne nach das mittlere, das breiteste Leistungssegment abbilden; wenn jüngst allerdings 51,4 % der Viertklässler eine Empfehlung für den „erweiterten“ Bildungsgang erhalten haben, dann ist das System völlig offensichtlich und nicht mehr zu übersehen aus den Fugen geraten.

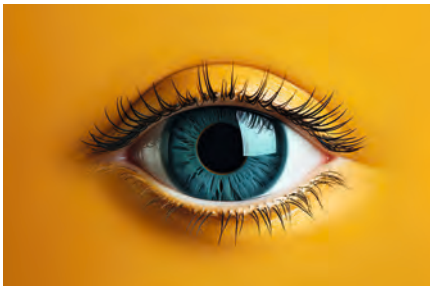
Dass ein viel zu hoher Anteil von Schülern die Mindestanforderungen nicht erreicht,

kann noch mit den hinlänglich bekannten, seit Jahrzehnten beklagten und auch nur schwer abzumildernden Ursachen wie ungünstiger sozialer Herkunft, bildungsfernen Milieus, Migration etc. erklärt werden. Dass allerdings im formal oberen und obersten Leistungssegment die heutigen Abiturienten, deren Jahrgangsteile wie Lebenskommoditäten mittlerweile alles übertreffen, was vor wenigen Jahrzehnten noch vorstellbar war, etwa im Fach Mathematik nicht einmal ansatzweise mehr den Anforderungen der Mathematikprüfung Mittlere Reife von 1971, Baden-Württemberg, also der damaligen Realschulabschlussprüfung (vgl. Hornschuh 1972) gewachsen wären, das ist nur noch beschämend. Hier greift der gegenseitige Ausschluss von Qualität und Quantität, und so kommt die Wahrheit ans Licht.

Mit Blick auf den aktuellen Zustand der baden-württembergischen Sekundarschule: Die Gemeinschaftsschule für sich tangiert das Systemganze kaum; ihr Beitrag seit ihrer Gründung auf das Systemganze bestand aber darin, als Katalysator für einen schon längst zuvor eingetretenen Qualitätsverlust zu wirken. Dieser kommt maßgeblich durch die schwachen Schulleistungen quer durch alle Gliederungen zum Ausdruck, gerade auch in den formal höchsten Segmenten. Das niedrige Leistungsniveau, die didaktische Ineffizienz, das ist das zentrale Problem der Schule.

6. Ausblick

Die schwachen Leistungen haben das Schulsystem BW bislang noch nicht ins Wanken gebracht, weil selbige durch ständige Absenkung der Anforderungen, immer mildere Noten und immer höhere Gymnasiasten- und Abiturientenquoten, kaschiert werden und auf diese Weise das Wahlvolk bei Stimmung gehalten wird. Allerdings verliert die Schule damit zwangsläufig nach und nach ihre maßgebliche Funktion – die Sicherung eines belastbaren formalen Wissens und Könnens für die



nachwachsende Generation –, das Land BW unverzichtbare, nicht mehr einholbare kognitiv-kulturelle Ressourcen und der Lehrerberuf seine professionelle Substanz. Durch Letzteres schwindet die Attraktivität der Schule als Arbeitgeber. Das ist ihre Achillesferse, und daran wird der Schuldienst auch zerbrechen: Ein Realschullehrer, von Hause aus Didaktik-Experte für das mittlere Niveau, will weder Sozialarbeiter noch Lernbegleiter sein, sondern unterrichten! Der Personalschwund hat schon längst eingesetzt; die Schule wird sich in Folge des immer größer werdenden Mangels an qualifiziertem Nachwuchs solch teure Parallelstrukturen wie Werkrealschule, Gemeinschaftsschule, gymnasiale Oberstufe an der Gemeinschaftsschule bald nicht mehr leisten können. Langfristig läuft das auf Deprofessionalisierung hinaus, auf das Verschwinden des vermeintlich so stabilen Lebensberufs Lehrer zugunsten von Einsteigern aller Art – wer sich noch traut, der darf –, auf eine Spaltung der Schule in eine allgemein zugängliche öffentliche Notversorgung, also eher Aufbewahrung als Unterrichtung, auf der einen Seite und in eine abgeschottete private, nachfrageorientierte Versorgung mit reichhaltigem Angebot auf der anderen Seite. Und so bleibt der Politik nur noch die Wahl zwischen Skylla und Charybdis: noch mehr intellektuelle Entleerung der Schule mit großer Zustimmung beim breiten Wahlvolk, bei gleichzeitiger Abwanderung der Eliten, oder der Versuch einer Rückkehr zur Leistungsschule mit dem Risiko des Machtverlusts.

Literatur

- Burchardt, M.: Verabschiedet sich der Südwesten vom Leistungsprinzip? In: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 23.04.2015, S. 6.
- Fees, K.: Die Realschule. Bildungsangebot, Organisationsweisen, Statistik. In: Rekus, J. (Hg.): Die Realschule, Alltag, Reform, Geschichte, Theorie, Weinheim und München 1999, S. 33 – 49.
- Deutsches PISA-Konsortium 2002 (Hg.): PISA 2000 – Die Länder der Bundesrepublik Deutschland im Vergleich, Opladen 2002.
- Haase, B./Heugel, Ph.: 10 Jahre Gemeinschaftsschule in Baden-Württemberg – ein Zwischenfazit. In: Statistisches Monatsheft Baden-Württemberg, Heft 10/2022, S. 17 – 25.
- Hornschuh, H.-D.: Mathematische Aufgabensammlung für Abschlussklassen an Realschulen, Stuttgart 1972.
- IBBW – Institut für Bildungsanalysen Baden-Württemberg: VERA 8 – 2022 in Baden-Württemberg. Monitoring Report, Stuttgart, Juli 2022.
- KMBW – Kultusministerium Baden-Württemberg: Handreichung zur Beantragung einer Gemeinschaftsschule, Stuttgart 2012.
- KMBW – Kultusministerium Baden-Württemberg: Die Realschule – eine leistungsstarke Schularart, Februar 2021.
- KMBW – Kultusministerium Baden-Württemberg: Pressemitteilung Nr. 11/2023 v. 21. Februar 2023.
- Koalitionsvertrag zwischen BÜNDNIS90 / DIE GRÜNEN und der SPD Baden-Württemberg: Der Wechsel beginnt. Baden-Württemberg 2011 – 2016, Unterzeichnet Stuttgart, 9. Mai 2011.
- Kratzmeier, U.: Die Einführung der Gemeinschaftsschule in Baden-Württemberg. In: Bohl, Th. / Meissner, S. (Hg.): Expertise Gemeinschaftsschule. Forschungsergebnisse und Handlungsempfehlungen für Baden-Württemberg, Weinheim und Basel 2013, S. 19 – 30.
- Moritz, D.: Vorwort. In: Bohl, Th. / Meissner, S. (Hg.): Expertise Gemeinschaftsschule. Forschungsergebnisse und Handlungsempfehlungen für Baden-Württemberg, Weinheim und Basel 2013, S. 7.
- Statistisches Landesamt Baden-Württemberg (2023a): Abiturienten nach Schularten, 1970 – 2021. <https://www.statistik-bw.de/BildungKultur/SchulenAllgem/LRt0302.jsp>. Abruf: 03.04.2023.
- Statistisches Landesamt Baden-Württemberg (2023b): Schüler je Klassenstufe seit 1987/88 nach Schularten. 2023: <https://www.statistik-bw.de/BildungKultur/SchulenAllgem/1301530x.tab?R=LA>. Abruf: 03.04.2023.
- Schwellung, L.: „Wir müssen Schule neu denken“. In: Badische Zeitung, 04.03.2023.



Prof. Dr. Konrad Fees



Ende einer Ära

Jürgen Böhm zum Staatssekretär in Sachsen-Anhalt ernannt

Von Ralf Merkle



Am 11. Juli 2023 wurde der langjährige Bundesvorsitzende des VDR, Jürgen Böhm, von Ministerpräsident Dr. Reiner Haseloff zum Staatssekretär im Ministerium für Bildung ernannt. Damit wechselte unser Bundesvorsitzender von der Verbandsarbeit in die Bildungspolitik des Landes Sachsen-Anhalt.

Die Berufung zum Staatssekretär sei für ihn eine neue Herausforderung, der er sich gerne stellen und intensiv widmen werde, so Jürgen Böhm in einer Stellungnahme. Mit Dankbarkeit nehme er Abschied vom Bundesvorsitz. „Dass man nach 13 Jahren Bundesvorsitz mit Wehmut auf seine Verbandsarbeit zurückblickt, ist sicher verständlich. Ich habe mich mit Herzblut für meine Kolleginnen und Kollegen eingesetzt und deren Belange vertreten“, so Jürgen Böhm.

Jürgen Böhm war seit 2010 Bundesvorsitzender des Deutschen Realschullehrerverbandes. In dieser Zeit hat der den Verband maßgeblich geprägt und den Realschulen bundesweit Aufmerksamkeit verliehen. Unermüdlich kämpfte er dafür, dass man die mittleren Bildungsabschlüsse in Deutschland als gleichwertigen

Abschluss zum Abitur ansieht. Nur mit den Realschülerinnen und Realschülern sei, so seine Überzeugung, der Fachkräftemangel zu überwinden und der Wirtschaftsstandort Deutschland zu erhalten.

Als Diplomallehrer für die Fächer Deutsch und Geschichte kam der gebürtige Thüringer nach seinem Referendariat nach Bayern, wo er schließlich als Gründungsrektor die staatliche Realschule Arnstorf leitete. Er verließ diese Schule 2018, um sich gänzlich der Verbandsarbeit zu widmen. Weitere Funktionen bekleidete Böhm als stellvertretender Bundesvorsitz des Deutschen Beamtenbundes und Tarifunion (dbb), als Vorstandsmitglied im Didacta-Verband, als Mitglied im Vorstand des Bündnisses für Ökonomische Bildung Deutschland (BÖB) und als Vizepräsident des Deutschen Lehrerverbands (DL).



Der Realschullehrerverband Baden-Württemberg verliert mit dem Wechsel von Jürgen Böhm in die Bildungspolitik einen engen Vertrauten, der auch in unserem Bundesland sehr aktiv war. Immer bereit, in jeglicher Art und Weise mit uns für die Realschule in unserem Land zu kämpfen. Der „Süddeutsche Realschultag“, der in diesem Jahr zum sechsten Mal stattfand, geht maßgeblich auf seine Initiative zurück. Damit sollten die beiden starken Realschulländer Bayern und Baden-Württemberg gestärkt werden. Vor allem seit Grün-Rot in der baden-württembergischen Realschule ein „Auslaufmodell“ sah und kräftig daran arbeitete, diese Schulart systematisch zu zerstören.

Jürgen Böhm wird mit seiner Präsenz und Expertise ein großer Gewinn für Sachsen-Anhalt sein.



WIR SAGEN
DANKE



Geburtstage

2. Halbjahr 2023 · Wir gratulieren ...

den 70-jährigen:

Heinz Mayer, Ulm-Wiblingen
Brigitte Heymann, Heilbronn
Friedrich Susami, Vaihingen/Enz
Rainer Stoll, Lehensteinsfeld
Gisela Gebhardt, Heidenheim
Dietmar Pietsch, Schlaitdorf

den 75-jährigen:

Irmgard Reiny, Schwäbisch Hall
Horst Weible, Jestetten
Elisabeth Balkheimer, Ulm-Söflingen
Gisela Fankel, Weinheim

den 80-jährigen:

Gudrun Bergdolt, Sinsheim
Kurt Petri, Östringen
Reiner Schüle, Freiburg-Zähringen
Uwe Makowski, Talheim
Dieter Pape, Veringenstadt

den 85-jährigen:

Lothar Gerber, Wellendingen
Hubert Zimmermann, Bühlertal 1
Jürgen Tröger, Heidelberg
Jürgen Adam, Weikersheim

unseren hochbetragen
Mitgliedern:

Else Leize, Mannheim, **zum 90. Geburtstag**
Andreas Gückel, Mühlingen-Gallmannsweil, **zum 90. Geburtstag**
Klaus Voigt, Ettlingen 5, **zum 91. Geburtstag**
Eduard Rebmann, Horb-Nordst, **zum 93. Geburtstag**
Manfred Weber, Salach, **zum 93. Geburtstag**
Herbert Frankfurth, Seelbach, **zum 95. Geburtstag**
Walter Lehmann, Nürtingen, **zum 96. Geburtstag**
Irmgard Bredschneider, Graben-Neudorf, **zum 102. Geburtstag**

Es gibt zwei Arten
sein Leben zu leben:
entweder so, als wäre
nichts ein Wunder, oder so,
als wäre alles eines.

Albert Einstein (1879-1955)



Ehrungen

2. Halbjahr 2023

30 Jahre im Verband

Elisabeth Kalisch, Heilbronn
Herbert Winkler, Gammertingen

40 Jahre im Verband

Herbert Fieber, Rastatt
Horst Palm, Langenau
Dietrich Berger, Schwanau

50 Jahre
ein halbes Jahrhundert RLV-Mitglied

Gisela Fankel, Weinheim
Dieter Pape, Veringenstadt
Hedwig Pape, Veringenstadt

**UNVERFÄLSCHTES UND
EINMALIGES PROFIL?**

Wir sorgen für eine
aussagekräftige
Corporate Identity!

Konzepte · Fotos · Print · Medien

Keplerstraße 13 · 72250 Freudenstadt · Tel.: 07441/8857-0 · seeger-werbung.de

seegerwerbung



Außerschulischer Lernort

London

Von Andreas Kuhn

Eine Studienfahrt ins Vereinigte Königreich nach dem Brexit – geht das überhaupt noch so problemlos?

Vor dieser Frage stehen sicherlich viele Kolleginnen und Kollegen, wenn sie sich überlegen, mit ihrer Abschlussklasse nach London (oder an andere Orte in Großbritannien) zu fahren.

Um die Antwort hier vorab zu geben: Jein!

Sicherlich waren Reisen nach Großbritannien vor dem Brexit einfacher – mit etwas „Vorlauf“ und gutem Willen ist das aber auch heute noch möglich.

Meine Ausführungen beziehen sich auf die Rechtslage im Oktober 2023, Änderungen (vor allem beim Grenzübergang) sind natürlich nicht ausgeschlossen!

Was hat sich bei der Einreise (nach dem Brexit) nun im Vergleich zu „davor“ verändert?

1. Teilnehmer benötigen einen (EU-) Reisepass
2. Personen, die keinen EU-Reisepass haben, benötigen ein Touristenvisum
3. Man sollte sich bei seinem Netzbetreiber erkundigen, ob ggf. Roaming-Gebühren anfallen werden

Meine erste Studienreise mit einer Abschlussklasse nach London führte ich im Herbst 2002 durch; meine (bisher) letzte nach London im Herbst 2023.



Da jede Schülergruppe (und auch jede Lehrkraft!) andere Interessen hat – und deshalb vermutlich auch andere Sehenswürdigkeiten besichtigen will – werden meine „Tipps“ auch eher (mit ein paar Ausnahmen) allgemeiner Art sein:

- Fliegen ist besser als Busfahren, die Kosten für beide Verkehrsmittel sind in etwa gleich hoch (STR – LHR – STR mit Eurowings)
- Wenn die Schüler/innen bei Gastfamilien untergebracht sind, haben die Lehrkräfte abends (im Regelfall) „frei“ und zusätzlich haben die Schülerinnen und Schüler die Möglichkeit, mit ihren jeweiligen Gastfamilien Englisch zu sprechen und mehr über die Kultur zu lernen.
- Für die Schüler/innen nur HP buchen, sie können sich in den zahlreichen Supermärkten günstiger (und oft besser!) selbst versorgen als mit den Lunchpaketen ihrer Gastgeber.
- Über die Reiseveranstalter (z. B. CTS, Märkische Schülerreisen oder SET) nur die Übernachtungen und die Travel-Cards buchen, die Eintrittskarten zu den Sehenswürdigkeiten „direkt“ online über deren Website reservieren (im Regelfall günstiger als über die Reiseveranstalter)
- Vor allem beim Tower of London ist ein „Educational Visit“ recht preiswert zu bekommen

- Wenn man Glück hat, ist zum Reiseterrmin das Parlament geöffnet, falls ja, empfehle ich dringend eine Besichtigung der Houses of Parliament mit einer (englischsprachig?) geführten Tour.
- Es gibt in London unzählige Attraktionen, welche nichts bzw. nur wenig kosten – insofern kann ich auch das „Preisargument“ nicht wirklich nachvollziehen.
- Nicht allen Kolleginnen und Kollegen dürften die „Churchill War Rooms“ bekannt sein, deswegen an dieser Stelle (auch als Geschichtslehrer): Wenn möglich, unbedingt besichtigen! <https://www.iwm.org.uk/visits/churchill-war-rooms>
- Preisgünstige Angebote (auch für deutsche Klassen) bietet English Heritage Education auf der Fahrt nach London an.



So u.a. für einen Zwischenstopp in Dover:
https://www.english-heritage.org.uk/site-assets/home/visit/places-to-visit/dover-castle/schools/dover-castle_teachers_kit_german.pdf

- Weitere interessante Ziele in und um London findet man hier:
<https://www.english-heritage.org.uk/visit/places/#?page=1&place=&mp=false&fe=false>

Mindestens eine der Begleitlehrkräfte sollte sich in London gut auskennen und natürlich auch (fließend) Englisch sprechen.

Fazit:

Eine Studienreise nach London ist auch nach dem Brexit noch zu empfehlen und erfahrungsgemäß für alle Teilnehmer/innen ein unvergessliches Erlebnis.

Bei Rückfragen dürfen die Leser sich gerne bei mir melden:
 stellvertreter1@rlv-bw.de

Andreas Kuhn





Merry Christ mas

WEIHNACHTEN:

nicht nur eine schöne Erinnerung an ferne Vergangenheit, sondern ein Geschehen, das weitergeht.

Die Liebe soll auch heute Hand und Fuß bekommen und die Wärme eines Herzens in uns Menschen von heute:

Mach's wie Gott, werde Mensch!

Phil Bosmans (1922 - 2012), belgischer Ordenspriester, Telefonseelsorger und Schriftsteller

Ganz diesem Sinne wünsche ich allen Mitgliedern und Freunden des RLV ein **herzerwärmendes und frohes Weihnachtsfest** im Kreise der Lieben und erholsame Weihnachtsferien!

Vielen Dank für die Herzenswärme, die Sie täglich – zusätzlich zu Fachwissen und Qualifikation – in die Schulen bringen.

Das hat allen Respekt verdient!

Ich bedanke mich herzlich für das **Vertrauen**, die **Zusammenarbeit** und die gemeinsam erzielten **Erfolge** für die Realschulen in Baden-Württemberg und freue mich auf das Miteinander auch im kommenden **Jahr 2024!**

In enger, kollegialer Verbundenheit
Dr. Karin Broszat



Ein buntes Mosaik!





1 RS Buchen



2 Johannes-Kepler-RS Heidelberg



3 RS Obrigheim



4 RS Niederstetten



5 RS Waibstadt



6 Wilhelm-Hauff-RS Bad Rappenau



7 Ottmar-Mergenthaler-RS Vaihingen-Enz



8 Maximilian-Lutz-RS Besigheim



9 RS am Karlsberg Crailsheim



10 RS Rheimünster



11 Konrad-Adenauer-RS Pforzheim



12 RS Niefern Kirnbachschule



13 RS Bissingen



14 RS Winnenden



15 Robert-Schuman-RS Achern



16 Wilhelm-Ganzhorn-Schulen Straubenhardt



17 Christiane-Herzog-RS Nagold



18 RS Althengstett



19 RS Ditzingen



20 Freihof-RS Kirchheim unter Teck



21 RS Erbach (Donau)



22 RS Seelbach



23 Heinrich-Hansjakob-RS Elzach



24 RS Schramberg



25 RS Ehingen



26 Lammerberg-RS Taillfingen



27 RS Gammertingen



28 Anne-Frank-RS Laichingen



29 Friedrich-Adler-RS Laupheim



30 RS Schömberg



31 Max-Weishaupt-RS Schwendi



32 RS Bad Dürkheim



33 RS Gosheim-Wehingen



34 Grafen-von-Zimmern-RS Meßkirch



35 Dollinger-RS Biberach an der Riß



36 RS Ochsenhausen



37 RS Erolzheim



38 RS Jestetten



39 Gerhard-Thielcke-RS Radolfzell



40 RS Überlingen



41 RS Ravensburg



42 Jakob-Emele-RS Bad Schussenried



43 RS Wangen



44 Daniel-Straub-RS Geislingen



45 Geschwister-Scholl-RS Riedlingen



46 RS Hechingen



47 RS Horb



48 RS Neuffen



49 Ludwig Uhland Grund- & Realschule Heimsheim



Aus unseren Reihen



Wir leben Realschule.
Aus unseren Schulen.

100 %

echt

mit und für
unsere Schüler:innen

Herzblut

ehrlich



Hingabe

RLV

aus dem Leben

Realschule

am Geschehen

Aufräumen für eine gute Sache

Realschule Althengstett spendet an den ambulanten Kinder-, Jugend- und Familienhospizdienst

Von Tamara Weisse



Realschule Althengstett
Schulstraße 9 – 15
75382 Althengstett

Am 4. Oktober 2023 versammelte sich die Schulgemeinschaft der Realschule Althengstett (Kreis Calw) in der ersten Pause zu einer gemeinsamen feierlichen Scheckübergabe. Die Schülerinnen und Schüler der Klassen 5 bis 10 konnten durch die „Fleckenputzete“, die traditionell von der Gemeinde Althengstett organisiert wird, im März diesen Jahres Geld erarbeiten, welches nun an den ambulanten Kinder-, Jugend- und Familienhospizdienst der Malteser Hilfsorganisation mit Trauerbegleitung im Landkreis Calw gespendet wurde.

Realschulrektor Stefan Eiding überreichte den Scheck in Höhe von 1.446 Euro an Frau Annika Frech, die Koordinatorin des ambulanten Hospizdienstes. Der Schulleiter freute sich sehr, die Spende im Namen der Schülerschaft an eine wohltätige Organisation übergeben zu können, die sich in unmittelbarer Nähe zur Schule befindet und sich um Kinder und Jugendliche und deren Familien in Ausnahmesituationen kümmert. Umrahmt wurde die Übergabe mit drei Musikstücken durch die Bläserklasse 6b der Realschule. Frau Frech bedankte sich herzlich für die großzügige Spende der Realschule Althengstett und informierte über die Arbeit des Hospizdienstes. Sie berichtete, dass der Hospizdienst Familien unentgeltlich ab der Diagnosestellung einer schweren oder auch unheilbaren Krankheit unterstütze. Auch eine Sterbe- und Trauerbegleitung gehöre zu den Aufgaben des Hospizdienstes, sodass einige Familien durchaus auch mehrere Jahre begleitet werden würden. Sie sei sehr froh, dass sie die Gelegenheit habe, mit und durch diese Spende auf die Arbeit des Hospizdienstes aufmerksam zu machen, „weil die Familien leider oftmals viel zu spät von der wichtigen und unterstützenden Arbeit des Hospizdienstes für Kinder, Jugendliche und Familien erfahren“.

Betreut werden Familien, in denen ein Kind erkrankt ist. Aber auch, wenn Angehörige in der Familie erkranken und die Kinder

und Jugendlichen Hilfe benötigen, unterstützt der Hospizdienst. Die Betreuung ist dabei keine pflegerische Tätigkeit, sondern dient der Entlastung der Familien in vielerlei Bereichen. Oftmals kümmern sich die Ehrenamtlichen deshalb auch um die Geschwisterkinder des erkrankten Kindes, um die Eltern zu entlasten. Demnächst wird eine Trauergruppe in Calw eingerichtet. Die Schulgemeinschaft der Realschule Althengstett freut sich, dass sie mit dem gespendeten Geld die wichtige ehrenamtliche Tätigkeit des Malteser Hospizdienstes unterstützen kann.

Haben auch Sie eine besondere Aktion, ein Unterrichtsprojekt, einen Ausflug oder ein Schulereignis, über das Sie gerne eine landesweite Berichterstattung wünschen?

Dann schreiben Sie uns redakteur@rlv-bw.de und senden Sie uns Ihren Bericht (ca. eine Textseite).

Bitte stellen Sie sicher, dass die Urheberschaft des Textes geklärt ist. Dies gilt vor allem für jegliches Bildmaterial, dabei ist es besonders wichtig, dass die Veröffentlichung von Fotos genehmigt ist (vor allem, wenn Personen zu sehen sind).

Die nächste Ausgabe erscheint im Mai 2024. Redaktionsschluss ist der 1. April 2024. Wir freuen uns auf Ihre Zuschriften!





Immer auf dem neuesten Stand?

Bleiben Sie informiert!



Der „realist“ erscheint seit 2020 immer verlässlich zweimal im Kalenderjahr, einmal im Frühsommer, das zweite Mal gegen Ende des Jahres.

Bei dieser Erscheinungsweise ist es natürlich nicht möglich, dass wir die aktuellsten Entwicklungen abbilden können. Dafür ist der „realist“ auch nicht gedacht, seine Inhalte sollten möglichst eine „nachhaltige“ Dauer (in unseren Zeiten sicher schwierig) haben.

Für die aktuellen Ereignisse gibt es beim RLV andere Formate.

Der stellvertretende Landesvorsitzende, Anton Blank, versendet ca. zweimal im Monat per Mail einen **Rundbrief** des Real-
schullehrerverbandes – „**RLV-AKTUELL**“. Darin finden Sie stets u. a. aktuelle Informationen zur Schulpolitik, Hinweise zum Beamtenrecht, zur Beihilfe und die Pressemitteilungen des RLV und des VDR.

So können Sie sich anmelden:

E-Mail an Anton Blank senden:
stellvertreter2@rlv-bw.de

Schon sind Sie, wie ein Großteil unserer Mitglieder, auch dabei! Falls Sie den Rundbrief nicht mehr erhalten möchten, genügt eine E-Mail mit der Bitte um die Streichung aus der Adressliste.

So bleiben Sie immer am Ball und sind über die aktuellen Ereignisse informiert. Gerne können Sie die Inhalte der Rundmail interessierten Kolleginnen und Kollegen weitergeben oder in Ihrer Schule zum Aushang bringen.

Oder – Sie besuchen unsere neu gestaltete Homepage: rlv-bw.de

Auch dort finden Sie immer zeitnah alle aktuellen Informationen sowie u. a. auch den „realist“ in digitaler Form.

Und – selbstverständlich finden Sie uns auch auf Facebook und Instagram.



Wir freuen uns auf Sie!

Durchstarten!

Neue Sonderausgabe für Anwärter erschienen.

Im Januar wurde die beliebte Sonderausgabe „Vorbereitungsdienst“ des „realist“ neu aufgelegt und veröffentlicht.

Auf 32 Seiten finden die Lehramtsanwärter wertvolle Tipps und Hilfestellungen für ihre bevorstehende zweite Ausbildungsphase.

Zum Inhalt gehören u. a. ein **Ratgeber Beihilfe und Private Krankenversicherung**, **Hinweise zu Steuererklärungen und Versicherungen** und wertvolle **Tipps aus der Praxis** „altgedienter“ Kolleginnen und Kollegen.

Die Sonderausgabe wird bei Werbeveranstaltungen des RLV an interessierte junge Kolleginnen und Kollegen verteilt.

**Gibt es an ihrer Realschule Anwärterinnen oder Anwärter?
Gerne können Exemplare bei der Landesgeschäftsstelle
kostenfrei angefordert werden (info@rlv-bw.de).**



M P R E S S U M

Herausgeber

Realschullehrerverband
Baden-Württemberg RLV

Geschäftsstelle

Dunja Bartsch

Hardtstraße 2/2 · 72224 Ebhausen
Telefon 015153 288 738 · info@rlv-bw.de

Redaktion „Realist“

Ralf Merkle (Chefredakteur), **Anton Blank**, **Kerstin Curth-Wegst**, **Bernd Jung**,

Redaktionsanschrift

Landesgeschäftsstelle
Realschullehrerverband BW

Leserbriefe an:

leserbriefe@rlv-bw.de

Leserbriefe bitte nur mit vollständigem Namen und Adresse einsenden. Die Redaktion behält sich eine Veröffentlichung und ggf. Kürzung des Leserbriefes vor. Die Veröffentlichung erfolgt ohne Adressangabe, nur Name und Wohnort werden veröffentlicht.

Verbreitungsgebiet

Baden-Württemberg

Layout · Produktion · Anzeigen

Seeger-Werbung GmbH & Co. KG

Keplerstraße 13 · 72250 Freudenstadt
T: 07441 8857-0 · www.seeger-werbung.de

Bilder · Fotos · Grafiken

Editorial: RLV

Titelthema: RLV, BRLV

Mit der Landespolitik im Gespräch: Bild CDU

Schule digital:

Freihof-Realschule, Stadt Kirchheim unter Teck
(Fotografen: Torsten Wenzler, Achim Mende)

Personalratswahlen 2024: RLV

Schulstandort: Daniel Janka, RS Seelbach

Ende einer Ära: VDR, RLV, @dbb MarcoUrban

Außerschulischer Lernort: Andreas Kuhn

RLV. Wir leben Realschule.: RS Althengstett

AdobeStock:

Titel: ©Sergey Nivens_75823210

Seite 5: ©Elli_440043823

Seite 7: ©New Africa_316965320

Seite 8: ©Daniel Berkmann_277833676

Seite 8: ©Lumeez/peopleimages.com_567013075

Seite 15: ©sunt_88415242

Seite 17: ©sunt_88415242

Seite 23: ©sorrapongs_153467173

Seite 23: ©Sidekick_434385122

Seite 25: ©vegefox.com_39139709

Seite 28: ©magele-picture_398676031

Seite 36: ©fidaolga_640632688

Seite 37: ©photoopus_667813864

Seite 38: ©Dzmitry_627815209

Seite 40: ©Exclusive stock_626715055

Seite 41: ©georgimironi_419202350

Seite 42: ©Gehkah_416359578

Seite 44: ©Cagkan_366233053

Seite 45: ©contrastwerkstatt_68111889

Seite 47: ©Photo And Art Panda_621319504

Seite 48: ©vnlit_17714766

Seite 49: ©kerbspix_24278814

Seite 49: ©olly_38162384

Seite 51: ©Photocreo Bednarek_607701974

Seite 51: ©Molibdenis-Studio_455004282

Seite 56: ©Web Buttons Inc_84723481

Urheberrecht

Alle abgedruckten Beiträge sind urheberrechtlich geschützt. Nachdruck oder anderweitige Verwendungen nur mit schriftlicher Genehmigung des Herausgebers.

Haftung

Der Inhalt dieses Hefts wurde sorgfältig erarbeitet. Redaktion Autoren und Herausgeber übernehmen keine Haftung für die Richtigkeit von Angaben, Hinweisen und Ratschlägen sowie für eventuelle Druckfehler.

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht in jedem Fall die Meinung des Herausgebers oder der Redaktion wieder.

Beiträge und Zuschriften erbeten an Chefredaktion.

Für unverlangt eingesandte Beiträge wird keine Verantwortung, für unverlangt eingehende Bücher, Schriften oder Arbeitsmittel keine Verpflichtung übernommen. Rücksendung erfolgt nur, wenn Rückporto beiliegt.



Viel mehr RLV unter: www.rlv-bw.de

**dbb:
wir.
für euch.**

10,5%

**500 Euro
mindestens**



Die Stimme der Realschule

Realschullehrerverband Baden-Württemberg

Verband der Lehrerinnen und Lehrer an Realschulen

Monatsbeitrag ab 01/2020:

- Studierende beitragsfrei
- Lehrer/innen ohne Anstellung 3,00 €
- Lehramtsanwärter/innen 5,00 €
- Fachlehrer/innen 12,00 €
- Realschullehrer/innen 15,00 €
- Teilzeit (A13 bis 14 Std.) 7,00 €
- Teilzeit (A13 bis 20 Std.) 11,00 €
- Realschulkonrektoren/innen und Schulaufsicht (A14) 16,00 €
- Realschulrektoren/innen und Schulaufsicht (A15) 17,50 €
- Pensionäre 11,00 €
- Ehepartner-Mitglied im RLV 8,00 €

Bitte teilen Sie uns jede Veränderung mit.

Informationen und Anmeldung:

Realschullehrerverband Baden-Württemberg
Landesgeschäftsstelle
Frau Dunja Bartsch
Hardtstraße 2/2
72224 Ebhausen
info@rlv-bw.de

Telefon 0151 53 288 738
(Mo. und Di. von 13.⁰⁰ bis 13.³⁰ Uhr und
Fr. von 14.⁰⁰ bis 17.⁰⁰ Uhr)

Landesvorsitzende:
Dr. Karin Broszat
landesvorsitz@rlv-bw.de

Beitrittserklärung

Hiermit erkläre ich unter Anerkennung der Satzung* meinen Beitritt zum Realschullehrerverband Baden-Württemberg. *www.rlv-bw.de

Name Vorname	Telefon
Straße Nr.	Handy
PLZ Ort	
E-Mail (privat)	Geburtsdatum
Anschrift der Dienststelle	
Amtsbezeichnung	Teilzeit ja <input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/>
Wenn Teilzeit, Anzahl der Stunden	
Besoldungsgruppe	Eintrittsdatum RLV
Datum Unterschrift	

Geworben von:

Vor- und Nachname

Einzugsermächtigung

Mit meiner Unterschrift ermächtige ich widerruflich den Schatzmeister des RLV, den von mir zu entrichtenden satzungsgemäßen Beitrag von meinem Konto abzubuchen:

vierteljährlich <input type="checkbox"/>	halbjährlich <input type="checkbox"/>	jährlich <input type="checkbox"/>
IBAN		
BIC		
Datum Unterschrift		

Im Mitgliedsbeitrag sind enthalten:

- Rechtsberatung und Rechtsschutz nach der Verordnung des BBW
- Diensthauptpflichtversicherung, Deckungssumme 10.000.000 € bei Personen- und Sachschäden, 50.000 € bei Vermögensschäden, Obhutsschäden und Schäden aus Schlüsselverlusten
- Freizeit-Unfallversicherung mit 1.500 € im Todesfall, 3.000 € bei Vollinvalidität und 6,00 € Krankenhaus-Tagegeld
- „Bildung Real“, Bundeszeitung des VDR
- „realist“ – Die Realschule in Baden-Württemberg, Magazin des RLV
- „dbb-Magazin“, Zeitschrift des BBW/DBB

Bitte senden Sie Ihre Beitrittserklärung auf dem Postweg oder per E-Mail an:

Realschullehrerverband Baden-Württemberg, Landesgeschäftsstelle
Frau Dunja Bartsch · Hardtstraße 2/2 · 72224 Ebhausen
info@rlv-bw.de · Telefon 0151 53 288 738

Herzlichen Dank!

Der Schlüssel für zeitgemäßen Unterricht und moderne Schulorganisation.

Unser neues eBook: WLAN in Schulen



**JETZT KOSTENLOS
DOWNLOADEN**



Besuchen Sie unsere Website für eine Vielzahl von Veröffentlichungen zu den unterschiedlichsten Themen.

VORBEISCHAUEN LOHNT SICH!



**NETZWERK
DIGITALE BILDUNG**
www.netzwerk-digitale-bildung.de

Die bessere Bank für Beamte und den öffentlichen Dienst.

Ihre Vorteile auf einen Blick

- ✓ **Speziell ausgebildete Berater**
für den öffentlichen Dienst
- ✓ **Attraktive Produktvorteile**
wie z. B. 0,- Euro Girokonto¹ für
Berufsstarter, Zinsrabatte für
Finanzierungen und günstige
Versicherungstarife
- ✓ **Exklusive Vorteilsangebote**
für Mitglieder von Gewerkschaften
und Verbänden
- ✓ **Informative Ratgeber und
regelmäßige Newsletter**
mit aktuellen Informationen aus
dem öffentlichen Dienst
- ✓ **Interessante Veranstaltungen**
wie z. B. Exklusive Abende für den
öffentlichen Dienst oder Fachvorträge
- ✓ **Seit fast 100 Jahren
Erfahrung und Kompetenz**
als Bank für Beamte und den
öffentlichen Dienst

¹ Voraussetzungen: BBBank-Junges Konto mit Online-Überweisungen ohne
Echtzeit-Überweisungen, Genossenschaftsanteil von 15,- Euro/Mitglied bis
zur Vollendung des 27. Lebensjahres. Danach erfolgt die Umwandlung in ein
Girokonto; Eingang Ausbildungsvergütung bzw. Gehalt/Bezüge ab Ausbildungs-
beginn/Berufsstart. Stand: 29.01.2020.

Interesse geweckt?

Wir sind für Sie da:
in Ihrer Filiale vor Ort,
per Telefon 0721 141-0,
E-Mail info@bbbbank.de
und auf www.bbbbank.de/dbb



Folgen Sie uns   